

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verleger: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 21. Dezember 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verleger: Amt IV, Nr. 1984.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnement - Preis pränumerando:  
Wochenblatt 3,00 M., monatlich 1,10 M.,  
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
Preisliste. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Oesterreich - Ungarn  
2 Mark, für das übrige Ausland  
3 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Montags.

Die Interfions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolon-  
zelle oder deren Raum 40 Pf., für  
publizische und gewerkschaftliche Vereins-  
und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.,  
„Kleine Anzeigen“, das erste (frei-  
gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere  
Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Quotale für  
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

## Die moderne Sklaverei unter dem rheinisch-westfälischen Fabrik-Fendalismus.

Die industriellen Verbände haben auch in diesem Sommer wieder gegen jede Beschränkung in der Plünderung der Arbeitskraft dufendfach resoliert. Ihr Hauptargument ist die angeblich gefährdete Konkurrenzfähigkeit der Industrie. Das Zentrum hat mittlerweile seine platonische Liebe für Arbeiter-schutz wieder durch eine Interpellation über den Zehnstundentag bekundet. Diese „Volkspartei“ betätigt ihr sozialpolitisches Gewissen zunächst im — Warten. Läßt sich eine sozialpolitische Forderung gar nicht mehr umgehen, dann springt das Zentrum plötzlich vor und nimmt den Arbeiterschutz in Erbpacht. Dieses Schauspiel der schwarzen Volksmänner heimit die Fort-führung der Sozialpolitik oft mehr, als das durch scharf-macherisches Geschrei geschehen kann.

Die halbtöds die Salbadereien über bedrohte Konkurrenz-fähigkeit speziell für die rheinisch-westfälische Eisen-Großindustrie sind, beweisen die finanziellen Ergebnisse der großen gemischten Werke. Sieben, die per Juli das Geschäftsjahr schließen, haben nach einer Aufmachung in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ folgende Ergebnisse zu ver-zeichnen:

Gesellschaft	Kapital	Rohgewinn p. 100 M. Anlage pro 1903/4	Dividenden 1902/3	1903/4
Böckumer Verein	25 200 000	25,33	7	10
Gutehoffnungshütte	18 500 000	18,26	20	20
Hörder Verein	27 028 000	15,49	4	8
Hoesch	15 000 000	22,12	8	12
Phönix	35 000 000	19,33	8	8
Rheinische Stahlwerke	28 000 000	12,62	8	9
Wagener Hütten-Wkt.-B.	11 500 000	28,44	30	30

Die 7 Gesellschaften mit einem Kapital von 161 228 000 M. erzielten in den letzten zwei Jahren einen Bruttogewinn von über 73 1/2 Millionen Mark, das sind 45 Proz. des Aktienkapitals. Trotz der enormen Abschreibungen von 32 753 347 M., gleich 20 Proz. vom Aktienkapital, konnten noch die angeführten „bescheidenen Gewinne“ in Gestalt von Dividenden ausgeschüttet werden. Daß das Maßchen von der bedrohten Konkurrenzfähigkeit bald durch ein anderes „durchschlagendes“ Argument ersetzt werden muß, scheint auch der bekannte Herr Vergnat Bernhardt, Generaldirektor der Bergwerks-Gesellschaft Georg v. Gieseler Erben-Breslau, herausgebracht zu haben. In einer Festschrift, zum 200jährigen Bestehen des Unter-nnehmens herausgegeben, argumentiert der genannte Herr gegen weitere Beschränkung in der Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft in der Hüttenindustrie also:

„Die allerdings häufig mit etwas Anstrengung verbundene körperliche Arbeit ist eben für die Entwicklung auch des weiblichen Körpers dienlicher als eine mehr sitzende Lebensweise, und wenn eine solch verständene Arbeiterfreundschaft erst dahin gekommen sein wird, alle Arbeiten, die Anstrengung verlangen, für das weibliche Geschlecht zu verbieten, dann wird das kommende Geschlecht unter dieser Anordnung zu leiden haben, und die natürliche Zunahme der Bevölkerung wird aufhören.“

Das nur zur Illustration, um zu zeigen, wie man der Logik und aller Erfahrung Gewalt antun muß, um aus Gründen des Allgemeininteresses verbesserten Arbeiterschutz bekämpfen zu können.

Viel gefährlicher für soziale Bestrebungen als solche Still-übungen sind die schwindelhaften und irreführenden Lohnangaben. Das gilt besonders für die Arbeiter in der Eisen-Großindustrie. Außer den Angaben der Berufs-genossenschaften gibt es für die Eisenindustrie statistische An-gaben über Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht. Eine Auf-klärung über diese Verhältnisse wird mit Absicht verhindert. Nicht einmal die Handelskammern im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die doch sonst alles wissen und die auch fleißig gegen Beschränkungen der Arbeitszeiten resolierten und argumentierten, können, nach ihrer eigenen Angabe, über die regelmäßige und die Ueberzeitarbeit auf den großindustriellen Werken Mitteilung machen. Die Essener Handelskammer kann aber ganz eingehende Angaben über die Lebensmittelpreise im Kruppischen Konsum veröffentlichen. Warum weiß man nichts über Arbeitszeiten? Weil man alle Veranlassung hat, diese Verhältnisse geheim zu halten!

Es gibt kaum noch andere amtliche Statistiken, die mehr irreführend und falsch sind, als die berufsgenossenschaftlichen Lohnangaben. Durch die Angaben wird einem überwiegenden Teile der Arbeiter in der Großindustrie etwas in die Tasche gelogen. Auf die irreführenden Folgen der berufsgenossen-schaftlichen Berechnungsmethode bei anrechnungsfähigen Löhnen und Vollarbeitern soll hier nicht eingegangen werden, es mag nur kurz auf zwei Momente, die das Lohnbild stark beeinflussen, Hinweisung erfolgen, zunächst die Einstellung der Beamten-gehälter und die Verschiedenheit der Arbeiterlöhne.

In der Eisen-Großindustrie entfallen von der Gesamt-belegschaft fast 10 Proz. auf die Beamenschaft. Krupp hatte z. B. nach einer Zählung vom 1. April 1904 bei insgesamt 45 289 Beschäftigten einen Beamtenstab von 4190 Personen. Nicht eingerechnet sind dabei diejenigen Meister, welche

14tägige Löhnung haben, sowie Vorarbeiter u. Weiter wird das Lohnbild stark beeinträchtigt durch die Verschiedenheit der Löhne. In der Großindustrie ist das Kolonnen- oder Männer-system sehr stark verbreitet, z. B. in Konstruktionswerkstätten, Schlossereien und durchweg in den Feuerbetrieben. Im all-gemeinen finden wir bei diesen Systemen folgende Lohn-verhältnisse: der erste Mann bezieht 7 M., der zweite Mann 5 M., der dritte und vierte Mann, die in der Hauptsache die schwere Arbeit vor dem Feuer zu verrichten haben, werden mit drei Mark abgeseigt! Wie stellt sich nun die Rechnung? Die vier Personen erzielen zusammen pro Tag 18,00 M. oder im Durchschnitt pro Kopf 4,50 M. Die Hälfte der in die Be-rechnung eingeschlossenen Personen müssen sich aber mit 2/3 der angegebenen Durchschnittslöhne begnügen. Mit dem Hin-weis auf Durchschnittslöhne kann man diese Leute aber nicht satt machen.

Das zweite, ja das Hauptmoment, welches bei Angabe der Jahreslöhne verheimlicht wird, sind die Arbeitszeiten, die Ueber-schichten, mit deren Hilfe die Durchschnitts-einkommen erzielt werden müssen. Eine Betrachtung über die Arbeitszeiten korrigiert das Lohnbild und legt Zustände offen, die Leo Tolstoj für Rußland als moderne Sklaverei be-zichnet. Aber wir leben ja im Staate der besten Sozial-politik und da gehört das zügellose Ueberzeitarbeiten zu den Wohlfahrts-einrichtungen. Die Ermittlung der tatsächlichen Verhältnisse ist außerordentlich schwierig — weil die Unter-nehmer alle Angaben darüber streng geheim halten. Das einwandfreieste Material bilden die Lohnnütten, aber diese sind nicht leicht zu erlangen. Gewöhnlich werden die Lütten vernichtet; wo das nicht geschieht, scheuen sich die Arbeiter, aus mancherlei Gründen, die Belege aus der Hand zu geben.

Eine eifrige Sammlung von Lohnnütten ermöglichte schließ-lich aber doch, ein typisches Bild von den Verhältnissen zu entwerfen.

Die Ermittlungen erstrecken sich für die Großindustrie auf 36 Personen mit einer Gesamtarbeitszeit von über zehn Jahren. Von einzelnen Leuten liegen Lohnnachweise für längere Zeit — bis für zwei Jahre — vor, dann wieder sind für eine Lohnperiode eine größere Anzahl von Nachweisen vorhanden. Man kann daher mit ziemlicher Sicherheit an-nehmen, daß die Ergebnisse ein typisches Bild geben. In der nachstehenden Tabelle sind die jedesmal für einen Arbeiter nach den vorliegenden Nachweisungen in Betracht kommenden regulären Arbeitsstunden, die wirklich geleisteten Arbeitsstunden, die Lohnsumme und die sich ergebenden Stundenlöhne zusammen-gestellt.

Firma	Reguläre Arbeitsstunden	Wirklich geleistete Arbeitsstunden	Lohnsumme M.	Stun-den-lohn Pf.	Beruf des Arbeiters
Henschel u. Sohn, Denrichshütte, früh.					
Union-Dortmund	340	484	169,35	35	Dreher
Hoesch - Dortmund	780	808	287,86	37	Schlosser
"	1 820	2 643	790,07	27	"
"	2 260	2 695	1 107,93	41	Schlosser
"	470	409	157,19	32	Maschinist
"	500	556	204,00	37	"
"	500	643	225,05	35	Hochofenarb.
"	260	281	78,08	32	"
"	260	306	113,22	37	"
Union	1 690	1 984	637,88	33	Schlosser
"	260	302	140,86	39	"
"	500	547	206,17	38	"
"	540	624	212,46	34	"
"	270	290	98,65	31	"
"	260	256	78,80	30	Zuschläger
"	250	240	74,12	31	Dreher
"	250	239	71,66	30	Schlosser
"	250	258	89,40	33	"
"	260	255	79,47	33	"
Hoesch	780	966	270,48	28	Blagarbeiter
"	2 810	3 486	1 147,72	33	Hochofenarb.
"	2 530	2 782	890,36	32	"
"	6 200	6 738	2 500,26	34 1/2	"
Krupp - Essen	360	375	162,75	43 1/2	"
"	600	608	267,78	44 1/2	"
"	120	123	45,51	37	"
"	120	132	57,69	45 1/2	Schlosser
"	120	122	54,90	45	oder
"	120	116	39,44	35	Dreher
"	300	276	117,34	42 1/2	"
"	240	256	95,89	37 1/2	"
"	240	240	104,77	43 1/2	"
"	240	254	115,46	45 1/2	"
"	600	629	273,48	43 1/2	"
"	3 650	3 744	1 517,07	40 1/2	"
"	1 560	1 590	479,45	30 1/2	"
Summa	32 340	36 688	12 889,52		

Ehe wir die Angaben weiter würdigen, seien noch einige Bemerkungen vorausgeschickt. Wie die Tabelle ausweist, haben wir Kruppische „Manzlöhne“ in erheblichem Umfange in die Tabelle eingestellt, sodann handelt es sich hier um Betriebe, in denen wegen der Doppelschicht Ueberstunden nur in be-grenztem Umfange gemacht werden können. Weiter sind viele Fehlschichten bei der Feststellung der regulären Arbeitszeit nicht in Abzug gebracht. Endlich ist als reguläre Arbeitszeit

ein Jahrespensum von 310 Tagen, also 3100 Arbeitsstunden in Ansatz gebracht. Dadurch ist das Verhältnis zwischen normaler Arbeitszeit und den effektiv geleisteten Arbeits-stunden sehr beeinflusst, die Spannung erscheint geringer als sie in Wirklichkeit ist. Und wie ist das Resultat? Nach dem Rechnungsmodus der Berufsgenossenschaften würden wir annähernd an die von dieser ermittelten Jahreslohn-summe herankommen — trotz Ausschaltung der Beamten. Auch noch ein Beweis dafür, daß wir eher zu günstig als zu ungünstig hier die Plünderer zeichneten. Trotz all der mildern Umstände entfällt auf den Kopf der Arbeiter für die Dauer der Jahre eine tägliche Arbeitszeit von 11,35 Stunden bei 310 Arbeitstagen im Jahre oder eine Jahresleistung von 3520 Stunden und ein Stundenlohn von 35 1/2 Pf.!

Sind das nicht „glänzende Arbeitsverhältnisse“? Dabei haben wir noch viel zu rosig gemalt! Nur in wenigen Fällen konnten wir Lohnnachweisungen von Personen mit großer Schichtenleistung erlangen. Das erklärt sich schon aus dem Umstände, daß organisierte Arbeiter — nur an solche konnten wir uns wenden — bekanntlich im allgemeinen nur geringen Ueber-schichten machen. Sodann sind dies auch in der Regel die intelligentesten und geschicktesten Arbeiter, die gewöhnlich die besseren Löhne erzielen. Läßt man die relativ besonders günstigen Ergebnisse von Krupp außer Berechnung, dann er-geben sich

Tagesarbeitszeiten von 12,4 Stunden  
Jahresleistungen „ 3844 „ und  
Stundenlöhne „ 31,8 Pf.

Es würden noch viel skandalösere Zustände sich ergeben, stellte man die Ergebnisse einzelner Betriebe zusammen. Es wurden von einzelnen Leuten geleistet

Monat	Stunden
Januar	292, 301, 302, 327, 340, 342
Februar	288, 298, 303, 316
März	290, 291, 306, 316, 324
April	295, 299
Mai	285, 291
Juni	290, 290, 297, 299, 305
Juli	290, 297, 298, 300, 306, 324, 407
August	308, 316, 318, 332, 372, 393
September	281, 284, 288, 322, 335, 376
Oktober	280, 308, 317, 327, 365, 390
November	305, 311, 320

Das sind durchaus keine Ausnahmen! Auf dem Hörder Verein, bei Hoesch, auf der Union, auf dem Böckumer Verein usw. werden vielfach noch 36 Stunden hintereinander gearbeitet; von morgens 6 Uhr bis zum andern Abend 6 Uhr in einer Tour durch. Ja, in einzelnen Fällen sind noch längere, ununterbrochene Arbeitszeiten konstatiert. In der Steinfabrik auf dem Hörder Verein z. B. sind auch 40 Schichten im Monat geleistet. Bei 25 Arbeitstagen 15 Ueber-schichten!

Werden solche barbarische, die antike Sklaverei hinter sich lassende Zustände endlich zu einem ernsthaften und energischen Vorgehen gegen die strapellose Ausbeutung der Arbeitskraft führen? Der erschreckende Raubbau an der Arbeitskraft ist es, der die unheimlich hohe Unfall- und Krankenziffer in der Eisen-Großindustrie verschuldet. Die Eisen-Großindustrie steht mit den Unfallziffern um zirka 80 Proz. über der Unfall-quote in dem gefährlichen Verglebe und die Krankenziffern erheben sich um zirka 35 Proz. über den Reichsdurchschnitt! Dabei ist der Zustrom junger Leute und die Abwanderung älterer Leute sehr stark, was eine Verminderung der Krankenziffer zur Folge hat. Die beiden Bahnhöfe des Metallarbeiterverbandes in Dortmund und Essen zählten bei einem Mitgliederstande von zirka 3000 in einem Jahre 1365 Zugereiste und 1904 Abgereiste. Leute über 40 Jahre alt werden auf den großen Werken nur in Ausnahmefällen eingestellt. Man will immer frisches Blut haben; trotzdem die enormen Krankenziffern!

Die Zustände, die sich in der Eisen-Großindustrie aus-gewachsen haben, sind unhaltbar, sie bedeuten eine allgemeine soziale Gefahr.

## Polizeibestialitäten in Petersburg.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird von Waldemar v. Verens-tam, einem angesehenen Rechtsanwält und Publizisten, ge-schrieben:

Als ich am Dienstag früh in Berlin eintraf und die Zeitungen las, fand ich in allen Verichte über die am 11. Dezember in Petersburg am Newski-Prospekt vorgekomme-nen Unruhen. Ich, der ich diesen furchtbaren Szenen bei-gewohnt habe, war in nicht geringem Maße erstaunt, wie wenig man hier in Deutschland über die Sache erfahren hatte, und wie völlig unzulänglich und entstellt der durch die deutschen Zeitungen wiedergegebene amtliche Bericht der russischen Behörden war. Des-halb will ich versuchen, ganz objektiv und wahrheits-ge-treu das, was ich an Ort und Stelle selbst gesehen und gehört, darzustellen.

Schon Mitte der Woche ging das Gerücht durch die Stadt, daß am Sonntag eine Kundgebung stattfinden solle. Es ließ sich aber zur Zeit mit Sicherheit nicht feststellen, ob die Demonstration etwa einen Protest gegen den unpopulären Krieg oder vielleicht die Forde-rung einer Verfassung zum Gegenstande hatte, oder endlich ob sie die Verweisung des Plehwe-Rörbers Sozonow vor das Geschworenengericht bezweckte. Am Sonnabend wurde viel davon gesprochen, daß die Demonstranten ihre Absicht aufgeben hätten. Zugleich aber wurde in den Zeitungen eine Bekanntmachung des Stadt-hauptmanns in Form eines Inserats veröffentlicht: die Zug-gänger dürften nicht auf den Straßen beim Beginn von Unruhen stehenbleiben. Diese unbestimmte, nichtsagende Warnung habe ich

erst später, am nächsten Abend gelesen. . . . Nun wollte ich meinem Sohne ein Buch kaufen und ging in die Stadt, wobei ich auch neugierig war, zu sehen, was vorging. Ich bestieg eine Droschke und fuhr den Rosowki-Prospekt entlang. Als ich die Wollfische Buchhandlung erreicht hatte, fiel mir eine gewisse Erregung unter dem Publikum auf. Die meisten Fußgänger blieben auf dem Bürgersteige stehen. Die Straßenbahnwagen waren vom Publikum überfüllt. Sämtliche Augen waren nach der Richtung des Rathauses gewendet. Im Nu überfah ich alles! Eine aufgeregte Menschenmenge, vom Rathause her eilend, drängte die Fußgänger vom Rathause; berittene Gendarmen folgten ihr auf den Fersen und hielten mit blanker Waffe auf sie ein. . . . Der amtliche Bericht spricht nur von Hieben mit der flachen Klinge. Eins fiel mir in dem Berichte besonders auf, — es sind die Worte: „Die Polizei war gezwungen, blank zu ziehen.“ Der Sinn dieser Worte ist mir wie auch jedem gebildeten Manne ein ganz bestimmter: Die Polizei ist nur etwa im Falle der Notwehr oder einer Verhaftung zur Waffe zu greifen berechtigt; der Säbel soll nie an Stelle der „Kasack“ (Knete) gebraucht werden. Doch war dies hier der Fall. Es kann also von Notwehr der Gendarmen, die sie zum Waffengebrauch gezwungen hätte, in einem Falle wie diesem keine Rede sein, wo eine Abteilung berittener Gendarmen eine unbewaffnete Menschenmenge vor sich her trieb. Und in der Tat, wem kann von fliehenden Gendarmen drohen?

Die Gendarmen tritten vorbel. Bald darauf sah ich einen jungen Studenten, der von Polizisten geschleppt wurde. Ihm war ein Auge ausgehauen. . . . Wie werde ich diese schauererregende, blutende Wunde vergessen. . . . Es zeigten sich, von Polizisten geführt, immer neue Gestalten, mit bleichen, blutbefleckten Gesichtern. Von diesem Anblick tief erregt, stieg ich aus der Droschke und näherte mich einem Bekannten, den ich auf der anderen Seite der Straße gehen sah. Höchst erregt von dem, was er gesehen und gehört, schilderte er mir die Vorkommnisse wie folgt:

Als ich am Rathause vorüberging, hörte ich einen Gesang erschallen; von Neugier getrieben blieb ich stehen und erblickte am Bürgersteige neben der Katharinenkirche eine Menschenmenge, von der der Gesang ausging. Die Leute hielten eine rote Fahne hoch, ähnlich denen, die an den Straßenbahnwagen als Zeichen, daß alle Plätze besetzt seien, ausgehängt werden. Die Fahne trug keine Aufschrift. Während die Leute ganz ruhig weiter sangen, kam plötzlich im Geleise eine Gendarmenabteilung geritten, die blank zog und auf das Publikum losstürzte. Bild unter den Säbelhieben aufschreiend, stob die Menge auseinander. Ich habe es mit eigenen Augen gesehen! . . .

„Die Ruhe war in kurzem wiederhergestellt,“ lautet der amtliche Bericht. Jamwohl, die Ruhe! Abteilungen berittener Polizisten paradierten hohelohend dem Rosowki-Prospekt entlang. Vor der Katharinenkirche hielt die Polizei die Straße dicht besetzt und ließ keine schlecht gekleideten Studenten und Studentinnen durch.

Als ich in die Michailowskajastraße gelangte, ertönte wieder ein Gesang. Ehe ich Zeit hatte, mich umzusehen, erblickte ich von neuem eine Abteilung berittener Polizisten, die sich auf den Bürgersteig stürzten und Blindlings die Singenden und die ruhig einhergehenden Spaziergänger mit der Waffe bearbeiteten.

Ich schmeigte mich an die Wand und blieb von den Reitern unberührt. Sie jagten vorbei, die Fußgänger zu Boden werfend. Es war eine schamlose Niedertracht, ein unerhörtes Verbrechen.

War es wirklich, wie ein Berliner Lokalblatt es genannt hat, eine Jagd? Entschieden nicht. Ein jeder Jäger verfolgt den Fuchs, das Wild zu erbeuten. Hier hatten die Jäger nur eines im Auge: ihre Beute möglichst zu misshandeln.

Nun gingen wir in die Michailowskajastraße und wurden dort Zeugen einer schauerhaften Szene. Die Schulleute griffen solche Studenten und Studentinnen aus der Menge heraus, die demüthige Kleidung trugen, und sie fielen über sie her, indem sie die jungen Leute heftig ins Gesicht, auf den Kopf, den Hals und den Rücken schlugen. Mehrfach wurde eine Person von mehreren Schülern geprügelt. Auch Weheimpolizisten mischten sich mit ihren Stöcken in Handgemenge. Lautes Stöhnen und Geschrei wurde hörbar.

Neben mir wurde ein junges Mädchen misshandelt. Ich wandte mich an einen Polizeileutnant, der ruhig dabei stand, mit den Worten: „Sehen Sie denn nicht, was Ihre Leute da treiben? Machen Sie doch ein Ende!“ Obgleich das Besagte alles war, was ich verstand, rief der Leutnant seinen Leuten zu: „Laßt ihn und geht ihm ein auf den Hintern.“ Schlechterdings war ich außerstande, Widerstand zu leisten. Die Schulleute ließen das Mädchen liegen und bemühten sich meiner. Ich wurde mit Schlägen überschüttet und suchte nur meinen Kopf zu schützen, indem ich ihn mit beiden Händen bedeckte. Doch einer der Polizisten wiederholte immer den Versuch, mir von unten mit der Faust das Gesicht zu verletzten. Ich rief meine Pelzmütze ab und bedeckte damit das Gesicht. Nun schleppten sie mich in den Torweg des nächsten Hauses und setzten ihre infame Gewalttat fort. Zuletzt war ich vollständig mit Blut bedeckt: Blut strömte aus der Nase, die obere Lippe war von innen zerquetscht, ich hustete Blut. Auf meiner Wange sind noch jetzt Blutspuren sichtbar.

In solchem Zustande wurde ich aufs Straßenpflaster geworfen, die Schulleute ließen mich liegen und überfielen einen anderen. Ich aber dachte nur daran, mich zu retten: diese Beutten wären sähig gewesen, mich ums Leben zu bringen. Also stand ich auf und versuchte, die Hintertreppe des Hauses zu erreichen. Ich blieb unbemerkt und klingelte an der ersten Tür. Da mir aber niemand öffnete, stieg ich eine Treppe höher und ging in die offensichtlichere Tür hinein, die zu einer herrschaftlichen Küche führte. Als die zahlreichen Dienstmädchen, die sich da befanden, mich erblickten, schrien sie vor Entsetzen auf und halfen mir das Blut vom Gesicht abwaschen. Sie erzählten, daß sie von oben die Untaten der Polizei gesehen hätten und waren aufs höchste darüber entrüstet. Nun kam auch die Frau des Hauses herein und bot mir etwas Wein an.

Inzwischen trat noch einer der Verprügelten herein, um Hilfe zu erbitten. „Die Klenden, die haben ja einen getödtet!“ rief ein Dienstmädchen. Ich blickte hinab und sah einen Mann, der regungslos lag; noch mehrere Blutende schleppten sich durch den Hof hin und her. Jetzt waren keine Schulleute zu sehen. . . .

So weit der Bericht des Augenzeugen, von dem man wirklich diesmal sagen darf, daß er eines Kommentars nicht bedarf.

Das in dem Bericht erwähnte Berliner Lokalblatt, das diese Polizeibeistandigkeiten eine „Rand“ genannt hatte, ist das berühmte „Wollfische“ und russenoffizielle Scharblatt, der „Lokal-Anzeiger“. Zu den Berichten über die Zusammenstöße hatte das Blatt bemerkt: „Es war eine regelrechte Menschenjagd, wobei jedoch die Polizei kein Vorwurf trifft. Wollte man die Demonstranten gewähren lassen, läme es wohl zu anarchischen Zuständen. Charakteristisch ist die Tatsache, daß sich unter den Demonstranten fast nur arme Studenten befinden, die Söhne wohlhabender Eltern hielten sich strikte fern.“

Wir haben diesen Erguß jämmerlichster Lokalpolitik vor einigen Tagen bereits gebührend gekennzeichnet. Wahrscheinlich hat das Scharblatt seine Kenntnisse über die Vorgänge und den Charakter der Demonstrationen direkt von einem russischen Kitzgroßhändler bezogen. Daß es jetzt die Darstellung eines anständigen Menschen bringen wird, darf man wohl nicht erwarten.

Moskau, 20. Dezember. Ueber die letzten Straßenunruhen in Petersburg am 11. d. M. begann eine Agitation unter der Moskauer Studentenschaft. Das Moskauer sozialistisch-revolutionäre Komitee verbreitete Proklamationen, in denen zu politischen Kundgebungen am 18. und 19. Dezember aufgefordert wurde. Am 18. um 12 Uhr mittags machte sich eine lebhaft bewegte, namentlich unter den Studenten und Studentinnen, in den Hauptstraßen bemerkbar, und um 2 Uhr sammelte sich auf der Dwerschen Straße eine große Volksmenge an, die revolutionäre Lieder sang und rote Fahnen mit revolutionärsfeindlichen Aufschriften entfaltete. Es entspann sich ein

Kampf mit der Polizei, bei dem mehrere Revolverkugeln auf diese abgegeben wurden. Die Polizei zerstreute jedoch mit blanker Waffe die Menge und nahm die Fahnen fort. Auch die in anderen Stadtteilen veranstalteten Kundgebungen wurden unterdrückt. Erste Verwundungen sind nicht vorgekommen, dagegen sind bei den Demonstranten neun leichte Fälle von Verletzungen und bei den Polizisten zwölf Fälle festgestellt worden. Zwei der letzteren haben Säbelwunden erhalten. 43 Personen wurden als Hauptschuldige festgenommen und werden wegen Verstoßes gegen die Verordnung über Straßenaufläufe zur Verantwortung gezogen werden. Die sonst noch verhafteten Personen wurden nach Unterdrückung der Unruhen wieder freigelassen. Gestern wurden die Versuche zu Unruhen erneuert, jedoch von der Polizei verhindert, wobei 22 Personen in Haft genommen wurden.

### Keine Verfassung!

Aus Petersburg wird dem „Standard“ gemeldet: Anstatt des erwarteten kaiserlichen Manifestes wurde am gestrigen Montag, dem Namenstage des Zaren, ein Rundschreiben an die Provinzialgouverneure erlassen, worin ihnen befohlen wird, zu verhindern, daß die Semstwo die Frage der Einführung einer Verfassung für Rußland erörtern. Während der bevorstehenden Sitzungen der Semtwos werden deren Präsidenten persönlich für die Befolgung dieses Befehls verantwortlich gemacht werden. —

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Dezember.

### Deutsch-russischer Ultramontanismus.

Der antinationaler Charakter des Zentrums war der Schlachtruf der Kulturkampfzeit. Die Katholiken gehörten dem Oberen jenseits der Berge, so wurde die Ausnahmebesch-Politik gegen die Alerikalen begründet, von diesem Vorwurf erhielten sie ihren Epitheton: Ultramontan.

In den Oppositionszeiten des Zentrums hüteten sich die Windthorst und Reichensperger wohl, den Gedanken bestimmter, internationaler Interessengemeinschaften als antinational, umstürzlerisch zu demnizieren. Es ist erst kürzlich darauf hingewiesen worden, in wie weitgehender Weise Windthorst selbst ein ideelles Komplottrecht zugunsten gewisser Vorkämpfer in anderen Ländern anerkannte.

Deute ist der demokratische und oppositionelle Sauch des Zentrums längst verfliegen. Der deutsche Alerikalismus ist wie überall in der Welt die Partei der äußersten Reaktion; unsere heutigen Zentriale, namentlich die von der „Germania“-Richtung, sind nichts weiter wie konservative katholischer Konfession. So begreift es sich denn auch, daß das Zentralorgan des Zentrums, die „Germania“, der deutschen Sozialdemokratie ihre Sympathien für die russische Revolutionsbewegung vorwirft. Ganz wie irgend ein Kreisblättchen aus Ostpreußen nennt die „Germania“ die „russisch-revolutionäre“ Bewegung eine Gefahr auch für Deutschland, „die abzuwenden die verantwortliche Regierung Deutschlands die dringende Pflicht hat“. Wenn die Regierung in Rußland freilich eine Konstitution gewähre, so werde das jeder Deutsche freudig unterstützen. Aber die „anarchistisch-revolutionäre“ Bewegung in Rußland müsse energisch zurückgewiesen werden. Und indem das brave Blatt zu Herrn v. Hammerstein ins Bett steigt, malt es mit blühender Colbus-Phantastie das folgende Gemälde:

„So gibt es zweierlei Arten von Russen: diejenigen, welche unserer Sympathie und eventuellen Hilfe in unserem eigenen Interesse bedürfen, und diejenigen, welche sich von der deutschen Sozialdemokratie haben ins Schlepptau nehmen lassen für die gewalttätig herbeizuführende Anarchie. Wer sich in Genf, Zürich und Bern, sowie in Paris, London und selbst in Wien die un-reifen und phantastischen Kreise der russischen Studentenschaft beiderlei Geschlechts angesehen hat, ihr wüßtes Leben, ihren Mangel an Moralität nach jeder Richtung, wie er sich namentlich ausdrückt im zügellosen Geschlechtsleben, nach den anarchischen Begriffen der „freien Liebe“, zu beobachten in der Lage war, der wird ohne weiteres zugeben müssen, daß diese Elemente überall der öffentlichen Ordnung und Moral gefährlich sind, und der wird auch manchen berufen in der Behandlung dieser russischen „Studentenschaft“, wie sie in Preußen von Staatswegen hiers gestrichelt wird und wie sie von der sozialdemokratischen und der ihr moralisch und politisch nahestehenden Presse als unerhört grausam und barbarisch verurteilt wird.“

Die „Germania“ spricht hier als Organ des Pobedonoszew, dem jeder westeuropäische Gedanke „Anarchie“ ist. Das unsaubere Pfaffenhirn, dessen Vorstellungen immer um das Geschlechtsleben kreisen, schildert diese idealistisch begeisterte, opfernde, arbeitende, leidende russische Jugend als eine Rote von geistlichen Mönchen und Pfarrerstöckchen, wie der Alerikalismus ja die Bewegung des Protestantismus — siehe das Blatt in der gestrigen Nummer — einfach daraus ableitet, daß Luther sich das Recht der Ausschweifung sichern wollte.

Die „Germania“ schließt ihre für das heutige Zentrum so charakteristischen Betrachtungen: „Deutschlands Interesse bleibt also, Hilfe zu leisten der russischen Regierung auf dem Wege zur verfassungsmäßigen Staatsorganisation und der Niederhaltung der russischen Revolutionspropaganda in Deutschland.“

Mit anderen Worten: Deutschland soll — das ist löblich — mit den Wähl und Pobedonoszew — in heiliger Allianz sich gegen den Umsturz sichern. Mit der russischen Regierung und den Sokalzen zu gehen ist für jeden Deutschen höchst ehrenwert, mit dem russischen Volk dagegen zu sympathisieren ist Umsturz, Verbrechen, Anarchie.

Wir möchten der also international regierungstreuen „Germania“ zunächst einmal raten, ihren eigenen Parteigenossen zu empfehlen, die französische Regierung im friedlichen Kampfe gegen den Alerikalen Umsturz zu unterstützen, und nicht die Sache des internationalen Staatsstreiks mit den französischen „Anarchisten“ der Sybeton-Tittlichkeit zu fördern. Wenn es schon zur erlaubt sein soll, gemeinschaftlich mit den Regierungen anderer Länder Reformbestrebungen zu unterstützen, so wende die „Germania“ diesen Grundfay zunächst selber an! —

### Monarchistische Besorgnisse.

Ueber Prinzenerziehung ergeht sich die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ in Betrachtungen, welche nicht geringe Regereien wider das dynastische Gottesgnadentum bekunden. Das äußerst „staats-erhaltende“ Blatt erklärt es für höchst bedenklich, daß ein junger Mann, wenn er königlicher Prinz ist, schon mit 18 Jahren mündig gilt und „geistig plötzlich so erleuchtet“ sein soll, „um das schwerste Amt in ganzen Staate zu übernehmen.“ Dann klagt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ wie folgt — und es ist nötig, von diesen monarchistischen Besorgnissen, die hier ausnahmsweise einmal offen ausgesprochen werden, Kenntnis zu nehmen:

Inzwischen ist aber die Frage der frühzeitigen Mündigkeit königlicher Prinzen nicht besonders bremend, sie ist es nur indirekt insofern, als sie als der greifbarste Ausdruck eines Gedankens sich darstellt, der gleichfalls ein Ueberbleibsel aus der Zeit des Absolutismus ist, des Gedankens nämlich, daß königliche Prinzen eine Art höherer Wesen sind, die es nicht nötig haben, in angestrengter, existier, ausdauernder Arbeit sich die Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben, die der Sohn milder vornehmer Adelfamilie sich erwerben muß, um später auch nur den bescheidenen Posten eines Bürgermeisters oder Land-

rats auszufüllen. Nun ist zwar bekannt, daß Kronprinz Wilhelm nach Erledigung seiner vorbereitenden Studien in Pflanz sich in Bonn bei der juristischen Fakultät hat einschreiben lassen, und daß er sich dort vier Semester studienhalber aufgehalten hat, bekannt ist aber auch, daß er während dieser Zeit viel durch Besuch von Jagden, Kneipplagen, Tennisspielen und Ausflügen von seinem Studium abgezogen wurde. Das wäre nicht weiter schlimm, denn tausend andere junge Leute machen es nicht anders, sie betreiben semestertlang das, was man bei ihnen „Kummelei“ nennt, aber diese Studenten schweifen früher oder später entweder um der Examina willen zum ersten Studium ein, oder sie machen überhaupt keine Examina, weil sie es nicht nötig haben und ihre Studien nur als angenehmen Zeitvertreib betrachten. Auch der Kronprinz Wilhelm braucht keine Examina abzulegen, aber er muß doch später einmal die höchste Würde im Reich und Staat übernehmen, und um deswillen wäre es manchem überzeugten Monarchisten wohl lieber gewesen, wenn er auf seine Studien noch Zeit hätte verwenden können. Wie steht es aber mit der ferneren Ausbildung des Kronprinzen? Wir haben nichts davon gehört, daß er, wie sein Vater es einstmals getan hat, bei einem Oberpräsidenten sich über den allgemeinen Gang der Zivilverwaltung unterrichtet, oder daß er auf anderem Wege versucht hätte, sich einen tieferen Einblick in das Staatsleben zu verschaffen. Wohl ist bekannt, daß Kronprinz Wilhelm ein tüchtiger Reiter, ein leidenschaftlicher Jäger, ein tüchtiger gewandter Eisläufer, Schwimmer und Tennisspieler ist, lauter Fertigkeiten, die einem Königssohn wohl anstehen und die niemand gern bei einem frischen jungen Mann mißsen möchte; vor allem weiß man auch mit Genugthuung, daß der Kronprinz nach Hohenzollernart mit Leib und Seele Soldat ist, aber niemand weiß, nach welcher Methode oder auf welchem Wege der Thronfolger in die doch wahrhaftig nicht einfache Zivilverwaltung des Staates und Reiches eingeführt wurde oder eingeführt werden soll, woher er volkswirtschaftliche Kenntnisse bezieht, um nicht dermalen in Konflikt zu kommen, die die allerbesten „authentischen Interpretationen“ der allein verantwortlichen Minister erforderlich machen, und die zu jenen alle wahren Freunde der Monarchie tief verletzenden sozialistischen Reden führen können, woran der Reichstag nur zu oft Ohrenzeuge sein mußte.

Kronprinz Wilhelm steht jetzt vor seiner Verheiratung. Für gewöhnliche Staatsbürger bedeutet dieser wichtige Schritt den endgültigen Abschluß der Lehr- und Wanderjahre. Bei einem königlichen Prinzen sollte es nicht anders sein, denn der neue selbständige Haushalt bringt neue Pflichten, und deren Erfüllung läßt kaum Zeit übrig zur nachträglichen Erweiterung von Kenntnissen und Erfahrungen, zu denen nun einmal der Grund in der Jugend gelegt werden muß. Mit aufrichtiger Sorge fragen sich die echten Freunde des monarchischen Gedankens, ob in dieser Hinsicht nicht bereits etwas vermäht worden ist?

Der Monarchismus, wie ihn die „Rheinisch-Westfäl. Zig.“ meint, ist allzu anspruchsvoll. Wäre das Blatt folgerichtig, so müßte es fordern, daß ein Prinz, der an die erste und verantwortungsvollste Stelle in Staate treten soll, nicht nur die bescheidenen Kenntnisse eines Bürgermeisters oder Landrats, sondern das gewaltige Maß von Kenntnissen erwerben muß, das einer so beherrschenden Stellung entsprechen würde. Dies wagt aber auch die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ nicht zu fordern. Wenn jedoch Amt und Leistung nicht übereinstimmen müssen, warum dann überhaupt beides miteinander in Beziehung setzen? Dann bleibe man klüger bei der — Gnade Gottes, die bei härtesten das Ersetzt, was natürliche Fähigkeit und Erziehung nicht leisten.

Der Monarchismus der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wird dem Gros der Monarchisten wenig behagen. Die Monarchie fordert ihrem Prinzip nach Bewunderung und Gehorsam. Wer aber an ihr kritisiert und nörgelt, hat ihr erhabenes Wesen nicht erkannt und zählt nicht im Kreise der wahrhaft Königstreuen. —

### Steine in den Weg.

Die „Konservative Korrespondenz“ beschäftigt sich jetzt auch mit der Rede des Grafen Potadowsky über die Mittelstandsfrage und die Kapitalassoziation und nennt Potadowskys Auftreten „außerordentlich bedauerlich“:

„Lange Zeit wird vergehen, ehe es den Vertretern der offiziellen Wirtschaftspolitik gelingen wird, diese Steine von ihrem Wege fortzuschaffen. Solche Episoden sind leider nur zu sehr geeignet, denjenigen Bestrebungen den Boden zu bereiten, die darauf ausgehen, ein faher unauströbares Mißtrauen gegen die Regierung und tiefgreifende Unzufriedenheit zu verbreiten.“

Wir werden allerdings nicht unterlassen, bei jeder Gelegenheit anzuverham zu machen auf den lassenden Widerspruch in den verhältnismäßig vernünftigen Ansichten des Stellvertreters des Reichskanzlers und der offiziellen Wirtschaftspolitik des Reiches. Wenn das für die wirtschaftlichen Reaktionen Steine im Wege bedeuten, so wird es uns sehr freuen. Dabei gehen wir uns durchaus nicht der Illusion hin, daß Potadowskys Ansichten auf die Politik des Reiches irgend welchen Einfluß ausüben könnten. Abgesehen davon, daß diese Ansichten sich auf die Industrie beschränken und der Herr Graf nur für das Industriekapital eintrat, an der agrarischen Ausbeutung des Volkes aber schon vorübergehend, ist ja doch auch Graf Potadowsky nur eine sehr vorübergehende Erscheinung im Streite der Kräfte innerhalb unseres öffentlichen Lebens. Um die Wirtschafts- und die Sozialpolitik des Reiches in vernünftige Bahnen zu lenken und den Agrariern und Reaktionen nicht bloß Steine in den Weg zu rollen, sondern unübersteigliche Mauern entgegenzustellen, verlassen wir uns nicht auf die Reden des Grafen Potadowsky, sondern ganz auf unsere eigene Kraft.

Ganz besonders sind die Junstmeister über Potadowsky erbost, weil er in seiner Rede auch einmal die Kostengeheimnisse der armen notleidenden Zünftler enthüllt hat. Er hat eine sorgfältige Abrechnung eines großen Berliner Tischlermeisters mitgeteilt, aus der hervorgeht, daß der notleidende Meister, der mit 18 Gesellen und zwei Lehrlingen arbeitet, an jedem Arbeiter fast 800 M. im Jahre verdient. Der Obermeister der Berliner Tischlerinnung, der die Absicht hat, den Reichstag zu zieren, erklärt diesen seinen Kollegen für verrückt und fordert ihn auf, sich zu nennen, damit man ihn gehörig verpugen könne. —

Die wiedergegründete „National-Zeitung“ hat sich nunmehr auch eine „Mischung“ zugelegt. Sie hat den Ehrgeiz, ein Organ des internationalen Polizei-Anarchismus zu werden. Sie bringt eine Notiz über ein starkes Hervortreiben der anarchischen Bewegung in Rußland und anderen Ländern. Ueberall würden Blätter gegründet, die Anarchisten schwämmen im Golde:

„Das bereits mitgeteilte Oberverwaltungsgerichtsurteil, welches das Verbot einer anarchischen Versammlung, in der für den Generalfreie Propaganda gemacht werden sollte, für ungerechtigt erklärt, wird in allen anarchischen Zirkeln lebhaft erörtert; in anarchischen Versammlungen, die wir ja jetzt genügend haben, wird unausgesetzt betont, daß die Generalfreie Agitation sich nun mit Macht entfalten müsse. Es laßt keinem Zweifel unterliegen, daß der Anarchismus mächtig seine Schwingen regt. Videant consules . . .“

Eine echte, rechte Polizeinotiz! Wofür sollen nun die Konsulten Sorge tragen — nach der Meinung der „National-Zeitung“. Wir wählen eine Beschäftigung für die müßigen Polizei-Anarchisten: Eine Definition des Anarchismus auszuarbeiten, dann haben sie zu tun.

Die Anarchisten-Forschungen der „National-Zeitung“ erinnern an jenen prächtigen Gendarm, der im königsberger Prozeß Aufstellungen darstellte. Der Mann hatte den Auftrag, nach aufzählenden, anarchischen Schriften zu fahnden. Er kommt hinzu, wie eine Kiste mit russischen und lettischen Schriften geöffnet wird. Ein Blick genügt und der Gendarm rapportiert: Ich habe aufzählende, anarchische Schriften gefunden. Bald darauf gestand er vor Gericht, daß er kein Wort russisch und lettisch verstände.

In Rußland wie überall gibt es keine anarchische Bewegung — auferhalb der Polizei — geschweige, daß sie mächtig die Schwingen

**Abt. Die paar Phantasten, die sich hier und da Anarchisten nennen, sind harmlose Leute, viel harmloser — als die Sozialdemokratie, der es zu verdanken ist, daß es eine wirkliche anarchistische Bewegung nicht gibt! —**

**Ein neues Anordnungsgefecht für Ostpreußen und Hinterpommern** soll schon in dieser Landtagsession eingebracht werden. Ein neuer Kommissionsfonds, also, ein weiterer Einbruch ins Reichsrecht und eine verstärkte Förderung der Kapitalinteressen deutscher Landbanken! —

**Ergebnisse der preussischen Einkommensteuer-Veranlagung für das Jahr 1904** werden in der amtlichen „Statistischen Korrespondenz“ mitgeteilt. Danach ist die Gesamtzahl der Rentiten von 8 897 782 im Jahre 1903 auf 4 133 539, d. h. um 6 Prozent gestiegen, das steuerpflichtige Reineinkommen von 9 091 538 136 M. auf 9 470 898 573 M., d. h. um 4,2 Prozent, die Einkommensteuer von 186 358 311 M. auf 191 230 947 M., d. h. um 2,6 Prozent. Die amtliche „Statistische Korrespondenz“ zieht aus diesen Ziffern den Schluß, daß die wirtschaftliche Depression, die in den Ziffern von 1902 und 1903 zum Ausdruck kam, nun wieder einer aufsteigenden Bewegung Platz mache. Daraus, daß die Zahl der Rentiten stärker gestiegen ist als der Steuerbetrag, wird gefolgert, daß gerade die kleineren Einkommen sich vermehrt haben. Eine gründlichere Beurteilung der Zahlen der neuen Einkommensteuer-Statistik ist jedoch auf Grund des in der „Statistischen Korrespondenz“ gegebenen Zahlenmaterials nicht möglich, dazu müssen die ausführlicheren Mitteilungen abgewartet werden, die dem Abgeordnetenhaus zugehen. —

**Zur Reichswahl in Hof** wird uns geschrieben: Die Vertrauensleute der vereinigten liberalen Parteien im Wahlkreis Hof hatten sich am Sonntag versammelt, um hinter verschlossenen Türen ihren Kandidaten für die bevorstehende Reichswahl aufzustellen. Als Kandidat wurde der Steinbruchbesitzer Dr. Erwin Goller von Münchberg nominiert. Die Vertreter der ländlichen Bezirke enthielten sich der Abstimmung. Goller gehört zur freisinnigen Partei und war bereits bei der letzten Hauptwahl als Kandidat dieser Partei aufgestellt. Er brachte es auf 4162 Stimmen. In der Stichwahl trat er mit seinem Anhang für den nationalliberalen Kandidaten ein. Die nationalliberale Partei hat somit diesmal verzichtet, den Kandidaten zu stellen, was ihr allerdings sehr schwer geworden sein mag. Unsere Partei hat durch diese Kandidatur bedeutend an Aussicht gewonnen, schon im ersten Wahlgang den Sieg davonzutragen. Die Möglichkeit einer Stichwahl ist dadurch wahrscheinlich überhaupt ausgeschlossen, denn die übrigen Parteien kommen in dem Wahlkreis kaum in Betracht. —

**Ein Trägerschüler** hatte sich in der Person des Schulverweisers Carl Wolfram von Neudorf vor der Strafkammer in Hof i. N. zu verantworten. Durch die Zeugenaussagen wurden 17 zum Teil sehr erhebliche Übertretungen des Pädagogens festgestellt. Wolfram bearbeitete die ihm zum Unterricht übergebenen Schüler bei jeder Gelegenheit mit einem 30 bis 40 Zentimeter langen, circa einen Zentimeter dicken vieredigen Holzstab durch Schläge auf das Gesicht, in die Kniekehlen usw., ferner regnete es Ohrfeigen, Prüge, die Schüler wurden an den Haaren gezerrt usw. Einer von den Jungen, der Viehhändlersohn Böhm, erhielt einmal 69 Schläge mit dem bewußten Stabe; nachdem dies geschehen war, fiel der Lehrer mit den Worten: „Armpfel, ich mach' dich kalt!“ nochmals über ihn her, warf ihn zu Boden, ohrfeigte ihn unmenslich, stieß ihn heftig in den Rücken und auf die Brust und warf ihn gegen die Wand, die Schultafel und den eisernen Ofen. Dieser Knabe starb einige Zeit darauf, und sein Tod wurde mit den erlittenen Mißhandlungen in Zusammenhang gebracht. Leider wurde nicht sofort eine Untersuchung eingeleitet, erst nach vier Monaten wurde die Leiche ausgegraben und untersucht, wobei sich Blutsedimentation als Todesursache ergeben haben soll. Erwiesen wurde ferner, daß der Angeklagte Schulmädchen an den Haaren durch das Zimmer gezerrt und ihnen vier bis fünf Ohrfeigen nach einander gegeben hat. Das Gericht hielt ihn in 17 Fällen für überführt und verurteilte ihn zu 200 M. Geldstrafe.

**Eine Schiedsgerichts-Offerte.** Die „Kölnische Zeitung“ berichtet aus New York von heute: Aus Guayaquil wird gemeldet: Der frühere Präsident der Republik Ecuador Flores wurde zum Gesandten in Berlin ernannt mit der besonderen Aufgabe, den deutschen Kaiser zu bewegen, das Schiedsrichtertamt in dem Grenzstreit zwischen Ecuador und Kolumbien anzunehmen. Deutschland wird auf das ehrenvolle Schiedsrichtertamt verzichten müssen, da die Vereinigten Staaten Einsinnigen in amerikanische Verhältnisse beizubringen nicht würden. —

**Zur Verfassungsreform in Württemberg** wird uns aus Stuttgart vom 20. Dezember gemeldet: Die vom „Schwäbischen Merkur“ veröffentlichten Mitteilungen über die angebliche Grundlage der Verfassungsreform sind offenbar nur ein Verfluchballon, der ungefähr die Richtung der nationalliberalen Wünsche kennzeichnet. Bezeichnend für die Aussichten der Verfassungsreform ist, daß das bisherige konservative Organ durchblicken läßt, die Mitteilung des „Merkur“ sei schon deshalb falsch, weil sie den Erfolg der zu beabsichtigten 23 Privilegierten in der Zweiten Kammer durch Abgeordnete des allgemeinen Wahlrechts behauptet. Die ritterchaftlichen Abgeordneten der Zweiten Kammer würden aber einer Reform nur zustimmen, wenn an ihre Stelle bezugsstädtische Vertreter kommen, wie dies Freiherr v. Wöllraich schon im Jahre 1901 erklärt hat. Auch das Zentrumblatt äußert sich skeptisch und bezieht sich auf die Erklärung Gröbers, der das Scheitern jeder Verfassungsreform an der Forderung des Budgetrechts für die reformierte Erste Kammer voraussetzt. Das Zentrum habe keinerlei Interesse an der Verfassungsreform, die doch nur möglich werden sollte, um dem Lande die liberalen Schulgesetze aufzuzwingen. —

**Soldatenbriefe aus Südwesafrika.**

In zwei von dem „Zabrer Anzeiger“ veröffentlichten Soldatenbriefen vom Hererokrieg heißt es: „Wenn Du in der Zeitung etwas von der Nordabteilung liest, so gebe genau acht. Ich bin auch bei der Nordabteilung. Wir stehen 26 Kilometer vom Feinde entfernt und haben den Waterberg von allen Seiten umzingelt. Die Südbabteilung macht den Angriff und geht vor. Jemand auf einer Stelle müssen die Hereros durch. Aber wehe den armen Truppen, wo die Bestien durchbrechen, da bleibt kein Stein übrig. Die ganze Weide für die Pferde brechen und die Bestien vor der Nase ab. Mit solchen elenden Leuten muß der Deutsche sich quälen und noch sein Leben einbüßen.“

„Jetzt sind wir wieder auf dem Nudmaria, da der Feind nach dem Owambo-Lande verschunden ist. Das Owambo-Land ist an der englischen Grenze, da dürfen wir nicht weiter, sonst kriegen wir mit England Krieg. Aber nächstes Jahr geht es mit den Owambos los. Jetzt müssen wir vorläufig zurück, weil die Regenzeit ankommt. Der Krieg mit den Hereros ist vorläufig klar. Wir haben nichts mehr zu befürchten... Beim letzten Gefecht vertrieben wir die Wände ritten ihnen 80 Kilometer nach, aber vergebens, da sie bessere Pferde haben, als wir. Aber es war gut, daß Se. Excellenz Generalleutnant v. Trotha bei uns war. Der Mann hat an uns krieger sehr erregende Reden gehalten. Er hat 3000 M. Prämie ausgesetzt, wer den Oberkapitän Samuel Maberero ergreift. Für jeden Unterkapitän sind 1000 M. ausgesetzt. Jeder Kaffer, der getroffen wird, soll erschossen und jede Frau und jedes Kind vertrieben werden. Da laßt Du Dir denken, wie man aussieht.“

Ein von der „Schlesw. Holst. Volksztg.“ veröffentlichter Soldatenbrief enthält folgende Stelle:

„Mein teurer Freund! Habe noch nicht eine Karte oder Brief erhalten, aber doch werde ich bald was erhalten. Ich bin noch immer gesund und vergnügt, trotzdem ich schon manden Sturm erlebt habe und Koldschamf schrieben bis blüht aber das schadet nichts den 27. Okt. habe ich 4 Hereros erwischt und entwaftet, ich ging mit meinem Rehbod vergnügt auf der Schulle nach Hause (denn wir haben nur ein Haus von Baumstämmen gebaut ringsum ein Schützengraben und

Dornhede drin mit seine Tierfelle die wir den Feinden gestaut haben austapeziert. Du möchtest das ansehen, dicker wie in einer feinen Mäuserhöhle und wir sind die Raubritter) da sah ich schwarze in einem Duche, der Posten schlief, ich schlich mich heran, klaut die Gewehre weg, stellte mich hinter einen Baum (wie ein Tiger) und schoß alle 4 tot beinahe wars mit am Kanthalen gegangen. Aber... hat Schwein, denn an demselben Tage wurde ich zum Sekreten befördert und bin bei meinem Abteilungsleiter gut angesehen der auch ein Ostpreuße ist.“

Wenn man diese Briefe mit den Briefen schreibsünderiger Hereros und Hottentotten vergleicht, wird man kaum finden, daß solche „Kulturträger“ den „schwarzen Bestien“ irgendwie überlegen sind, sei es nun an Intelligenz, sei es an sittlichen Eigenschaften!

Nichtsdestoweniger werden die Schwarzen ihres Landes beraubt und aufgetrieben im Namen der „höheren Kultur“!

**Südwesafrikanische Kriegsnachrichten.**

Berlin, 20. Dezember. General v. Trotha meldet aus Windhuk unter dem 20. Dezember: Die Maschinengewehr-Sektion Woffidlo überfiel auf dem Marsch von Grooifontein nach Kamutoni bei Soais am 24. November eine Hereroverst. Es Hereros gefangen, darunter Kambagendis Bruder Komarimebo und dessen Sohn. Am 29. November wurde Kamutoni besetzt, die Station ist völlig zerstört. Am 30. November wurden bei Chochoas westlich Kamutoni, am 2. Dezember bei Onandowa nördlich Kamutoni Hereroverst überfallen; dabei 58 Stück Vieh, 7 Gewehre und Munition erbeutet, mehrere Hereros gefangen. Unsererseits keine Verluste. Von den Owambos droht augenblicklich keine Gefahr, ihre Taten liegen vom letzten Gefecht her noch unbereit in Mengen um Kamutoni.

Berlin, 20. Dezember. Amtliche Meldung. Nach einem Telegramm aus Windhuk ist an Typhus gestorben: Reiter Friedrich Friedmann, geboren 16. September 1882 zu Bradenheim, am 14. Dezember im Lazarett Djinbinde.

Berlin, 20. Dezember. (Amtliche Meldung.) Ein Telegramm aus Windhuk meldet: An Typhus gestorben: Leutnant Werner Schenk Freiherr von Stauffenberg, geboren 17. Februar 1878 zu München, am 18. Dezember im Lazarett Dwinan-Kau; Reiter Otto Schumann, geboren 20. Juli 1882 zu Trakehnen, am 18. Dezember im Lazarett Djinbinde.

Mn, 20. Dezember. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin: Aus dem Süden des Schutzgebietes erhalten wir über Kreetmannshoop die erfreuliche Nachricht, daß der Det Warmbad durch die dort vorhandenen Streiträfte und Vorräte auf längere Zeit in der Lage ist, jedem Angriff der Gurenga-Banden erfolgreich Widerstand zu leisten. —

**Ausland.**

**Poker kein Hazardspiel!**

Aus Wien wird uns vom 18. Dezember geschrieben: Angeht die Erklärung des obdenburgischen mehr- als Justizministers, das von Amerika gelommene Pokerspiel wäre kein Hazardspiel, und seine Zeugenaussage, er habe nicht Hazard gespielt, sei wahr gewesen, obwohl er Poker gespielt hat, wird es vielleicht interessant sein, eine Entscheidung zu vernehmen, welche der oberste Gerichtshof in Oesterreich über das Justizministerliche Spiel gefällt hat. Nach österreichischem Recht ist das Spiel aller Hazard- oder reinen Glücksspiele verboten; das Delikt ist eine der Übertretungen gegen die öffentliche Sittlichkeit. Ueber das Pokerspiel hat sich nun diese höchste Gerichtsstelle folgendermaßen geäußert:

Es entspricht dem Geiste des Gesetzes, als Glücksspiele alle jene Spiele zu bezeichnen, deren Ergebnis, wenn auch nicht ausschließlich, so doch vorzugsweise vom Zufall abhängt. Es können auch bei Glücksspielen Kombinationen, Geschicklichkeit und Ueberlegung des Spielers die Gewinnchancen fördern, ohne hierdurch dem Spiel einen anderen Charakter als jenen des Hazardspiels aufzuprägen, bei welchem sich die Spielenden Bedingungen unterwerfen, deren Eintritt oder Nichtertritt wesentlich vom Zufall abhängt. Dies ist beim Pokerspiel zweifellos der Fall, da bei diesem Spiel das Entscheidende ist, welche Zusammenstellung der Figuren, der Farben und Verbindungen in den zuerst ausgegebenen fünf Karten sich vorfindet und welche Aenderung hieran durch die nachgelassenen Blätter bewirkt wird — wonach sich auch die Sätze der Mitspielenden richten —, während dann ein eigentliches Spiel mit den ausgeteilten Karten gar nicht mehr, sondern ein bloßes Auflegen oder Wegwerfen der Karten stattfindet.

Auf Grund der Beschreibung des Ganges des Spieles und der Beschreibung des Experten muß man zu der Anschauung gelangen, daß es in erster Linie der Zufall ist, von dem der Erfolg des Spieles abhängt, nämlich die durch Melirieren der Karten herbeigeführte ganz zufällige Reihenfolge der einzelnen ursprünglich verteilten oder nachgelassenen Blätter, auf welche Reihenfolge die Geschicklichkeit des Spielers keinerlei Einfluß zu üben vermag. Am allerwenigsten kann das beim Pokerspiel übliche „Bluffen“ in Betracht kommen, welches, geradezu auf Täuschung der Mitspielenden über die Güte und Qualität der Karten eines der Spieler (des Bluffenden) berechnet, dem Wagen des einen und der Verblüffung des anderen einen Erfolg gewährt.

Insofern die das Wesen der Bestimmungen über die öffentliche Anstaltlichkeit bildenden Momente in Betracht kommen,\*) ist nicht zu verkennen, daß sie auch beim „Poker“ zutreffen. Sobald dasselbe um einen Geldbetrag gespielt wird, tritt für den Spieler die Gewinnhoffnung ein, welche, obwohl sie doch zunächst sich wieder nur durch Zufall bestimmt, die Spieleidenschaft steigert und zum Wagen hoher Einsätze hinreißt. Hierin liegt aber auch der auf Gewinnlust beruhende, sittlich verderbliche Charakter des Spieles und dessen unheilvoller Einfluß auf die Erregung von Leidenschaften beim Spieler. Wenn es diesfalls noch eines speziellen Beweises bedürfte, so möge auf die Anzeige, welche Anlaß zu dem behördlichen Einschreiten gab, hingewiesen sein, aus welcher ein schlagendes Argument dafür, wie beim „Pokerspiel“ Leidenschaft und Spielwut angefaßt werden, welche unheilvollen Wirkungen es schon auf das Familienleben und das wirtschaftliche Gleichgewicht im Haushalte sowohl als im Geschäftsleben zu äußern geeignet ist, sich ergibt.

Die Entscheidung stammt aus dem Jahre 1898; seither gilt Pokerspiel in Oesterreich als verbotenes Spiel. Also in Oesterreich dürfte Herr Kuffrat nicht — Justizminister werden und auch nicht so obdenburgisch schwören! —

**Italien.**

Auf dem Wege zur Reaktion. Die italienische Kammer hat sich bis zum 24. Januar vertagt. Ehe sie in die Weihnachtstagen ging, hat die reaktionäre Majorität — denn über eine solche verfügt jetzt Giolitti — noch schnell ein verbienstvolles christliches Werk getan. Die armen, durch Hunger zur Verzweiflung getriebenen Landarbeiter sollen in Zukunft noch mehr wie bisher in strenger Ordnung gehalten werden. Und so bewilligte man der Regierung 9 Millionen Lire zur Vermehrung des Genarmees. Giolitti geberdete sich äußerst liberal; das Gesetz sei kein politisches, aber die vorhandenen Sicherheitsorgane seien nicht genügend, um das Eigentum der Bürger zu schützen. Die Erklärung Giolittis, er habe von seiner politischen Ueberzeugung nichts geändert und wenn er in Kontrast mit der Mehr-

\*) Die Sorgfalt der Gesetzgebung schränkt nach ihrer Absicht den Begriff einer Verletzung der öffentlichen Sittlichkeit nicht bloß auf diejenigen Handlungen ein, welche an sich abscheulich und öffentliches Vergernis zu erregen fähig sind; sie zieht darunter auch Handlungen, die nach ihrer Eigenschaft zur Verbreitung des Sittenverderbnisses beitragen, wie auch solche, womit Unordnungen und Ausschweifungen als gewöhnliche Folgen verbunden sind; § 500 Strafgesetzbuch.)

heit komme, werde er lieber gehen, wurde von dieser mit eifrigem Schwelgen entgegengenommen. Die Reaktion, verstärkt seit den letzten Wahlen durch den Merlinoismus, akzeptierte vorläufig Giolitti, bis sie ihre Kräfte gesammelt haben wird und einen Mann braucht, der offener und rücksichtsloser der Reaktion huldigt, als es Giolitti in den Augen der Rechten tut. Von den Sozialisten sprach Bisolati gegen das Gesetz. „Wenn die Politik der Regierung uns in die Vergangenheit zurückführt, so wird die sozialistische Partei nicht wieder, wie sie es nach 1898 getan hat, in dem parlamentarischen Mechanismus ihre Verteidigung suchen, sondern sie wird sich auf die Kräfte des Landes außerhalb des Parlamentes stützen.“ Das Gesetz wurde schließlich in geheimer Abstimmung mit 243 gegen 37 Stimmen angenommen. —

**England.**

Die englischen Gewerkschaften im Jahre 1903. Die „Labour Gazette“ veröffentlicht soeben eine Uebersicht über die englischen Trades-Unions im Jahre 1903. Danach bestanden in diesem Jahre 1166 Gewerkschaften mit 1 602 000 Mitgliedern; die Zahl der letzteren war gegenüber dem Vorjahre um 23 000 gestiegen. Die Zahl der in den Gewerkschaften organisierten Frauen und Mädchen sank im Berichtsjahre von 122 210 auf 119 416. Die Fonds der hundert wichtigsten Gewerkschaften waren aber trotzdem gestiegen; sie waren auf 91 Millionen Pfund oder 30 M. pro Kopf der Mitgliedschaft angewachsen. Die Erklärung für diese Steigerung ist der Umstand, daß im Jahre 1903 nur wenig Streiks zu verzeichnen waren; für Streikunterstützung wurden nur 3 440 000 M. ausgegeben, dagegen über 10 000 000 M. an Arbeitslosenunterstützung. —

**Amerika.**

Schnaps und Tabak sind die Haupteinnahmequellen der Steuererlöse, welche auf dem inneren Markt der Staaten erhebt, als „internal revenue“. Kein Zehntel der Einnahmen werden aus Schnaps und Tabak gedeckt. Nach dem neuesten Finanzbericht wurden im letzten Fiskaljahre 177 772 324 Dollar aus der Schnapssteuer und 44 655 808 Dollar aus der Tabaksteuer gewonnen. Die Einnahmen aus Zigaretten und Zigaretten verminderten sich etwas. Der Partei der Prohibitionisten sind diese Zahlen noch viel zu klein, sie verlangt, daß alle Ausgaben aus der Besteuerung der Ration gedeckt werden sollen. Besonders dem Schnapssteuereinkommen durch Steuern und Verbote zu Leibe gehen; trotzdem ist in Gegenden, wo die Prohibitionisten das Szepter führen, der Schnapskonsum nicht geringer als anderswo.

Der Handel mit Mexiko wächst bedeutend in den Vereinigten Staaten. Amerikanisches Kapital wird in großen Maßstäben in Mexiko angelegt; amerikanischer Unternehmungsgeist macht sich die Reichthümer des Landes zunutze. Die Ausfuhr nach Mexiko betrug im Jahre 1894 die Summe von 13 285 287 Dollar, die im Jahre 1904 auf 45 900 748 Dollar stieg. Gegner der Expansionspolitik weisen auf die Tatsache hin, daß der Handel mit den Philippinen und mit Hawaii und mit Kuba sich nur sehr schwach hebt im Vergleich mit der unabhängigen Republik Mexiko; sie erklären die Theorie als falsch und gefährlich, daß es für den Handel eines Landes notwendig sei, ferne Länder zu annektieren und fremde Völker zu unterjochen. —

**Der Krieg in Ostasien.**

**Die Torpedo-Angriffe auf die „Sewastopol“.**

Tokio, 19. Dezember. (Amtliche Mitteilung. Admiral Togo berichtet, daß bei dem Angriff auf die russischen Schiffe auf der äußeren See von Port Arthur in der Nacht vom 14. Dezember außer dem japanischen Torpedoboot, das kampfunfähig zurückgelassen wurde, ein zweites Torpedoboot zeitweise außer Aktion gesetzt, aber in Sicherheit gebracht wurde. Die Ueberlebenden von ersterem Torpedoboot wurden gerettet. Der Rest der Schiffe erlitt keinen ernstlichen Schaden. Im ganzen wurden bei dem Angriff 10 Mann getötet und 14 verwundet.

Da der Ankerplatz der „Sewastopol“ dicht am Strande ist, hält es schwer, sich über die Beschädigungen zu vergewissern. Es wurde aber genau beobachtet, daß mehrere Torpedos sie trafen und explodierten. In der Nacht vom 15. Dezember erneute die Torpedoboots-Flottille ihre Angriffe auf die „Sewastopol“, „Dwaitschun“ und einige Torpedobootszerstörer. Es gelang ihr, dicht an die feindlichen Schiffe heranzukommen und nacheinander mehrere Torpedos abzuschleßen. Mehrere von diesen trafen, wie man bemerkte, und explodierten. Trotz des heftigen Feuers des Feindes lehrten alle japanischen Fahrzeuge wohlbehalten zurück; sie hatten zusammen drei Tote und drei Verwundete. Die japanische Beobachtungsstation berichtet, daß ein russischer Torpedobootszerstörer mit gebrochenen Masten auf Grund geraten sei.

Tokio, 19. Dezember. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.) Das Verhalten des Kommandanten Hego und des Leutnants Nagalara bei dem Angriff auf die „Sewastopol“ ruft besondere Bewunderung hervor. Die Flottille des Kommandanten Hego war mit Reparaturen beschäftigt, als der Angriff beschlossen wurde. Es gelang ihm, eines seiner Boote herauszubringen. Er erreichte aber die Flottenbasis erst in dem Augenblick, als die Flottille bereits abgefahren war. Er erhielt die Erlaubnis, sich den Schiffen anzuschließen, und fand trotz des blendenden Schneesturms die „Sewastopol“. Er kam auch so nahe heran, daß er die Masten sprechen hörte, und feuerte einen Torpedo ab. Sie noch weiter nähernd, ließ er einen zweiten Torpedo ab. Nun traf ihn eine feindliche Granate und zerriß ihn. Leutnant Nagalara brachte trotz des fürchterlichen Feuers einem anderen Boote Hilfe. Sein Fahrzeug wurde mehrfach getroffen, aber er vermochte doch die meisten Leute des in Not befindlichen Bootes zu retten. Zu dem Angriff meldeten sich übrigens mehr Freiwillige als verwendet werden konnten.

Admiral Togo wird wahrscheinlich einem jüngeren Admiral die Flotade überlassen und nach Tokio zurückkehren, wo der Kaiser ihm einen glänzenden öffentlichen Empfang bereiten wird.

**Am Schah.**

Rußden, 19. Dezember. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.) Die Erbhöhlen der Russen in der Wandschurci dehnen sich auf etwa 100 Kilometer aus vom Hunjo zu den Bergen, die den Fluß von den Quellen des Schahs trennen. Im Zentrum findet fast ununterbrochen Artilleriekampf statt. Die Gegner sind sich dort so nahe, daß das Einretzen von Korpskommandanten erklamt wird, was sofort zu einer Kanonade Veranlassung gibt. In den äußersten Abständen stehen die Gegner 8 bis 12 Kilometer von einander entfernt. Das dazwischen liegende Gelände wird gelegentlich zu Gefechten benutzt. Auf jeder Seite kommt es darauf an, den Gegner zu hindern, daß er die Truppen in den Winterquartieren belästigt. Die Stellung ist ungefähr dieselbe wie bei Pianjau. General Nomenkamp hat eine unzugängliche Stellung im Distrikt jenseits des Tienpasse inne; demnach kam es dort zu fünfzig Gefechten. Die russischen Truppen sind in vorzüglicher Stimmung.

Tokio, 19. Dezember. (Telegramm des „Neuerischen Bureaus“.) Das Hauptquartier der japanischen Landsturmarmee meldet unter dem 19. d. M.: Die japanischen Korps wurden in der Nacht zum 17. dreimal angegriffen. Der Feind wurde überall zurückgeschlagen. Am 18. gaben die schweren Geschütze des Feindes 80 Schüsse auf die Japaner in der Nähe der Eisenbahnbrücke über den Schah ab, ohne jedoch Schaden anzurichten.

**Neue Fortschritte der Japaner.**

London, 20. Dezember. Der Korrespondent des „Neuerischen Bureaus“ vor Port Arthur meldet vom 19. d. M.: Das Nord-Fort von Lungkilwan an wurde gestern um Mitternacht nach einem der erbittertesten Kämpfe der ganzen Belagerungszeit genommen. Die Japaner hatten seit Wochen zwei 40 Fuß lange Tunnelgänge mit vier Seitenarmen gegraben, in welchen sieben Minen gelegt waren. Der eigentliche Angriff geschah durch zwei Abteilungen Freiwilliger, die in den Walgräben verblieben bis die Minen explodiert waren; dann ging die erste Abteilung zu früh zum Angriff vor und viele wurden durch Trümmer von den Wällen an der Nordfront und der Ostfront, die die Explosion wegriß, getötet. Die

zweite Abteilung drang sodann durch zwei ungeheure Dreifchen, welche die Explosion in die Mauer gerissen hatte, ein. Die Feinde, welche die Gräben vor der Mauer besetzt hielten, wurden getötet. Die übrige Besatzung befand sich im rückwärtigen Teil des Forts hinter Sandfäden-Verschlägen, hatte auch Geschütze und leistete hartnäckigen Widerstand. Nach zehnständigem Kampfe wurde das Fort genommen und die Besatzung nahezu ausgerottet.

## Aus Industrie und Handel.

### Die diesjährige Getreide-Ernte.

Nachdem bereits vor einigen Tagen die „Statistische Korrespondenz“ eine Zusammenstellung der letzten Ernte-Erträge in Preußen veröffentlicht hat, bringt nun der „Reichs-Anzeiger“ auch die Zahlen für das ganze Reichsgebiet. Eine wesentliche Veränderung erfährt dadurch das statistische Bild nicht. Dieselben Verhältnisse, welche die preussische Statistik zeigt, haben auch in den anderen Reichsteilen das Ernte-Ergebnis beeinflusst, so daß, wenn man die Ernteresultate Preußens entsprechend der ausgedehnten Anbaufläche des Reichsgebietes vergrößert, man ziemlich genau die Erträge der deutschen Gesamternte erhält. Geerntet wurden in Deutschland:

	1904	1903
Weizen . . .	3 804 828 Tonnen	3 555 084 Tonnen
Roggen . . .	10 060 792 „	9 904 493 „
Gerste . . .	2 948 184 „	3 323 689 „
Hafers . . .	6 936 003 „	7 873 358 „

ferner an:

Kartoffeln . . .	36 287 193	42 901 530
------------------	------------	------------

Das Brotgetreide, Weizen und Roggen, hat also einen größeren Ertrag als im vorigen Jahr geliefert, Hafers und Gerste dagegen sind um 1,3 Millionen Tonnen gegen das vorige Erntejahr zurückgeblieben.

Wie in Deutschland ist auch in den meisten anderen europäischen Ländern der diesjährige Ertrag niedriger als im vorigen Jahr. In der jüngst vom ungarischen Ackerbauministerium veröffentlichten Einschätzung wird die Welt-Getreideernte folgendermaßen vorausgeschätzt:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafers	Weizen
	Millionen Doppelzentner				
<b>I. Ernte in Europa (einschließlich der asiatischen Teile Rußlands und der Türkei):</b>					
1904 . . .	463,32	376,24	100,35	819,56	83,38
1903 . . .	529,24	418,26	211,49	356,29	154,29
<b>II. Ernte in außer-europäischen Ländern:</b>					
1904 . . .	377,43	16,44	100,88	168,65	728,38
1903 . . .	354,10	16,44	99,65	157,65	667,45
<b>Zusammen:</b>					
1904 . . .	844,15	393,90	291,18	488,49	806,60
1903 . . .	883,94	435,90	310,64	513,95	827,13

Das Gesamtresultat dieser Schätzungen berechnet sich für das Jahr 1904 auf 2824 Millionen Doppelzentner gegen 2970,00 Millionen Doppelzentner im Jahre 1903; es ergibt sich somit für 1904 ein Minderertrag von 146,00 Millionen Doppelzentner, wobei einem Minderertrag von 237,37 Millionen Doppelzentner in Europa ein Mehrertrag von 90,99 Millionen Doppelzentner in den überseeischen Ländern gegenübersteht. Bei allen Getreidearten ist die Ernte des Jahres 1904 geringer ausgefallen als 1903, und zwar beim Weizen um 89,89, beim Roggen um 41,79, bei der Gerste um 19,88, beim Hafers um 24,25 und beim Weizen um 20,45 Millionen Doppelzentner.

Etwas kleiner, als er hier erscheint, wird sich der Minderertrag voraussichtlich später noch stellen. Das ungarische Ackerbauministerium schätzt in seinen Berichten über die Welt-Getreide-Ernte diese fast regelmäßig zu niedrig ein; und diesmal scheint es die Ernte-Erträge einzelner Staaten ganz besonders gering veranschlagt zu haben. So schätzt es zum Beispiel den Weizenertrag Deutschlands nur mit 85 statt mit 88, den Roggenenertrag mit 88 statt mit 100, den Hafersertrag mit 65 statt mit 69 Millionen Doppelzentner ein.

**Hafers-Transporte nach Südwestafrika.** Ein für die kaufmännischen Fähigkeiten unserer heutigen Regierung außerordentlich charakteristisches Verfahren weiß das „Berliner Tageblatt“ zu berichten. Der in Südwestafrika für die Pferde der deutschen Truppen gebrauchte Hafers wird nämlich vom Probiantamt in Berlin zunächst mit der Bahn nach Hamburg gefahren, dann dort auf Wörmannsche Dampfer verladen und nach Südwestafrika befördert. Mit Recht bemerkt dazu ironisch das betreffende Blatt: „Die Reichsregierung nimmt vielleicht an, durch den Anlauf beim Probiantamt in Berlin der deutschen Landwirtschaft einen Dienst zu erweisen. Das wäre von Seiten der Regierung ein sehr schicklicher, denn in diesem Jahre herrscht in Deutschland ein Mangel an einheimischem Hafers, wie überhaupt an Futtermitteln. . . . Aber davon abgesehen müssen doch die unnötigen Kosten, die das Verfahren der Reichsregierung verursacht, Bedenken hervorgerufen. Das Kasselegende wäre doch, unvollständige russische Ware zu erwerben. Es würde dem Kolonialamt dadurch eine Ersparnis von mindestens 28 M. pro Tonne erwachsen. Russischer Hafers könnte eventuell von der Reichsregierung direkt in den russischen Häfen und zwar in ganzen Dampferladungen erworben werden. Aber wenn die Behörden es für ihrer unwürdig halten, sich kaufmännisch zu betätigen, so sollten sie wenigstens etwas praktischer vorgehen und den Haferskauf in den Seestädten Danzig, Stettin, Hamburg und Bremen vornehmen lassen. Der Bezug durch das Berliner Probiantamt bedingt eine ganze Reihe von unnötigen Kosten: das Einladen in die Waggons, die Bahnfracht nach Hamburg, das Ausladen aus den Waggons in Hamburg, das Ueberladen in die Schuten auf der Elbe und schließlich die Ueberführung auf die Dampfer. Die auf diese Weise entstehenden unnötigen Kosten dürften mit etwa 20 M. per Tonne in Rechnung zu stellen sein. Nimmt man hierzu den Ueberpreis zwischen einheimischem Hafers und Transitware, der mindestens 28 M. beträgt, so stellt sich heraus, daß die Regierung für den für Südwestafrika erforderlichen Hafers unnötigerweise etwa 48 Mark pro Tonne zu viel bezahlt. Es wird geschätzt, daß bisher für den Herberfeldzug mehr als 10 000 Tonnen Hafers von Deutschland nach Südwestafrika verschifft worden sind. Danach wären dem Fiskus circa 480 000 Mark unnötig verausgabt worden.“

**Die Hibernia-Gesellschaft.** Wie im vorigen Jahre zahlt die Hibernia auf ihr älteres Aktienkapital von 41 Millionen Mark, wie in der gestrigen Aufsichtsratsitzung angekündigt wurde, wieder 11 Proz. Dividende, auf die zum Erwerb der Aktien von der Besche „General Dividend“ und der Besche „Aktien“ ausgegebenen 11 Millionen Mark Aktien 4 Proz. Dividende.

**Siemens u. Halske.** In der heute abgehaltenen Generalversammlung wurde der Jahresabschluss für 1903/04 einstimmig genehmigt und die Dividende auf 7 Proz. festgesetzt. In den Aufsichtsrat wurden die turnusmäßig auscheidenden Mitglieder wiedergewählt. An Stelle des bisherigen Aufsichtsratsvorsitzenden Carl v. Siemens, der sein Mandat niederlegte, wurde dessen Neffe Carl Friedrich v. Siemens (Direktor der Siemens Brothers Limited in London) gewählt.

**Deutsche Roheisenproduktion.** Nach den Ermittlungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller sind im November 1904 in Deutschland und Luxemburg 833 255 Tonnen Roheisen erzeugt worden. Die Zunahme der Roheisen-Erzeugung, die sich im Monat Oktober zeigte, hat also nicht angehalten; die Abnahme gegen den Vormonat beträgt 35 268 Tonnen. Die Verminderung betrifft Siebener-, Bessmer- und Thomas-Roheisen, während die Erzeugung von Stahl- und Spiegeleisen sowie von Puddel-Roheisen gegen den Vormonat zugenommen hat.

## Gewerkschaftliches.

### In der eigenen Schlinge.

Die Schweinigelei in Köln, die wir jüngst schilderten, suchen die christlichen Wahrheitsfreunde durch christliche Bemäntelungsversuche nicht aus der Welt zu schaffen — das läßt sich mit dieser schmutzigen Affäre nicht machen —, wohl aber etwas weniger blamabel für sich zu gestalten. Vom „Zentralverband für das graphische Gewerbe“ ist dem „Total-Anzeiger“ in Köln eine Darstellung zugegangen, in der es heißt:

„Der Lehrling wurde von einem unorganisierten Kollegen verleitet, dem jüngeren Kollegen ein mit Rot gefülltes Paket in die Tasche zu stecken. Der bisher unserem Verbands angehörende ältere Kollege hat also nicht direkt daran teilgenommen, aber doch um den Streich gewußt und nichts getan, denselben zu verhindern.“

Diese Darstellung der Sachlage hat den einen kleinen Mangel, daß sie nicht ganz den Tatsachen entspricht. Der „ältere Kollege“ war zurzeit des Vorfalles der Vertrauensmann der christlichen Gewerkschaft. Er selbst, nicht ein anderer Unorganisierter, war der Anführer des Streichs. —

Uebrigens wäre das gleichgültig. — Die Schmutzgeschichte hat gewiß mit den Tendenzen der christlichen Gewerkschaften nichts zu tun und könnte von diesen und ihren Pressevertretern mit fühlbarer Belassenheit als die Verfehlung eines einzelnen rohen Subjektes abgefertigt werden, wie man solche leider in allen Schichten trifft. Wenn die Zentrums-Presse diese Haltung der Sache gegenüber nicht mit Recht einnehmen kann, so strahlt sich hier an ihr selbst die eigene Verfehlung, daß sie den freien Gewerkschaften — statt den Kampf gegen dieselben von prinzipiellen Gesichtspunkten aus zu führen — bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten wirkliche und vermeintliche Verfehlungen einzelner ihrer Angehörigen vorträgt. Dabei nahm man es nicht einmal immer mit der Wahrheit genau und schmückte die Einzelvorkommnisse phantastisch aus oder sog solche gar aus den Fingern. Unter all dem aber, was die Zentrums-Presse von Verfehlungen freigeorganisierter Arbeiter zu berichten unternahm, ist nicht ein Fall, der so schmutzig und scheußlich ist, wie der Vorfall in Köln.

Was wir an den christlichen Gewerkschaften beklagen, ist nicht die religiöse Ueberzeugung ihrer Mitglieder, ist nicht die einen beträchtlichen Teil derselben beherrschende Naivität und Unwissenheit, die ja nur ein Ausdruck der Tatsache ist, daß gerade diese Gewerkschaftsform in wirtschaftlich rückständigen Gegenden vorherrschend ist, sondern der Umstand, daß das Sinecristen des Kirchenregiments in die Arbeiterbewegung zur Zersplitterung der Arbeiterschaft beiträgt, sie davon abhält, auf wirtschaftlichem Gebiet geschlossen vorzugehen und sie abhängig machen kann von Interessen, die völlig außerhalb der eigentlichen Arbeiterinteressen liegen. Es mag den Herren vom Zentrum angenehm oder unangenehm sein: Dessen können den Arbeitern nur Gewerkschaften, die ohne Besinnen und ohne Rücksicht das Klasseninteresse der Arbeiterschaft als ausschlaggebend für ihre Taktik anerkennen.

### Berlin und Umgegend.

#### Der Kampf in der Holzindustrie.

Gestern vormittag fand in der Brauerei Friedrichshain eine Versammlung statt, an der die streikenden Klavierarbeiter gemeinsam mit den ausgeperrten und streikenden Tischlern aus Berlin und den Sorocoten teilnahmen. Die am Kampf beteiligten Arbeiter der genannten Berufe hatten sich, wie immer, zahlreich eingefunden. Suche, der über die Situation bei den Tischlern berichtete, machte unter anderem Mitteilung davon, daß am Montag eine Aussprache zwischen Vertretern der beiden Parteien auf dem Gewerbegericht stattfand, die von unteilnehmer Seite veranlaßt worden ist. Ueber den Inhalt der Verhandlungen konnte der Redner nichts mitteilen, weil dieselben noch nicht abgeschlossen sind. Er bemerkte jedoch, daß eine etwaige Einigung nur auf der Grundlage der von den Vertrauensmännern gefaßten Beschlüsse zustande kommen könne. Die Versammlung nahm diese Mitteilungen mit vollkommenem Gleichmut entgegen. Der beste Beweis dafür, daß in den Reihen der Arbeiter keine Spur von Kampfmüdigkeit vorhanden ist und daß sie der weiteren Entwicklung der Dinge mit gelassener Ruhe entgegengehen können. Wäre es so, wie die „Nachzeitung“ schon seit Wochen behauptet, daß nämlich die Ausgeperrten bei den Meistern um Wiedereinstellung bitten und mit wahrer Sehnsucht das Ende des Kampfes erwarten, dann hätte doch wenigstens ein Teil der Versammelten seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß durch die Einleitung von Verhandlungen der Friede in Aussicht gestellt ist. Man hätte, wenn es so wäre, wie die „Nachzeitung“ behauptete, den Verbandsvorstretern jedenfalls aus Herz gelegt, daß sie unter allen Umständen auf den Abschluß des Kampfes hinwirken müßten. Aber nichts von alledem geschah. Ruhig nahm die Versammlung, wie gesagt, die Mitteilungen auf, in dem Gefühl: kommt ein annehmbarer Friede zustande, so ist es gut. Wenn nicht, dann halten wir eben noch länger im Kampfe aus.

Ueber die Situation selbst war nichts Neues mitzuteilen. Auch Siefeld, der über die Lage des Klavierarbeiterspreihs sprach, hatte keine Änderungen zu berichten. — Dem Entschluß, den Kampf nicht eher abzubrechen, als bis ein annehmbarer Erfolg erreicht ist, gab die Versammlung einmütig Ausdruck in einem begeisternden Hoch auf die Bewegung.

#### Gewerkschafts-Komitee für Berlin und Umgegend.

Bureau: Dragonerstraße 15. Telephon: Amt III 5028.

Den Vorständen und Interessenten zur Kenntnis, daß infolge der Feiertage unser Bureau am Sonnabend, den 24. cr., geschlossen bleibt.

Gleichzeitig richten wir das Ersuchen an alle diejenigen, die im Besitz von Sammelkarten sind, dieselben fleißig zu aktualisieren zu lassen. Die Veröffentlichung der bereits abgelieferten Listen erfolgt in der Nummer 52 der „Einigkeit“.

Der Ausschuss. J. K.: Jonny Hinrichsen.

### Deutsches Reich.

#### Metallarbeiter-Konferenz.

Eine aus 51 Orten von 69 Delegierten besetzte Konferenz des Metallarbeiter-Verbandes — Gau Rheinland-Westfalen — fand am Sonntag in Essen statt. Der Verbandsvorsitzende Schlichte begründete die Vorlage des Vorstandes betreffend Erweiterung des Unterstützungsweises. Es ist vorgeschlagen, die Reizegel- und Dreistützungsweises einer Erwerbslosenunterstützung zu kombinieren. In der Diskussion sprachen sich die meisten Redner für die Vorlage aus. Bemängelt wurde, daß der Verband auf sozialpolitischen Gebieten nicht mehr geleistet habe; notwendig sei eine energische Agitation für gesetzliche Einführung des Zehnstundentages. Besonders in der Großindustrie siehe das Ueberstundenwesen in höchster Blüte. Von einzelnen Leuten, und zwar durchaus nicht in Ausnahmefällen, würden im Monat 35—40 Schichten gemacht. Unhaltbar seien die Arbeitsverhältnisse in den Feuerbetrieben; die Leute seien meist nur Arbeitstiere. — Weiter wurde in der Diskussion das Verhältnis zu den ausländischen Organisationen besprochen und gefordert, dahin zu wirken, daß die dem Uebertritt in ausländische Organisationen entgegen-

stehenden Schwierigkeiten hinweggeräumt werden. Im Prinzip erklärte sich die Konferenz mit Einführung der Erwerbslosenunterstützung einverstanden.

Angenommen wurde sodann folgender Antrag:

„Den Vorstand zu beauftragen, an die Gesetzgebung die Forderung zu stellen, für die Metallindustrie den zehnstündigen Normalarbeitstag gesetzlich vorzuschreiben. Die Forderung ist durch eingehendes Material über Arbeitszeit, Löhne, Erkrankungsgefahr etc. zu begründen.“

Zum Punkt Gewerkschafts-Kongress referierte Spiegel-Düsseldorf: Gefordert werden müßte die Einführung von Arbeiterklammern, ferner müßte der Gewerkschafts-Kongress eine Richtlinie bezüglich der Raiffeisen, ebenso bezüglich der Beiträge zu den Gewerkschaftskassen schaffen. Vielfach würde zum Beispiel von den Vergarbern nur die Hälfte der sonst üblichen Beiträge gezahlt. In der Diskussion wurde von mehreren Rednern die Notiz im Metallarbeiter-Kalender bezüglich der Raiffeisen gerügt. Auch der Vorsitzende Schlichte hielt die Form nicht für ganz einwandfrei. Spiegel meinte, einen Demonstrationscharakter habe die Raiffeisen nicht mehr.

Der von Wallbrecht-Düsseldorf erstattete Bericht über die Entwicklung der Organisation in Rheinland-Westfalen konstatiert eine erhebliche Aufwärtsbewegung: die Organisation zählte Mitglieder im 7. Bezirk, 1895: 1875, 1896: 3092, 1897: 4154, 1898: 4749, 1899: 4749, 1900: 7254, 1901: 9049, 1902: 13 209, 1903: 21 939 und 1904: 23 070. — Gefordert und vom Vorstande zugestimmt wurde die Anstellung von Geschäftsführern in Duisburg und Bochum-Gelsenkirchen; die bezüglichen Anträge wurden der Gauleitung zur Verdisziplinierung überwiesen. Sodann gelangte noch ein Antrag zur Annahme, welcher verlangte, daß im Verbandsorgan Geschäftsinferate nicht mehr aufgenommen werden. Damit waren die Verhandlungen beendet.

#### Eine Niederlage der Königsberger Polizei.

Die Strafkammer in Königsberg verhandelte gestern, wie uns durch Privattelegramm von dort mitgeteilt wird, gegen die Leiter der dortigen Arbeiterbewegung, die Genossen Gerlach und Schwarz. Dieselben sollten die Königsberger Polizei beleidigt haben durch die Behauptung, daß dieselbe durch ihr Verhalten das Unternehmertum begünstige. Der Staatsanwalt beantragte gegen jeden der Angeklagten eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Haase, führte jedoch einen umfangreichen Wahrheitsbeweis und das Gericht sprach beide Angeklagte frei!

Einen uniformierten Streikbrecher-Agenten leistet sich nach der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ Großhirsdorf in Sachsen. Dort streiken in der Tischfabrik von Menzel die Holzarbeiter, weil die Arbeitsbedingungen verschlechtert wurden. Der Gendarm sucht nun hin und wieder die Herberge zur Heimat auf, um die Gäste derselben zu Streikbrecherdiensten zu animieren. Man kann sich denken, in welchen Konflikt da manch armer Teufel kommen mag, der nicht zum Verräter an seinen Arbeitsgenossen werden will, im Falle einer Verweigerung der Arbeit aber eventuell polizeiliche Maßnahmen zu fürchten hat, weil er das Unglück hat, länger arbeitslos zu sein, als die Behörden dies gern sehen.

Die Vereinigung der Blattgold-Fabrikanten von Nürnberg, Fürth und Schwabach hat nach der bürgerlichen Presse beschlossen, den mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande abgeschlossenen Tarifvertrag zu kündigen. Wenn kein neuer Vertrag zustande kommen sollte, läuft derselbe am 1. März nächsten Jahres ab.

### Ausland.

**Kusperrung in der norwegischen Holzindustrie.** Die Arbeiter von „Snarøens Høveleri“ in der Nähe Kristiania befinden sich seit einiger Zeit im Streik und wollen die Arbeit nicht wieder aufnehmen, wenn nicht sämtliche Streikenden wieder eingestellt werden. Nun hat die norwegische Arbeitervereinigung beschlossen, wenn diese Forderung nicht aufgegeben wird, alle Arbeiter, die die Streikenden unterstützen, auszusperrern. Dieser Beschluß wurde am Sonnabend der Landesorganisation der norwegischen Gewerkschaften übermittelt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Paris, 20. Dezember. (B. L. Z.) Der Senat nahm heute einen Gesetzentwurf an, nach welchem, wenn der erste Weihnachtstags-Feiertag und der Neujahrstag auf einen Sonntag fallen, der darauffolgende Montag ein gesetzlicher Feiertag sein soll.

Paris, 20. Dezember. (B. L. Z.) In der Kammer brachte heute der Finanzminister Rouvier eine Vorlage betreffend die Bewilligung eines vorläufigen Ersatzvollsatzes ein. Danach sollte das Haus die Beratung der Einkommensteuer-Vorlage fort.

Brüssel, 20. Dezember. (B. L. Z.) Abgeordnetenhaus. Bertrand (Sozialist) wünscht die Regierung über die Verantwortlichkeiten zu interpellieren, welche Belgien infolge der beunruhigenden Finanzlage in Kongostaats möglichst weise über übernehmen müssen. Ministerpräsident de Smet de Naeyer erwidert, eine solche Möglichkeit bestehe nicht, er lehne daher die Verantwortung der Interpellation ab. Der Kammerpräsident erklärt hierauf, die Interpellation werde in der ihr zukommenden Reihenfolge auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die Regierung werde sich bis dahin darüber entscheiden können, ob sie Verantwortung dazu habe, dieselbe zu beantworten. Auf eine Interpellation bezüglich der Kongobahn erklärt der Ministerpräsident, er habe an den Tarifverhandlungen weder als Delegierter des Königs, noch als Finanzminister teilgenommen. Weiter habe er auf die Anfrage nichts zu antworten. Damit ist der Zwischenfall geschlossen.

#### Verhafteter Desfraudant.

Görlitz, 20. Dezember. (B. L. Z.) Der Niederschlesischen Zeitung zufolge wurde gestern der kaufmännische Direktor des Bergwerkes Glöckner in Lichtenau bei Lauban, Hübener, verhaftet und in das Görlitzer Gefängnis übergeführt; er soll im Verdachte stehen, mittels Nachschlusses den Geldschrank des Bergwerkstontors erbrochen zu haben.

#### Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Tokio, 20. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Das Hauptquartier veröffentlicht eine Liste von 26 in letzter Zeit gefallenen sowie 44 verwundeten Offizieren; man nimmt an, daß es sich um Verluste bei den jüngsten Angriffen auf Port Arthur handelt. — Der Kreuzer „Tuschima“ beschlagnahmte gestern bei Ulsan (Korea) den auf der Fahrt nach Wladivostok befindlichen Dampfer „Regretia“. Bei Untersuchung der Ladung wurde eine große Menge Konterbande gefunden. Der Dampfer wurde nach Sasebo gesandt, wo das Kriegengericht über die Beschlagnahme entscheiden wird. Die Nationalität des Dampfers, auch die genaue Schreibung seines Namens, stehen nicht fest.

Tokio, 20. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Das Dampfschiff „Kagaki“ hat gestern den englischen Dampfer „King Arthur“ bei dem Versuch Port Arthur zu verlassen weggenommen. Es verläutet, der Dampfer habe Vorräte nach Port Arthur gebracht gehabt. Er hatte russische Marineoffiziere an Bord, welche zu der baltischen Flotte zu gelangen suchten. Das Schiff wird zur Aburteilung durch das Kriegengericht nach Sasebo gebracht.

Minneapolis, 20. Dezember. (B. L. Z.) Bei dem heutigen Hotelbrande kamen neun Personen, die in dem Hotel Wohnung genommen hatten, ums Leben. Durch den Einsturz des Nachbarhauses wurde das Innere des Hotels durch große Mengen Mauerwerk zerstört.

Partei-Nachrichten.

Parteilose Verfahren.

Die Parteiblätter in Harburg, Kiel und Dortmund nehmen jetzt Notiz von unserer Wichtigkeit hinsichtlich der Delmenhorster Resolution. Das geschieht aber keineswegs in der Weise, daß sie anerkennen, uns leichtfertig ehrenwürdige Vorwürfe gemacht zu haben. Vielmehr haben danach diese Redaktionen gar keine Schuld, sondern die ganze Schuld hat der „Vorwärts“.

Das Harburger Blatt bedauert dann, daß es keine kostbare Zeit darauf verwenden mußte, nach der Rottiz im „Vorwärts“ zu suchen und daß es der „äußerst geringfügigen Angelegenheit“ eine solche Wichtigkeit beimessen durch uns gezwungen sei. Beide Blätter ergehen sich dann noch in einer Reihe von ungehörigen Ausfällen gegen den „Vorwärts“, auf die wir so wenig eingehen werden, wie auf alle bisherigen derartigen Angriffe gegen uns.

In dem vorliegenden Einzelfalle mühten wir uns gegen den Vorwurf der absichtlichen Unterdrückung der Wahrheit, das heißt der Fälschung, zu verhalten und das hat allerdings für uns eine recht erhebliche Wichtigkeit. Mag sein, daß das für die Harburger Redaktion äußerlich geringfügig ist; das beweist, daß unsere Anschauungen in diesem Punkte sehr weit auseinandergehen. Für den Verlust an kostbarer Zeit um dieser Sache willen sind wir nicht verantwortlich. Haben wir doch nicht den geringsten Anlaß zu dem Angriffe auf uns gegeben.

Die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ schiebt mit Bedauern die ganze Schuld auf Harburg.

Ueber eine Parteiversammlung in Königsberg, die zum Zwecke der Besprechung über den preussischen Parteitag und zur Wahl von Delegierten einberufen war, wird uns von zuständiger Seite geschrieben:

In der Diskussion kam es zu sehr scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Genossen Haase, Erdmann, Braun u. a. und dem Redakteur Genossen Vorchardt über die Haltung und den Ton der „Königsberger Volkszeitung“. In einem Artikel der „Königsberger Volkszeitung“ vom 10. d. M. war in der schärfsten Weise gegen die Erklärung der Fraktion und das Verhalten des Genossen Webel im Reichstage in Sachen des bekannten Schimpfartikels der „Leipziger Volkszeitung“ protestiert worden und dabei vorausgesetzt, daß wohl sicherlich die Mehrzahl, wenn nicht alle Parteigenossen mit dem Artikelschreiber einer Meinung sein würden.

Die „Königsberger Volkszeitung“, deren Redakteur uns in öffentlicher Versammlung der Verhöhnung und der Lüge beschuldigt — eine unabsichtliche Lüge gibt es nicht — bringt in ihrem Bericht über diese Versammlung kein Wort von diesen Vorwürfen gegen uns und auch nicht die geringste Andeutung darüber, daß in der Versammlung an ihrer Haltung Kritik geübt worden ist. Unterdrückt sie das absichtlich oder unabsichtlich?

Die Vorwürfe Vorchardts gegen uns sind von derselben Qualität wie die in der vorhergehenden Notiz gekennzeichneten. Wir haben deshalb nicht nötig, auf sie besonders zu antworten.

Auf die Erklärung Webels in unserer Sonntagnummer antwortet nun Franz Mehring in der „Leipziger Volkszeitung“ persönlich. Unter Berufung darauf, daß Webel von den „Reichsblättern“ spricht, denen der freitägliche Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ seinen Ursprung verdankt, teilt Mehring mit, Webel habe am 9. Dezember an ihn geschrieben, daß er den Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ im Reichstage verlesen werde und daß es ihm scheine, Jaach, der Verfasser des Artikels, bedürfe eines längeren Urteils, um ihn vor dem Schicksal Schoenlants zu bewahren.

Die Abwehrartikel gegen Webels Erklärung habe Mehring versagt wegen der Form der Erklärung, die nach den ersten Berichten den Inhalt des ersten Artikels in jeder Richtung preisgab.

Die Abwehrartikel gegen Webels Erklärung habe Mehring versagt wegen der Form der Erklärung, die nach den ersten Berichten den Inhalt des ersten Artikels in jeder Richtung preisgab. Wenn Webel nur einzelne Aussprüche des Artikels mißbilligt, dann hätte Mehring es nicht für nötig gehalten, zu antworten. Die Leipziger Genossen hätten sich von vornherein bereit erklärt, den Artikel vom 2. Dezember zu lesen, und der Abwehrartikel: „Ein Erfolg des Brotwuchers“ sei von maßgebenden Leipziger Parteigenossen schon im Entwurf und auch „von mehr als einem“ Fraktionsmitglied gebilligt worden.

In der Konferenz mit dem Parteivorstande hätten sich die Leistungen der „Leipziger Volkszeitung“ einer Anerkennung erfreut, die die Redaktion nur beschämen müßte; insbesondere habe Webel die Stärke seines Labels damit begründet, daß die „Leipziger Volkszeitung“ das Blatt sei, das die Interessen und Prinzipien der Partei am wirksamsten vertrete, sie sei ihm das liebste Parteiblatt, aber gerade deswegen müsse er es um so unumschüsslicher kritisieren. Diesen Grundlag bezeichnet Mehring für die Politik als fragwürdig, wie für die Pädagogik.

Zum Schluß sagt Mehring, Webel habe ihn durch die Erklärung im Reichstage in einen Konflikt gebracht zwischen der Pflicht der Dankbarkeit gegen Webel und der Pflicht gegen die Leipziger Genossen. Dieser Konflikt sei ihm das peinlichste und unerträglichste gewesen, was ihm in seiner Parteitätigkeit zugefallen, aber er mühte sich in diesem Bewußtseinskonflikt so entscheiden, wie er glaubt, daß auch Webel sich in gleicher Lage entschieden hätte.

Zum preussischen Parteitag beschloß der sozialdemokratische Volksverein in Solingen bezüglich der Landtagswahlen dieselbe Resolution, wie der Kreis Potsdam-Spandau.

Warnung. Die „Fränkische Tagespost“ warnt vor einem gewissen Reuner, der als Pinselmaler Mitglied des Holzarbeiter-Vereins ist. Der Rärnberger Arbeiter-Bildungsverein hat ablehrende Erfahrungen gemacht. Reuner ist ein junger Mann und macht sich gern in Versammlungen bemerkbar.

Aus der Frauenbewegung.

Die Arbeiterinnen der Amsterdamer Diamantindustrie haben sich während der letzten vier Jahre musterhaft organisiert. Im Jahre 1900 waren von den ungefähr 800 Arbeiterinnen kaum 100 in dem damaligen Rosenstämmerinnen-Verein organisiert und sie hatten oftmals Spott von der Masse der Unorganisierten zu ertragen. Aber in demselben Jahre wurde bereits ein Tarifvertrag abgeschlossen, der zwar nur geringe Verbesserungen, aber doch wenigstens Ordnung in die ganz unregelmäßigen Löhne und Arbeitsverhältnisse brachte.

Soziales.

Der Feuerbestattungsverein in Köln hatte gemäß den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs seine Aufnahme in das Vereinsregister beantragt. Der Polizeipräsident erhob dagegen Einspruch, indem er sich auf § 61 des Bürgerlichen Gesetzbuchs berief, wonach der Einspruch gegeben ist, wenn es sich um Vereine handelt, welche religiöse, politische oder sozialpolitische Zwecke verfolgen.

Der Vereinsvorsitzende legte gegen den Polizeipräsidenten und machte geltend, das jene Voraussetzungen des Einspruchs gegen die Eintragung nicht vorlägen. Der Verein sei nach dem Statut nur ein Sammelpunkt für die Freunde der Feuerbestattung und wolle ferner nur den Hinterbliebenen, die eine Feuerbestattung vornehmen wollten, mit Rat und Tat zur Seite stehen. Hieraus erwiderte der Polizeipräsident, der Verein verfolge religiöse Zwecke, weil er für die Feuerbestattung eintrete. Die Totenbestattung falle in das religiöse Gebiet und alle das System der Bestattung berührenden Angelegenheiten seien Angelegenheiten religiöser Inhalts.

Eintragung in das Vereinsregister.

Der Polizeipräsident legte Berufung ein und erhob nunmehr auch den Einwand, daß der Verein politische Zwecke verfolge, weil er indirekt die Gesetzgebung und die öffentliche Meinung zugunsten der Leichenverbrennung beeinflusse. Demgegenüber betonte der Kläger, daß der Verein gar nicht eine Änderung der Gesetzgebung erstrebe. Ausgehend davon, daß bei den preussischen Verhältnissen auf lange Zeit in Preußen an die Einführung der Leichenverbrennung nicht zu denken sei, enthalte sich der Verein jeder agitatorischen Tätigkeit.

Das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte die Vorentscheidung und setzte somit endgültig den Einspruch des Polizeipräsidenten außer Kraft. Das Ober-Verwaltungsgericht hat damit nicht ausgesprochen, daß alle Feuerbestattungs-Vereine keine politischen Vereine seien. Denn es hat seinerzeit den Berliner Feuerbestattungs-Verein für einen politischen im Sinne des § 61 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erklärt, weil er die Zulassung der sozialistischen Feuerbestattung erstrebe und somit sein Zweck auf eine Beeinflussung der Gesetzgebung oder der Verwaltung gerichtet gewesen sei.

Ein Landes-Arbeitersekretariat für Mecklenburg wird auf Beschluß der mecklenburgischen Gewerkschaften in Rostock errichtet werden. Die Lageristin. Von Herrn Krause, dem Inhaber einer Parfümerie, verlangte die Lageristin St. durch Klage beim Gewerbegericht für die Woche vom Montag, den 7., bis Sonnabend, den 12. November, ihren Wochenlohn von 8,25 M., wovon Versicherungsbeiträge und der Betrag für zwei Flaschen Haarwasser abgingen, so daß ihre Forderung noch 6,70 M. ausmachte. Der Beklagte wandte zunächst Unzuständigkeit des Gewerbegerichts ein, weil die Klägerin als Lageristin eine kaufmännische Angestellte gewesen sei.

Ueber ihre Tätigkeit wurde festgestellt: Klägerin schrieb Rechnungen aus und nahm in Abwesenheit des Chefs „Obers“ entgegen. Sie spülte Parfüm- und Wahren-Flaschen, füllte sie und stopfte sie, mit einem Wort: sie machte sie fertig zur Expedition an die Kunden, welche von Jungen besorgt wurde. Ihnen übergab sie die Flaschen mit einem sogenannten Lieferzettel. Die zurückgebrachten Zettel mit dem Gelde legte sie in die Kasse. Eine eigentliche Buchführung lag der Klägerin nicht ob. Dagegen mußte sie im Geschäft für Reinlichkeit sorgen, unter anderem auch den Fußboden scheuern.

Das Gewerbegericht erklärte sich für zuständig und ging dann materiell auf die Sache ein. Der Beklagte bestritt, zur Zahlung des Lohnes für die ganze fragliche Woche verpflichtet zu sein. Er habe Dienstag mittag dem Mädchen erklärt, daß sie vom Mittag ab keinen Lohn mehr bekomme, sie könne aber die Woche noch bei ihm bleiben. Beschäftigt werde sie nicht mehr. Die Klägerin behauptete dem gegenüber, sie sei doch noch beschäftigt worden und habe sich nützlich zu machen gesucht. Der Beklagte: „Sie ist nicht mehr beschäftigt worden; ich ließ sie aber im Geschäft, das war ausständig von mir.“

Vorherrschender Magistratsrat Dr. Meyer: „Ich meine, anfänglich wäre es gewesen, wenn Sie ihr die Zeit, wo sie noch da war, bezahle hätten.“ — Beklagter: „Das ist Anschauungsfrage.“ — Auf diese charakteristische Äußerung der Anschauung des Beklagten unterließ der Vorsitzende mit Recht eine weitere Belehrung des Herrn Krause.

Die Kammer 8 verurteilte den Beklagten zur Zahlung der beanspruchten 6,70 Mark mit folgender Begründung: In der Tat sei öfter die Frage zu prüfen, ob eine Lageristin eine kaufmännische oder gewerbliche Angestellte sei. Sie sei nach den verschiedenen Gesichtspunkten der konkreten Fälle verschieden zu entscheiden. Einmal sei eine Lageristin eine Handlungsgeschäftsin, ein andermal nicht. Auf die Art der Beschäftigung komme es an. Der Begriff sei sehr flüchtig. Aber im vorliegenden Falle sei zweifellos das Arbeitsverhältnis ein

gewerbliches gewesen und nicht ein kaufmännisches. Nicht nur aus dem niederen Lohn, sondern aus allen obwaltenden Umständen ersehe man, daß eine rein mechanische gewerbliche Tätigkeit vorliegen habe. Das Gewerbegericht sei also zuständig gewesen. Und die Verurteilung müsse erfolgen, weil niemand zugemutet werden könne, unentgeltlich bei einem anderen in Beschäftigung zu sein. Da Klägerin die Woche hindurch im Geschäft blieb, so müsse Beklagter ihr auch den Lohn zahlen.

Die Kaufmannswahlen in Rülhausen i. El. gingen unter sehr schwacher Beteiligung vor sich. Es lag nur eine Liste der Gefällten vor, die mit 242 Stimmen gewählt wurde.

Vermishtes.

Ueber eine neue Brandkatastrophe in Minneapolis wird von dort folgendes berichtet: Heute stürzte eine Mauer eines der am 15. d. M. abgebrannten Häuser ein und setzte ein aus Holz erbautes Hotel in Brand. Drei Leichen sind bereits geborgen; mehrere Personen werden vermisst.

Katholische Zensur, Index, „Germania“ und Druckfehlerentsefer. Der „Germania“ gefallt es nicht, daß wir dem der Sozialdemokratie verleumdendstherweise nachgesagten Terrorismus den handgreiflichen Terrorismus der katholischen Kirche kürzlich gegenüber gestellt haben. Sie entzündigt die Gewaltthaten auf dem päpstlichen Thron, wovon wir in Nr. 294 nach Rosenows Geschichtswerk: „Wider die Pfaffenherrschaft“ berichteten, mit dem „wilden Zeitalter“, wo mächtige italienische Adelparteien um den päpstlichen Thron sich stritten. Wir begnügen uns mit dieser Anerkennung der Nothwendigkeit jener Zeit, da die Kirche am mächtigsten war. Dann fragt die „Germania“, wo denn die Kirche das Leben altkatholischer Schriften verboten habe und wo die mit der Purgierung der Klassiker beauftragte Kommission stehe. Hier müssen wir nur bekennen, daß wir zwei höchst unzuverlässigen Gegnern zum Opfer gefallen sind, nämlich der „Germania“ und dem Druckfehlerentsefer. Wir hatten geschrieben katholischer Schriften; gesetzt worden ist fälschlicherweise altkatholischer. Allerdings rangieren diese sowohl auch unter den altkatholischen und daher ist das Verbot in seiner Bedeutung nicht allzu schlimm. Nun zu der trüben Quelle, aus der wir unsere Weisheit schöpfen. Diese Quelle ist die — „Germania“. In einem Artikel „Katholischer Widerverbot, Zensur, Index“ heißt es in Nr. 38 der Wissenschaftlichen Beilage zum Jahrgang 1897: „Verboten sind auch alle Schriften von Katholiken, welche wesentlich religiösen oder theologischen Inhalts sind, außer es stünde fest, daß sie nichts gegen den katholischen Glauben enthalten.“ Und weiter: „Die älteren und neueren Klassiker, welche obdünne Stellen enthalten, sollen purgirt, und nur diese Ausgaben dürfen im Unterricht benutzt werden.“ Ueber die Strafen, die auf das Lesen gefährlicher Bücher gesetzt sind, und von denen die „Germania“ von 1904 nichts weiß, heißt es in der „Germania“ von 1897: „Im Fall das Werk von einem abgefallenen ungläubigen Katholiken oder von einem Katholiken herrührt, religiöse Ärtümer enthält und berechtigt, ist auf dessen Vertreibung von selbst eintretende Strafe der Exkommunikation festgesetzt.“ Gibt es wirklich einen ungereinigten Klassiker, auf den nicht wenigstens eine der zur Exkommunikation reif machenden Voraussetzungen zutrifft? Immer nach der „Germania“ von 1897 selbstverständlich. Sollte sie in ihrer wissenschaftlichen Arbeit gelogen haben, dann bekennen wir uns gar des Bereinstimmens schuldig. Bei dieser Gelegenheit sei übrigens von einer neuen Heimtücke des Druckfehlerentsefers berichtet. Wir hatten gestern geschrieben, daß die polizeiwidrige dumme Fälschung der „Germania“ selbst glaubensstarke Katholiken als Kasteiung erscheine. Der Druckfehlerentsefer hat Kasstrierung daraus gemacht.

Dampferkatastrophe. Unter ähnlichen Umständen, die im Juni den Brand des Dampfers „General Slocum“ so furchtbar gestaltet, ist am letzten Sonnabend morgen der Dampfer „Glen Island“ bei Long Island gegenüber der Stelle, wo die „Slocum“ verbrannte, vollständig durch Feuer zerstört worden. Dabei verbrannten, wie wir schon kurz meldeten, sieben Mann der Mannschaft und zwei Fahrgäste. Man glaubt, daß eine schadhafte elektrische Leitung den Brand verursacht hat. Nach Ansicht des „Daily Chronicle“ dürfte kaum jemand zu tabeln sein, da die Mannschaft mit dem größten Heldennut bemüht war, die Fahrgäste zu retten. Die Mannschaft bestand aus zwanzig Köpfen, und das Schiff hatte zum Glück nur zehn Fahrgäste an Bord. Fünf Meilen von Sands Point entfernt wurde Feuer im Schiff gemeldet. Es stellte sich sofort heraus, daß eine Rettung des Schiffes unmöglich war. Die Fahrgäste wurden auf Deck geholt und das Niederlassen der Rettungsboote befohlen. Diese Arbeit verzögerte sich unglücklicherweise, da die Seile gestoren waren. Gerade als das erste Boot herabgelassen wurde, stürzte eine Frau mit dem Kufe, sie habe ihr Geld vergriffen, wieder in das brennende Innere des Schiffes zurück. Ein Matrose eilte ihr nach, beide verbrannten. Ein Fahrgast erschien erst auf Deck, nachdem die Boote zu Wasser gelassen worden waren. Er sprang mit brennenden Kleidern über Bord und wurde aufgefischt. Dem zweiten Matrosen gelang es, mit mehreren seiner Leute den Dampfer auf den Strand zu setzen, aber sie vermochten das Schiff nicht zu retten, sondern verbrannten alle. Das Feuer verbreitete sich angeblich so schnell im Schiffe, daß keine Zeit übrig blieb, um die Rettungsboote in Tätigkeit zu setzen. — Ob überhaupt welche vorhanden waren?

Briefkasten der Redaktion. Juristischer Teil. Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

Dachdecker Mitteilungen. Nachdem verhandelt war, konnte die Klage nur mit Tyrrer Zustimmung zurückgenommen werden. Sie können Verurteilung des Klägers in die Kosten verlangen und dann Ihre Kosten umsitzen. Ersuchen Sie sich schriftlich (oder mündlich auf der Gerichtsschreiberstube) über den Ausfall des Urteils vom 12. Es wäre nicht ausgeschlossen, daß Klager solche Ihre Fernbleiben erwirkt und dann Verurteilung gegen Sie hat ergehen lassen. Gütliche Beilegung einer Klage erfolgt durch Zustimmung. Auf Antrag erhalten Sie vom Gericht schriftlich das Protokoll. — G. B. 37. 1. Bestimmte Stellen zwecks Auffuchen anderer Urtheile sind nicht vorgeschrieben, es ist angemessene Zeit zu geben. Was angemessen ist, hängt in Ihrem Fall zunächst die Vollzeit, dann das Gericht zu entscheiden. 2. Die An- und Abgangzeit für städtisches Gebirge ist mangels anderer Vereinbarung der Breite, nicht der Größe des Quartals, nicht die Breite, sondern die Höhe, oder die Länge, so ist der vorstehende Wertheig An- und Abgangstag.

Spandan M. B. Rein. — G. B. 77. In der Regel ist § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu entscheiden. — G. B. 78. Sie sind im Recht

Personen sind in Straßsen unbedeutend zu vernehmen, welche zur Zeit der Vernehmung das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet oder wegen mangelnder Verstandesreife oder wegen Verstandeschwäche von dem Wesen und der Bedeutung des Eides keine genügende Vorstellung haben, ferner Personen, die nach dem Strafgesetzbuch unfähig sind, als Zeugen eidlich vernommen zu werden. (Das ist lediglich der Fall bezüglich Personen, die wegen Kleinverbrechens verurteilt sind.) Endlich sind unfähig als Zeugen vernommen zu werden Personen, welche hinsichtlich der den Gegenstand der Untersuchung bildenden Tat als Teilnehmer, Begünstiger oder Helfer verdächtig oder bereits verurteilt sind. — O. 2. 11. Ob der Betreffende verdichtungsunfähig war, läßt Ihre Darstellung nicht klar erkennen. War er gegen Entgelt als Plahaufheber von der Gemeinde beschäftigt, so war er Nebenpflichtig. Hat die

Gemeinde die Nebenpflicht nicht erfüllt, ist (für die beiden letzten Jahre) nachzulassen. In der Ansbach auf diese infolge der Bummelzeit darüber gegangen oder verurteilt, so ist der Arbeitgeber im vollen Umfange Schadenerschaftlich, so weit es sich um Nachlässigkeit nach dem 1. Januar 1900 handelt. — O. 2. 11. Sie leben in einer sehr glücklichen Ehe, da Sie mitteilen, Sie seien seit 1905 verheiratet. Sollten Sie bereits 1896 den Ehebund in Schließen geschlossen haben, so gilt für Ihre Ehe das getrennte Güterrecht nach Art. 146 des Allgemeinen Landrechts; haben Sie nach 1896 geheiratet, so gilt das diesem ähnliche getrennte Güterrecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs. 2. Ihre Frau haftet für Ihre Schulden nicht, kann aber auch, mangels Ehevertrages, nicht Ansprüche für Ihre Tätigkeit erheben, die zugunsten Ihres Geschäftes ausgeübt ist. — O. 2. 11. Sie

hatten, da Sie Ehe gemordet sind, für die Schulden der Erbchaft. Werden Schulden später als fünf Jahre nach dem Erbfall geltend gemacht, so haften Sie ohne weitere Maßnahmen nur nach Kräfte des dann noch vorhandenen Nachlasses. Die Forderung der Nachlassgläubiger verjährt nach Abgabe des Inventars und der Forderung der Nachlassgläubiger verjährt nach Abgabe des Inventars. Sie müssen zwecks Veranlassung Ihres speziellen Falles deshalb darlegen, um was für eine Forderung es sich handelt. Wollen Sie sich von der persönlichen Haftung für die Nachlassschulden befreien, so können Sie als Sicherungsmittel Aufgebot der Gläubiger, Nachlassverwaltung, Nachlassfortführung und Inventarlegung betreiben. Das Nähere finden Sie Seite 87/88 des dem „Arbeiterrecht“ beigefügten Führers durch das Bürgerliche Gesetzbuch. — Willi 2. 36. Rein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Rittwoch, 21. Dezember.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Opernhaus.** Der Roland von Berlin.  
**Neues König. Opern-Theater.** Julius Säher.  
**Deutsches. Helten.**  
**Neues. Die Morgenröte.**  
**Berliner. Im bunten Kos.**  
Nachmittags 3 Uhr: Die schöne Reluine.  
**Seffing. Die Frau vom Meer.**  
**Westen. Der Hugenottenbaron.**  
Nachmittags 3 Uhr: Der Straußwelpen.  
**Thalia. Geflohen.**  
Nachmittags 4 Uhr: Max und Moritz.  
**National. Die Millionenbraut.**  
**Zentral. Der Bettelstudent.**  
Nachmittags 4 Uhr: Däumelchen.  
Anfang 8 Uhr:  
**Welle-Milane. Ein Blühdäbel.**  
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Frau Holle und Prinzess Luise.  
**Schiller O. (Wallner-Theater.) Mutter Erde.**  
**Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Heimg'sunden.**  
**Kleines. Abschiedssooper. Der grüne Kakadu.**  
**Reichsh. Herkulespfeilen.**  
**Carl Weiß. Aus der Märchenwelt.**  
**Kaufhaus. Der Familienstag.**  
Nachm. 3 Uhr: Das böse Prinzchen.  
**Tranon. Geflohen.**  
**Deutsch-Amerikanisches. Rem-Fort.**  
**Metropol. Die Herzen von Ragim.**  
**Rafino. In Vertreibung.**  
**Lilien. Doktor Faust's Zauber-Käppchen.**  
Nachm. 3 Uhr: Rotkäppchen.  
**Apollo. Berliner Luft.**  
Sonderst. Spezialitäten.  
**Gerrnfeld-Theater. Prinz Lech in Ahlbeck.**  
**Passage-Theater. Ludolf Waldmann.**  
Klara Lingen. Anf. 8 Uhr.  
**Wintergarten. Spezialitäten.**  
**Reichshallen. Stettiner Sänger.**  
**Itania. Taubentruhe 48/49.**  
Um 8 Uhr abends: Frühlingstage an der Riviera.  
**Invalidenstraße 57/62. Sternmarie.** Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.  
Im Hörsaal: Tierleben in der Wildnis.

**Urania, Taubenstr. 48/49.**  
Um 8 Uhr im Theater:  
Frühlingstage an der Riviera.  
**Sternwarte** Invalidenstr. 57/62.  
Hörsaal:  
**Tierleben in der Wildnis.**

**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**  
Friedrichstr. 165.  
**Achmet Effendi**  
mit sein. sprechenden Puppen.  
**Abdul Chan,**  
der geheimnisvolle Zauberer aus Bagdad.  
Orientalische Märchenwelt.

**Passage-Panoptikum.**  
**Der Riese Machnow.**  
Der größte Mensch, der je gelebt hat!  
Ohne Extra-Entree!

**Passage-Theater.**  
Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.  
Anf. nachm. Wochent. 5 Uhr.  
Sonntags 3 Uhr.  
**Ludolf Waldmann**  
**Carla Lingen**  
14 neue erstklassige Nummern.

**Apollo-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Berliner Luft.**  
Musik von Paul Lincke.  
9 1/2 Uhr: Die amerikanischen Sensations-Novitäten!  
1. u. 2. Weihnachtsfeierstag.  
nachmittags 3 Uhr, abends 8 Uhr:  
**Berliner Luft**  
und die amerikanischen Sensations-Novitäten des phänomenal. Dezember-Programms.

**Metropol-Theater**  
**Die Herren von Maxim.**  
Große Ausstattungssoppe mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.  
Musik von Viktor Hollaender.  
Inszeniert vom Direktor Richard Schultz.  
**Henry Bender. Josef Giampietro.**  
**Josef Josephi. Anton Grünfeld.**  
**Frid. Frid. Fritz Massary.**  
Das Fest des Lichts. (Ballett).  
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

**Residenz-Theater.**  
Dir.: Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Herkulespfeilen.**  
Schwank in 3 Akten von Paul Wilhaid und R. Hennemann. Deutsch von R. Schönau.  
Sonabend, den 24. Dezember ev.:  
**Geflohen.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nora.  
Montag nachm. 3 Uhr: Die 300 Tage.

**Deutsch-Amerikanisches Theater.**  
Jeden Abend 8 Uhr. Gastspiel Adolf Philipp  
**NEW-YORK**  
5 Bild. mit Ges. aus dem Nachleben einer Weltstadt. Text u. Musik v. Ad. Philipp.  
An allen 3 Feiertagen Nachm. 3 Uhr Halbe Preise. Überaus grossen Reich

**Palast-Theater**  
Burgstr. 22, früher Feen-Palast.  
Wegen Vorbereitung für das Festprogramm bleibt das Theater bis Sonnabend, den 24. d.: Geflohen.  
Sonntag (1. Feiertag): Die Attraktionen des neuen Spezialitäten-Programms.  
**Gingschneit.** 9 Uhr:  
Weihnachtsbild in 1 Akt.  
Nachm. 3 Uhr, kleine Preise: Der Goldhauser. Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Belisser.  
Montag (2. Feiertag), nachm. 3 Uhr, kleine Preise: Das Schloss am Meer.  
Dienstag (3. Feiertag) 9 Uhr: Eingeschnell.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Vorverkauf ab 10 Uhr.

**Schiller-Theater.**  
**Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)**  
Rittwoch, abends 8 Uhr:  
**Mutter Erde.**  
Drama in 4 Aufzügen von Max Halbe.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**In Behandlung.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Medea.**

**Kleines Theater**  
Bereinigtes Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt.  
Anfang 8 Uhr.  
**Der grüne Kakadu.**  
Vorher: Abschiedssooper.  
Donnerstag: Salome.  
Freitag: Die stillen Stunden.

**Zirkus Busch.**  
Nachmittags 1/4 Uhr:  
Gr. Extra-Bohntätigkeit - Vorst.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Katharina II.**  
Die Original-Japaner.  
Die drei Affen des Uonno Armando und die vorzügl. Programmnummern.

**Gebrüder Herrfeld-Theater.**  
Die hübsch bejubelte Situations-Komödie:  
**Prinz Levy in Ahlbeck**  
Schwank in drei Akten von Anton und Donat Herrfeld.  
Hauptrollen:  
**Magnus Prinz Levy:** Donat Herrfeld.  
**Präbital, dessen Heilbesitzer:** Anton Herrfeld.  
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.  
Montag, den 26. Dezember (zweiter Weihnachts-Feiertag): Nachmittags-Vorstellung. Anfang 3 Uhr bei halben Preisen: Nur eine Nacht. Zwei Akte aus einer Ehe mit Anton und Donat Herrfeld.

**Lustspielhaus**  
Friedrichstraße 235.  
Nachmittags 3 Uhr:  
**Das böse Prinzchen.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Familientag.**

**Bernhard Rose-Theater**  
Gelandbrannen, Babststraße 58.  
**Wilhelm Tell.**  
Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich v. Schiller.  
Mitwirkung d. gesamten Personals des Bernhard Rose-Theaters.  
Anfang 8 Uhr.  
Entree 30 Pf., numer. Platz 50 Pf.  
Nach der Vorstellung: Tanz.  
Sonntag (1. Feiertag), nachmittags 3 Uhr: Der große Wohlthäter.  
Montag (2. Feiertag): Große Gala-Fest-Vorstellung: Ihre Familie.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger.**  
Neut. Der Bassisten-kampf in Perleberg. Zum Schluss: Exzellenz kommt  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Montag, 26. Dezbr. (2. Feiertag):  
**Große Benefiz-Fest-Soiree.**  
Zum erstmalig: **Bei Watern.**  
Ein Weihnachtsbild von Meyel.  
Anfang 12 Uhr. Entree 50 Pf.

**WINTERGARTEN**  
Täglich  
**Wettrennen**  
zwischen dem amerikanischen Radfahrer Walthour und  
**1. Berliner Rennfahrern,**  
**2. dem amerikanischen Rennpferd „Dolly“,**  
geritten vom Jockey Kremer.  
Das Dezember-Programm enthält 15 hervorragende Nummern.

**Nachahmungen zurückweisen!!**  
Die Königl. Staatsanwaltschaft hat bereits Nachahmungen der Ausstattung des Weines strafrechtlich verfolgt.



**Kraft-Rothwein für Blutmarme u. Kranke,**  
ärztlich empfohlen.  
Steht unter ständiger Kontrolle des Gerichtschemikers Dr. C. Bischoff.

**Santa Lucia** Fl. 1.50 u. 2 M.

Warnung vor Täuschung durch ähnliche Namen. Fordern Sie Lucia.

**Sanssouci.**  
Rottbuser Tor - Stat. der Hochbahn.  
Heute Donnerstag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger u. Tanzkünstler.**  
In allen drei Weihnachts-Feiertagen Grosse Extra-Vorstellungen.

**Etablissement Buggenhagen**  
Moritzplatz.  
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.  
In den unteren Sälen jeden Abend 8 Uhr:  
**Militär-Konzert.**  
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:  
**Fritz Steidl-Sänger.**  
Nach jeder Vorstellung im Rotterjaal Tanz.

**Otto Pritzkw's Abnormitäten - Ausstellung**  
Königsplatz 16.  
Täglich 12-4 Uhr.  
**lebender Kuriositäten!**  
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder. Riesen! Zwerge!

Spezialgeschäft für Uhren.  
1 neue Uhr jeder Art 75 Pf.  
1 neue Uhr-Kapsel 15 Pf.  
1 neues Uhr-Glas 10 Pf.  
1 neuer Uhr-Ring 10 Pf.  
1 neuer Uhr-Reiger 10 Pf.  
1 neuer Uhr-Schlüssel 5 Pf.  
Neue Uhren in größt. Ausw.  
**E. Möbis,**  
82. Koppen-Strasse 82.

**Musik-Instrumente.**  
Geigen, Cellos, Bässe, Gitarren, Mandolinen, Klarinetten, Flöten, Bögen, alle Blech-Instrumente billig. Großer Posten Zieh- und Mundharmonikas sehr billig.  
**Rothglessner, Schillerstr. 24 a.**  
Praktisches Weihnachts-Geschenk.  
Rein! Petrol-Blöhl-Brenner „Aga“ m. stofftem. Glöhl. 5,95 R. ab Lager.  
Orla, Berlin S. 50, Prinzenstr. 82. Tel. IV, 1415. 14212

**Gustav Behrens**  
Spezialitäten-Theater.  
Frankfurter-Allee 85.  
Das neue Dezember-Programm.  
Neu! Mr. Isano mit seinen lebensgroßen sprechenden Automaten.  
Neu! Der Reformdichter.

**Damen-Konfektion**  
direkt aus der Fabrik.  
Köln-Ludwig!  
Jetzt nach beendet. Engros-Saison auch Einzelverkauf  
**enorm billig**  
Saccos, Havelocks, Capes, Abend-Mäntel, Kostümröcke, Kinder- und Backisch-Paletots.

**Robert Baumgarten,**  
Hausvogtei-Platz 11, 2. Et.  
(an der Jerusalemstraße).  
Bei Vorzeigung dieses Inserats an d. Kasse werd. 5% Rabatt vergütet.

**Die schönsten Weihnachts-Geschenke**  
in Steppdecken  
kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik. 72 Weihnachtsdecken 72, wo auch alle Steppdecken aufgegeben werden.  
**G. Strohmanbel, Berlin 14.**  
Illustrierter Preis-Katalog gratis. Zwischen Köln u. Aufsestraße. Sonntags vor Weihnachten geöffnet.

**Carl Dittmann**  
Spezial-Geschäft für Wild, Geflügel und fische  
**Landsberger Allee 28**  
empfiehlt zum Weihnachtsfest:  
**Hochprima Oderbrucher und Warthebrucher Fettgänse.**  
**Blutfrische feiste Waldhasen** auch gesplekt.  
**Rehkeulen, Reh Rücken und Rehblätter.**  
Lebende Karpfen  
sowie sämtliche Sorten lebender Fische.

# Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“

zu Berlin  
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung).  
Bureau: 50, 26, Kottbuser-Ufer 44 H. r. l. Geöffn. v. 8-10 u. 4 1/2-7 1/2 Uhr.

## Donnerstag, den 29. Dezember, abends 8 Uhr: Außerordentl. General-Versammlung

bei Ziebig, Große Frankfurterstr. 28.  
Tages-Ordnung:  
1. Berlesung des Revisionsberichts. 2. Erhebung mehrerer Vorstandsmitglieder vom Amt. 3. Neuwahlen zum Vorstand. 4. Eventuelle Entschlüsse zum Ausschuss. 5. Verschiedenes. 128/30

Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß wir von den beiden gestrigen Gegenüberstellungen keine Kritik nehmen wollen und erklären nur, daß wir die beiden Mitunterzeichner H. Krauser und E. Liebs ebenfalls ihres Amtes entheben haben. Wir bitten die Genossen, uns das bisher bestehende Vertrauen auch weiterhin bewahren zu wollen, da wir für die sorgfältige Fortführung der Geschäfte das Notwendige veranlaßt haben.

**Der Aufsichtsrat**  
der Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“ zu Berlin  
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung).  
H. v. R. Stramm, Karl Franke, Fr. Zimmermann, Alb. Langor.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

**Praktische Weihnachtsgeschenke**

Liefert in Flaschen, elegant ausgestattet und in bekannt nur besten Qualitäten, als wie:

**Obstweine, Fruchtsäfte, feine Liqueure, Rum, Arac, Cognac**  
per Liter von 2 Mk. an.

Alle Sorten 12102\*

**Punsch- und Bowlen-Extrakte.**  
Gutgepflegte Bordeaux-, Rhein- u. Moselweine, Cyprien-Wein, ein Labstrunk, p. Liter 2,25.

**Georg Andree,**  
Berlin C. 25, Prenzlauerstrasse 1/2.

Man verlange Preislisten!

Begründet 1864.

## Pelzwaren-Fabrik

**S. Schlesinger, Neue Königstr. 21**  
„Ordonnanzhaus“.

Einzelverkauf nach beendeter Engros-Saison.

Reisemuster, Kollern, Stolas, Muffen etc. zu billigsten Engros-Preisen. Es gelangt nur wirklich reelle Kürschnerware zum Verkauf. Reparaturen billigst und sauber. 59/6\*

Sonntags geöffnet.

Das beste und beliebteste aller Hustenmittel sind die altbewährten, vorzüglich schmeckenden **Spitzwegerichsast-Bonbons.**

Über unerreichtes Genuß- und Linderungsmittel bei veralteten Entzündungen der Lunge und der Luftwege. Nur allein echt bei **Gustav Behm,** Frankfurt a. M. 120, Oberstraße 46 und Rixdorf, Hermannstraße 46.

**Fürstenhof** Köpenicker-Strasse 137 (an der Köpenicker Brücke)  
Festsaal 120-250 Personen  
Zuscher Amandus Zöll zu Kränzen und Versammlungen  
Sonnabende und Sonntage noch frei. 8648

# Sielmann & Rosenberg

Um unsere grossen Läger schnell zu räumen, verkaufen wir

## sämtliche Konfektion f. d. halben Preis.

Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstr.

<b>Jackets und Paletots,</b> Eskimo, 8, 10, 15 M., früher 15-30 M.	<b>Abendmäntel, Frauen-Capes,</b> schwarz u. l. weichen hell- u. dunkel-farbigem Stoffen, auch mit Pelzbesatz, 8, 10, 12, 15 M., früher 20-40 M.	<b>Kostümröcke,</b> neueste Modelle, tadelloser Sitz, 4, 6, 8, 10, 15 M., früher 10-30 M.
<b>Blusenjackets in Astrachan</b> Eskimo, 12, 15, 20 M., früher 20-40 M.	<b>Plüsch- u. Astrachan-</b> Paletots 20, 30, 40 M., früh. 50-85 M.	<b>Elegante Ballkleider 20 M.</b> Trauerkleider, a. f. starke Damen, 20 M.
<b>Jackettkleider, Paletotkleider</b> u. französische garnierte Kleider 15, 20, 25 M., früher 30-50 M.	<b>Backfischpaletots 6, 8, 10 M.</b>	<b>Morgenröcke, Matinee, Unterröcke.</b> Reformkleider, Pelz-Stolas.

## Gelegenheitskäufe in Schweizer Uhren, Gold- und Silberwaren

Schweizer Remontoir-Uhren	Schweizer Remontoir-Uhren	In gestempelt Gold.	In gestempelt Silber.
für Herren in Nickel von 3,- M. an	für Damen in Silber von 7,- M. an	Ringe von 0,75 M. an	Börsen von 1,50 M. an
do. in Silber mit Goldrand 7,-	do. in Stahl 7,-	Broschen 3,25	Serviettenringe, Messer 1,50
do. in Stahl 4,-	do. in Gold 18,-	Ohrhinge 1,25	Armbänder 1,00
do. in Gold prima Werk 32,-	Silb. Uhren mit silb. Broschen 8,-	Armbänder 13,-	Broschen 0,80
Echte Genfer Chronometer massiv, 14 karat. Gold mit Sprungdeckel von 110,- M. In Silber v. 35,-	Gold. Uhren mit Broschen 19,-	Lange Fischerkotten mit Schieber 12,50	Ohrhinge und Ringe 2,40
Repetieruhren massiv, 14 kar. Gold mit Sprungdeckel von 150,-	Uhren m. Brill. 14 kar. Gold 40,-	Herrnkotten, p. Gramm 2,-	Ketten 3,50
	14 kar. Gold, echte Genf. Savonette-Uhren, Apker, 15 Rubia u. Chronometer 80 M.	Nadela 1,50	Zigarrenetuis 6,-
	Emaille-Uhren à la Vateau in Gold v. 20 M. an	Herzen 3,80	Dosen v. 2,75, Riechflakons 1,-

Ausser Obigem habe alle Waren von den billigsten bis zu den allerfeinsten Genres. Brautringe kosten das Gramm Gold 2 M. Altes Gold und Silber, Uhren nehme in Zahlung. Neuanfertigung. Reparaturen in eigener Werkstat. Ich habe zwei eigene Geschäfte in der Schweiz.

**Friedrich Sedlatzek, Berlin W. 5, Friedrichstr. 196, zwischen Leipziger und Krausen-Strasse.**

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Am Sonnabend, den 24. Dezember, und am Sonnabend, den 31. Dezember, werden auf den Bahnhöfen von 5-7 Uhr Beiträge entgegen genommen.

Am Dienstag, den 27. Dezember (3. Weihnachtstag), findet in vier Lokalen das

## Weihnachts-Vergnügen

des Verbandes, verbunden mit Kinderbescherung statt.  
Für die Bezirke Osten und Nordosten bei Keller, Kopenstr. 29.  
Für die Bezirke Südosten, Süden, Südwesten und Westen im „Deutschen Hof“, Lindenstr. 17.  
Für die Bezirke Westfalen und Schönbauer Vorstadt, Wedding und Gesundbrunnen und Roabit in den „Vorstadt-Festhallen“, Adlerstr. 6/7.  
Für die Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15.

Anfang 4 Uhr.  
Billets sind auf allen Bahnhöfen sowie im Bureau des Verbandes, Engel-Ufer 15, zu haben.  
Die Ortsverwaltung.

**Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68,**  
Lindenstraße 69, Laden.

## Zum Weihnachtsfeste

empfehlen wir:

- Die französische Revolution von 1789-1804.** Darstellung der Ereignisse und Zustände von B. Bloss, anstatt R. 5,50 jetzt R. 5,-
- Geschichte der französischen Revolution von 1848** und der zweiten Republik. Volkstümlich dargestellt von L. Havettes, anstatt R. 5,50 jetzt R. 5,-
- Die deutsche Revolution von 1848 und 1849.** Geschichte der Revolutionsbewegung dieser Zeit. Dargestellt von B. Bloss, anstatt R. 5,70 jetzt R. 5,-
- Großer deutscher Bauernkrieg** von Dr. B. Zimmermann, herausgegeben von B. Bloss, anstatt R. 6,70 jetzt R. 5,-
- Der Mensch und seine Rassen** von B. Langhavel, anstatt R. 5,50 jetzt R. 5,-
- Die Geschichte der Erde** von R. Sommel, anstatt R. 5,50 jetzt R. 5,-
- Die Pflanzenwelt** von R. Sommel, anstatt R. 5,50 jetzt R. 5,-
- Die Tierwelt** von R. Sommel, anstatt R. 7,10 jetzt R. 5,-
- Die Wunder des Kosmos** populär dargestellt von D. Köhler, anstatt R. 5,50 jetzt R. 5,-
- Weltschöpfung und Weltuntergang** populär dargestellt von D. Köhler, anstatt R. 4,75 jetzt R. 4,25

Sämtliche Bücher sind in Prachtbänden gebunden. Der Text ist durch zahlreiche Illustrationen und viele farbige Tafeln veranschaulicht und erläutert.

- Gerner:
- Die Armee der Demokratie.** Eine Begründung der Notwendigkeit des Bürgerheeres in allen Kulturstaaten. Von Gaston Moeh. Statt 4,00 R. 1,50 R.
  - Um die Freiheit.** Geschichtlicher Roman aus dem deutschen Bauernkriege 1525. 3 Teile. Von Robert Schweißel. Statt 7,50 R. 3 R.
  - Dasselbe, gut broschiert und beschnitten 1 R.**
  - Viktoria.** Sozialer Roman in drei Büchern. Von Minna Kautsky. Statt 5 R. 2 R.
  - Dasselbe, gut broschiert und beschnitten 1 R.**
  - Helene.** Roman in drei Büchern. Von Minna Kautsky. Statt 5 R. 2 R.
  - Dasselbe, gut broschiert und beschnitten 1 R.**

Besonders machen wir aufmerksam auf das in unserem Verlage erscheinende Werk:

## Wider die Pfaffenherrschaft.

Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts von **Emil Rosenow.**  
Der erste Band liegt vollständig vor und kostet in Leinen geb. 7,- 99, Halbfranz geb. 8,- 99. 234/16\*

## Dankfagung.

Allen Freunden und Kollegen, sowie dem Metallarbeiterverband für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung des Schraubendrehers

### Ernst Geiseler

sagen wir unseren besten Dank.  
15462 Fritz und Karl Geiseler.

Gebe meiner werthen Stiefschwester am Freitag und Sonnabend, 23. und 24. des Weihnachtsfestes eine warme Wurst gratis. Gleichzeitig empfehle Rind- u. Schweinefleisch nur in prima Ware zu nie gegebenen billigen Preisen: Rind 60-80, Schwein 60-80, alle anderen Waren nur gut und billig. Um sich von meiner Leistungsfähigkeit zu überzeugen, bitte meine werthe Stiefschwester, ihren Bestellen bei mir zu lassen. Ihrem geneigten Sulpruch entgegengehend, zeichne hochachtungsvoll  
8776  
**Heinrich Sens, Rodenbergstr. 7.**

## Orts-Krankenkasse Weissensee

### General-Versammlung der Vertreter

am Donnerstag, d. 29. Dezember, abends 8 Uhr, im Restaurant Prälaten, Lehrdestr. 122, zu Neu-Weissensee.

Tages-Ordnung:  
1. Erwahlung für ein auscheidendes Vorstandsmittelglied (Arbeitnehmer).  
2. Beschlußfassung über Abänderung der §§ 1 Abs. 1, 2 Abs. 1, 31 und 71 der Kassensatzungen.  
3. Verschiedenes.

**Der Vorstand.**  
H. v. Böttner, Vorsitzender.  
Zum Eintritt berechtigt sind nur die mit Legitimationskarte versehenen Vertreter. 278/9\*

## Gelegenheitskauf! Schlafdecken

in Wolle, extra schwer  
A 350, 450, 500, 600 M.

## Pferdedecken

A 250, 350, 450, 550 M.

## Reisedecken

Neueste Tiger-Muster  
A 485, 600, 800, 1000 M.

Versand per Nachnahme.  
**Emil Lefèvre**  
Berlin Oranienstr. 158.  
Fehlerhafte Decken  
spottbillig!  
Pracht-Katalog Abbildungen  
sowie Weihnachts-Extra-Liste  
gratis und franko.

## Tuchstoffe

zu Anzügen, Beinkleidern, Paletots in Restcoupon empfehle bedeutend unter Preis  
**Julius Neumann**  
Breslau, Carlstraße 49, 2. Haus von der Schwelbnitzer Str.

## Blank's Schnittmuster

einzig und allein zuverlässig, machen Selbstanfertigung aller Kleider spielend leicht. Tausende Frauen loben sie! - Viele 100 neue Modelle zeigt Blank's Modemagazin, für 6. 1,20 (Broschur) franko-Zusendung durch R. BLANK, Abtl. 2, Berlin SW., Kommandantenstr. 64.

## Kredit. Monatlich

10 Mark - lieferte Anzüge Paletots nach Maß.  
Per Kasse auch billigste Preise.  
Schneidermeister, J. Tomporowski, Prinzenstr. 55

## Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltung Berlin.

Allen Kollegen die betrübende Nachricht, daß am 17. Dezember unser Mitglied, der Steinbildhauer **Wilhelm Neumann** im 31. Lebensjahre verstorben ist. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 21. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Sophien-Kirchhofes, Friedenwalderstraße, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
30/19  
**Der Vorstand.**

## Verband der Möbelpolierer.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Gustav Schaumlöffel** am 15. Dezember verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
159/18  
**Der Vorstand.**

## Verein der Lithographen, Stein-drucker und Berufsgea. Deutschl.

Filiale I.

### Todes-Anzeige.

Am Sonntag, den 18. d. M., verstarb unser Kollege und Mitglied, der Steindrucker **Georg Reuther** im Alter von 50 Jahren. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.  
282/20  
**Die Ortsverwaltung.**

## Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.

Am 17. d. M. starb nach langem Leiden im Alter von 64 Jahren unser Mitglied, der Zimmerer Herr **Wilhelm Kipf.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Krankenhauses am Urban, Grünanlage, aus statt. 8736  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

## Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, Frau **Emilie Annecke** am 18. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Halle des Rixdorfer Kirchhofes in Bühlensberg aus statt. 187/18  
Um rege Beteiligung bitte  
**Die Ortsverwaltung.**

## Dankfagung.

Für die vielen Beweise der Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres Vaters, Groß- und Schwiegervaters, Bruders und Onkels, des Schenkwirt **Fritz Heisebach** sagen wir hiermit allen, insbesondere den Genossen des Sozialdemokratischen Arbeitervereins Pantof, dem Verein der Former, dem Personal nebst Chef der Glaserischen Kammfabrik, dem Hottelverein „Viel Bild“ sowie allen Freunden und Bekannten für die bewiesene Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden unseren herzlichsten Dank. 8715  
Die trauernden Hinterbliebenen

## Gardinen!

enorm billig! 8033\*  
Reste  
für 1 bis 5 Fenster.  
**Gardinen-Versandhaus**  
Krausenstr. 36, Flur-Eing.  
am Dönhofsplatz.

# H. Esders & Dyckhoff

Leipziger Strasse 50a  
Ecke Jerusalem Strasse.

Herren- u. Knaben-Garderoben  
fertig und nach Mass.

Oranien-Strasse 48  
Ecke Luckauer Strasse.

## Passende Weihnachtsgeschenke:

Schlaf-Röcke, Morgen-Röcke, Fantasie-Westen, Winter-Paletots, Herren- und Knaben-Anzüge, Hosen, Loden- und Pelz-Joppen, Geh-Pelze etc.  
Damen-Konfektion.

Bis Weihnachten abends bis 10 Uhr geöffnet.

1542L\*



Besichtigen Sie die  
**Riesen-Weihnachts-Ausstellung**



von

## A. HOTHORN

Berlin O.

Gegr. 1887

Berlin N.

Alexanderstr. 34  
vis-a-vis Polizeipräsidium.

Brunnenstr. 192  
zwischen Eisasser- u. Invalidenstr.

Denkbar grösste Auswahl in 1515L\*

### Uhren, Gold-, Silber-, Alfenide-

und

### Nickelwaren.

Streng reelle, äusserst  
kalkulierte,  
konkurrenzlose Preise.



## Cigarren zu Engrospreisen.

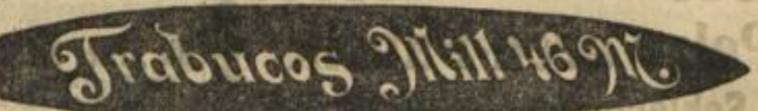
Wiederverkäufern und Konsumenten empfehlen wir unsere im Geschmack, Qualität und Brand bekannt vorzüglichen Cigarren-Fabrikate bei aussergewöhnlich billigen Preisen. Jeder Versuch führt infolge der geologischen feinen Qualitäten zu dauernden Nachbestellungen. — Versand pr. Nachnahme von 100 Stück an (300 Stück portofrei) — Bei 1 Million, auch verschiedene Sorten, 5% Rabatt.



Habanero, garantiert rein amerik. Einlage, 100 Stück M. 2.50.



Criola, rein amerikan. Einlage, mittelkräftig und fein M. 3.50.



Specialmarke, sehr fein und aromatisch, mild M. 4.60.

Hamb. Mischung, etwas kräftig	M. 2.50	Gerda, kl. Bockform, Casino-Cigarre	M. 4.80
Bremer Consum-Cigarre, mild	" 3.—	Sport-Regal, I Specialmarke mild	" 4.60
Waldmannsbell, fein Mischung	" 3.50	Britanika, sehr mild u. angenehm	" 5.—
N 24, Vorstentl. etwas voller, pikant	" 3.50	Kron-Regalia, mild u. äusserst fein	" 6.—
Charmant, kl. Format, feine Qual.	" 3.70	Elegantes, pikant, etwas kräftig	" 6.—
Nora-Regal, leicht u. mitt. sehr beliebt	" 4.—	Korona, Habana-Misch. Handarbeit	" 7.50
Amerika, extra gross, fein u. arom.	" 4.20	Noblezza, Habana-Misch. Handarbeit	" 8.—

### Holländer.

Holländer No. 1	M. 7.—
Holländer I	" 6.50
Holländer II	" 5.—
Holländer III	" 4.—

### Schuss-Cigarren.

Cosa Schuss mittel M. 3.—	Cubana Schuss mit M. 4.80
Sport Schuss mittel " 3.90	Hab. Schuss kräftig " 5.—
Mexico Schuss mittelkr. 4.40	Corona Schuss mild " 6.—
Diana Schuss leicht M. 4.60	Noblezza Schuss ditto " 6.—

Auf Wunsch Special-Preisliste. Farbenangabe erwünscht.  
Lieferanten zahlreicher Officier-Casinos, Cautinen u. vieler Geschäfte.

**Krause & Sachs, Zigarren-Fabriklager.**

Berlin, Krausenstrasse 30. Hamburg, Schanzstrasse 119.

Preise für 100 Stück.

## Beim Einkauf

von Herren-Garderobe hat der Käufer die Verpflichtung, streng darauf zu achten, daß er in ein streng reelles Geschäft geht. Mein Geschäft ist seit nahezu

### 30 Jahren

wegen seiner Reellität und soliden Handhabung bei streng festen Preisen rühmlichst bekannt.

### Ein Versuch

führt sicher zu dauernder Kundschaft. 1544L\*

**Max Kaplan,** Friedrichstraße 1  
am Belle-Allianceplatz.

Zum Fest: Ausstellung von Schlafrocken jeden Genres.

Sonntags von 8-10 und 12-6 Uhr geöffnet.

Kochmannstr. 37 I.



Edison-Goldplatt-Walzen 1.50 M.  
Die schönste Musik  
besser als Plattensprech-  
maschinen. Ueberführen Sie  
sich erst, ehe Sie kaufen.  
Ich zeige Ihnen den Unter-  
schied kostenlos.  
Niederlage der Nachtigall-Rekords,  
beste Walze, für 75 Pf. Hart-  
plattwalzen 75 Pf. Wachswalzen  
50 Pf. Apparate in grösster  
Auswahl z. d. billigsten Preisen.

**Karl Barthen,**  
Erst u. grösst. Spezialgeschäft f.  
Walzensprechmaschinen. I. Osten.  
Kochmannstr. 37 I,  
zw. Peterburger- u. Tilsiterstr.

**Automobilführer.**

Abendkurs für Chauffeur. Theo-  
retische und praktische Ausbildung.  
Beginn 1. Januar. Prosekt frei.  
Technikum Elektra, Nonnen-  
straße 4. 102/3\*

zum Grösstes Spezialgeschäft der Branche!



**Oscar Arnold** Dresdener Strasse 116  
(kein Laden).  
Hüte Mützen und Pelzwaren.  
Engros - Export Einzelverkauf zu ortsüblichen Preisen und aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl in allen Preislagen.

# Gebr. Rothenbach

Alte Schönhauserstr. 7/8, Amt III, No. 2004.

Joachimsthalerstr. 42, Amt Charlottenburg, No. 1216.

## Mehlhandlung

Spezialgeschäft für Mehl,  
Hülsenfrüchte, Backobst, Konserven.

Elektrischer Betrieb.

Lokales.

Freisinniges Vertuschungssystem.

Von der Affäre Hoffmann-Dehrend, die vor Wochen so viel Staub aufwirbelte, ist es rasch wieder still geworden. Im November mußte in der Stadtverordneten-Versammlung, wie unsere Leser sich erinnern werden, von sozialdemokratischer Seite wieder einmal an den im städtischen Obdach herrschenden Zuständen Kritik geübt werden. Den Anlaß dazu bot die Erörterung gewisser Verschleungen, die einem im Obdach stationiert gewesenen Kriminalpolizisten nachgesagt wurden. Genosse Adolf Hoffmann, der über die Angelegenheit berichtete, wies darauf hin, wie man in der Obdachverwaltung bemüht gewesen ist, möglichst nichts in die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Da aber in jener Sitzung der Stadtverordneten auf freisinniger Seite neue Vertuschungsversuche gemacht wurden, so wollte Hoffmann einmal an einem besonders lehrreichen Beispiel zeigen, wie nützlich es ist, daß Sozialdemokraten in die dunklen Winkel des Obdachs hineineuchten. Er spielte darauf an, daß hinter der plötzlichen Pensionierung des Professors Dehrend, früheren Leiters der Geschlechtskrankenstation im Obdach, noch anderes steckt als bloße Gesundheitsrückichten, daß Dehrend vielmehr das Opfer einer jener Hoffmannschen Revisionen geworden ist.

Wir kommen auf diese Affäre heute noch einmal zurück, weil sie unter der Behandlung, die eine gewisse Presse ihr hat zuteil werden lassen, sich schließlich zu einem förmlichen Schulbeispiel des freisinnigen Vertuschungssystems entwickelt hat. Am Tage nach jener Sitzung stand in freisinnigen und zum Teil auch in parteilos sich nennenden Blättern manch' tabelndes Wort über die im Rathaus getriebene Heimlichtuererei. Aber der Wind schlug bald um. Als Professor Dehrend zur Abwehr eine Antwort verbreitete, die nur eine Fortsetzung der von seinen Gönnern geliebten Verwidelungen und Vertuschungen war, gaben die meisten jener Blätter sich dazu her, ihm behilflich zu sein. Mehr oder weniger vollständig druckten sie die Ausführungen ab, in denen er die Umstände seines Dienstvertrages als für ihn überaus rühmlich darstellte und es „eine ganz besondere Bösartigkeit“ nennt, daß Hoffmann ihn mit der Sache des Obdachpolizisten in Verbindung gebracht habe. Natürlich war es Hoffmann nicht eingefallen, B. mit jener Polizei-Affäre „in Verbindung zu bringen“. Der „Vorwärts“ stellte das fest, aber die bürgerliche Presse schweig dazu. Sie schweig auch, als wir eine Zuschrift Hoffmanns veröffentlichten, die sich deutlicher darüber ausließ, unter welchen Umständen der Herr Professor aus dem Dienst der Stadt geschieden ist. Man war jetzt offenbar selber von dem „Vertuschungsfeber“ ergriffen worden, über das man anfangs so brav gescholten hatte. Dem ärztlichen Fachblatt, das B.'s Rechtfertigung zuerst veröffentlicht hatte, glaubte Genosse S. eine Richtigstellung senden zu sollen, damit sein Schweigen nicht als Eingeständnis erscheine. Sie ist inzwischen von dem Blatt gebracht worden, aber mit einem Zusatz, in dem Herr B. bestrittet, was S. sagt, und aufrecht hält, was er selber behauptet hat. Wir hatten nun gemeint, die bürgerliche Presse werde sich auf diesen B.'schen Zusatz stützen, aber merkwürdigerweise hat sie bisher weiter geschwiegen. Sie weiß offenbar genau Bescheid und will die Diskussion lieber nicht wieder eröffnen. Es bleibt also beim Vertuschen.

Eine sehr eigentümliche Rolle hat in dieser Vertuschungs-epidemie auch der Magistrat gespielt. Herr Dehrend hat in seiner Rechtfertigung den Wortlaut der geheimen Vorlage angeführt, durch die der Magistrat die Pensionierung beantragte. Darin werden allerdings nur die Verdienste des Herrn Professors gerühmt, aber mit keinem Wort wird davon gesprochen, daß noch andere Umstände als die Rücksicht auf seine Gesundheit die Pensionierung empfehlenswert machen. Man kann es Herrn B. am Ende nicht verdenken, daß er nun diese Vorlage, die ganz in das freisinnige Vertuschungssystem hineinpaßt, triumphierend zu seinen Gunsten verwendet. Aber hoffentlich wird künftig bei ähnlich unvollständigen Begründungen der Magistrat durch die, die den Sachverhalt kennen, zu einer Vervollständigung gezwungen werden, damit festgelegt wird, warum ein Beamter pensioniert worden ist.

Das Berliner Gewerbegericht hat im Jahre 1903/04 wieder eine Zunahme der Prozesse gehabt, die noch zu erklären sein dürfte aus dem am 1. Januar 1902 in Kraft getretenen Novelle zum Gewerbegerichts-Gesetz, durch die eine Ausdehnung der Zuständigkeit des Gewerbegerichts in sachlicher wie in örtlicher Hinsicht herbeigeführt wurde. Diesmal gingen 12 553 Klagen ein. Nachdem 631 noch vor Abhaltung eines ersten Termins erledigt worden waren, verblieben für die Rechtsprechung 11 922 Klagen. Von diesen wurden erledigt: 6127 durch Vergleich, 25 durch Verzicht, 2180 durch Klagerücknahme oder Ruhenlassen, 535 durch Abgabe an das Innungschiedsgericht, 24 durch Anerkennungsurteil, 1615 durch Verdamnisurteil, 1013 durch kontradiktorisches Urteil. Die übrigen 393 Klagen wurden in das Jahr 1904/05 mit hinübergenommen. Die einzelnen Kammern waren an den Klagen wie folgt beteiligt: Schneiderei und Näherei 2921, Textil-, Leder-, Bugindustrie 809, Baugewerbe 1364, Holz- und Schnitzstoffe 707, Metalle 1285, Nahrung, Beherbergung, Erquickung 2504, Handel und Verkehr 1394, Allgemein 938. An der erwähnten Zunahme der Klagen sind alle Kammern beteiligt, am stärksten Schneiderei und Näherei. Soweit in den Prozessen Geldansprüche in Frage kamen, blieben diese bei 48 Proz. der Prozesse unter 20 M., über 100 M. (Verzugsgränze) gingen sie nur bei 6 Proz. hinaus. Die höchste Klagesumme war diesmal 4275 M., die niedrigste — 8 Pfennige. Der Streitgegenstand war 7484 mal rückständiger Lohn, 4679 mal Ansprüche aus vorzeitiger Entlassung, 808 mal Herausgabe von Papieren, Handwerkszeug usw., 736 mal Schadenersatz, 387 mal Ausstellung eines Arbeitszeugnisses, 62 mal Wiederaufnahme der Arbeit, 58 mal Auflösung des Lehrverhältnisses usw. Von Arbeitgebern wurden nur 676 Klagen angestrengt, dagegen 11 877 von Arbeitnehmern, darunter 3110 von Frauen und Mädchen, 113 von Heimarbeiterinnen, 147 von Lehrlingen, 189 von Lauf- und Arbeitsbüchern.

Aus den Erfahrungen des Berliner Gewerbegerichts pflegen die Gerichte, die über die Tätigkeit des Gerichtes als fähig erachtet werden, manchen beherzigenden Hinweis zu bringen. Der neueste Bericht, das Jahr 1903/04 behandelnd, richtet wiederholt an die Arbeitgeber die Mahnung, mehr als bisher dafür zu sorgen, daß den Arbeitern bei Verdrängung des Arbeitsverhältnisses ihre

Arbeitspapiere stets ohne Verzug ausgehändigt werden. Verspätete Ausständigung der Inhabitenkarte, des Krankentassenbuches, des Zeugnisses usw. führe noch allzuoft vor dem Gewerbegericht zu Prozessen, bei denen Schadenersatz verlangt wird, weil der Arbeiter ohne Papiere seinen Arbeit findet. Gelingt der Nachweis des Schadens und eines Verschuldens des Arbeitgebers oder seines berechtigten Vertreters, und ist es auch nur ein „fahrlässiges Verschulden“, so ist nach hiesiger Praxis der Anspruch begründet. Aber auch den Arbeitern, so fährt der Bericht fort, könne zur Vermeidung unnötiger Prozesse nicht dringend genug angeraten werden, beim Austritt aus einer Arbeitsstelle immer sogleich ihre Papiere zu erbitten oder eventuell ihre genaue Adresse anzugeben, damit sie schnellstens zugehändigt werden können. Unter Umständen kann das Gericht auch ein eigenes Verschulden des Arbeiters annehmen und dann seinen Anspruch abweisen. — Diese Mahnung sollte auf beiden Seiten beherzigt werden. Wir vermühen aber, daß sie auf manchen der Arbeitgeber keinen sehr starken Eindruck machen wird. Für das Bezügl. einen Arbeiter durch Einbehaltung seiner Papiere zu schädigen oder doch mindestens zu hindern, rüchert ein zahlungsfähiger Brod schon mal eine Verurteilung zu Schadenersatz. Den Nachweis, Schaden erlitten zu haben, kann ja der Arbeiter nicht immer so leicht führen. Der Arbeitgeber, der einen Arbeiter aus Eitelkeit die Papiere einbehält, darf in neun von zehn Fällen darauf rechnen, daß ihm nichts geschieht.

Das Projekt der Unternehmung der „Linden“ zwischen Obernplan und Kasanienwäldchen unterlag, wie bekannt, der Prüfung der Aufsichtsbehörden in einer Konferenz, welche am Dienstag unter dem Vorsitz des Polizeipräsidenten Dr. v. Porries im Sitzungssaale des Präsidialgebäudes am Alexanderplatz stattfand. An derselben nahmen u. a. Ober-Regierungsrat Dumraich, Geh. Rat v. Porries, Sanrat Grebe und Regierungsrat Dr. Haselau teil. Von den vier vorliegenden Projekten kam nur das schädliche in Betracht. Danach wird die Einführung der Straßenbahnlinie von der Wartstraße und Behrenstraße her geplant; sie sollen dann in einer Kurve bis zur Mittelstraße des Platzes und hier, gegenüber der Dresdener Bank in die Rampe eingeführt werden. Die letztere würde sich dann etwa bis zum Denkmal der Kaiserin Augusta hinziehen und hier in den Tunnel einmünden, der sich höfentförmig unterhalb der „Linden“ nach dem Kasanienwäldchen erstrecken würde. Diese Lösung hielt man für die verhältnismäßig beste und dürfte dieselbe dem Vernehmen nach auch dem Minister der öffentlichen Arbeiten, Herrn v. Büdow, empfohlen werden, der, falls sie seine Zustimmung findet, die Genehmigung des Kaisers einholen würde. Einige technische Bedenken (Steilheit der Rampe, Entgleisungsgefahr in der Kurve etc.) lassen sich leicht beseitigen.

Eine Winter-Erholungsstätte für männliche Kranke eröffnet am 5. Januar nächsten Jahres, mittags 12 Uhr, der Volkshilfsverein vom Roten Kreuz in der Nähe der Vorortbahnstation Eichkamp im Grunewald. Es ist dies die erste, auch im Winter geöffnete Anstalt dieser Art; wir wollen hoffen, daß der beachtenswerte Versuch guten Erfolg hat. In dem neuerrichteten Bauwerk können einstweilen nur 60—75 männliche Patienten Unterkunft finden. Bei der Beliebtheit der Erholungsstätten darf wohl vorausgesetzt werden, daß die neue Einrichtung schon am ersten Tage voll belegt ist. Die Zentralkommission der Krankenkassen gibt bekannt, daß Vorbereitungen für die Winter-Erholungsstätte an das Bureau der Erholungsstätten, Friedrichstr. 207, Hof rechts, 2 Treppen, zu richten sind.

Das „Französische Waisenhaus für Notverarmte“ befindet sich seit Jahren in der für Berliner Verhältnisse ungewöhnlichen Lage, die ihm zur Verfügung stehenden Stellen für Waisenkinder größtenteils unbesetzt lassen zu müssen, weil es an Kindern fehlt, die die geforderten Bedingungen erfüllen. Diese Stiftung ist herborgewonnen aus einem der Stadtgemeinde überwiegenen Vermächtnis des im Jahre 1871 verstorbenen Kaufmanns A. F. Franke, aber ihre Fürsorge sollte nach den letztwilligen Bestimmungen des Stifters nicht hinausreichen über das 28. Polizeirevier, das nur einen kleinen Teil der inneren Luisenstadt umfaßt. Strecken der Alten Jakobstraße, Kommandantenstraße, Oranienstraße, Alexandrinenstraße usw. Aus diesem Revier sollte die Stiftung mindestens zwölf Kinder in Erziehung und Pflege nehmen. Die Kinder sind unterzubringen in dem städtischen Waisenhaus Berlin, dessen Grundstück in der Alten Jakobstraße gleichfalls aus dem Vermächtnis Frankes herrührt. Im Laufe der Jahre hat aber die Bestimmung, daß „mindestens“ zwölf Kinder des 28. Reviers aus den Mitteln der Franke'schen Stiftung verpflegt werden sollen, sich immer wehiger erfüllen lassen, weil es immer schwerer geworden ist, aus diesem kleinen Bezirk eine hinreichende Zahl entsprechender Kinder zu finden. Das Verwaltungsjahr 1901/02 begann mit nur noch vier Franke'schen Waisenkindern, 1902/03 mit nur noch zwei, und in 1903/04 war keine einzige der vorhandenen zwölf Stellen besetzt.

14 627 Mark 73 Pf. sind bis jetzt für die Weihnachtsbescherung der Kinder unserer Ansgesperrten eingegangen. Das ist eine ganz beträchtliche Summe, aber sie genügt noch lange nicht, um den Kindern ein Freudensfest in dem Sinne zu bereiten, wie es vom Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission ins Auge gefaßt worden ist. Wir erwarten daher von der Arbeiterschaft Berlins und der Vororte, daß sie in dieser Weihnachtswoche, wo auch im hiesigen Proletarierheim der Tannenbaum hergerichtet wird, ganz besonders der Kinder derer gedenkt, die im harten Kampf mit dem Kapital monatlang selbstlos ausgeharrt und zum Vesten der Gesamtheit Opfer von hoher Bedeutung gebracht haben. Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin möge ihr Scharfsein beisteuern zu dem schönen Werk, das in diesen Tagen den Kindern der Ausgesperrten bereitet wird. Beiträge werden von 11 bis 1 Uhr und von 6 bis 8 Uhr vom Ausschuss im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, entgegen genommen; Geldsendungen wolle man an den Reichstagsabg. Albin Köstlin, Engelauer 15, richten.

Ein tragisches Liebesdrama, dessen Hauptheld ein junger Mann aus den adligen Kreisen Berlins war, hat jetzt seinen gerichtlichen Abschluß gefunden. Der 23jährige Student der Rechte Freiherr v. Watter aus Berlin lernte in München eine Künstlerin, nach dem Zeugnis aller Leute, die sie kannten, ein höchst ehrbares Mädchen, kennen und knüpfte mit ihr ein Liebesverhältnis an, dem ein Kind entsprang. Der junge Freiherr, der eine sehr ideal angelegte Natur sein soll, machte es nicht, wie es sonst in seinen Kreisen allgemein „Sitte“ ist, daß man die Betrogene mit einem Broden schändlichen Romms abspießt und sie dann ihrem Schicksal überläßt, sondern er war von dem ersten Willen beseelt, die Mutter seines Kindes auch zu ehelichen. Mit diesem Vorhaben sich er aber bei seinen aristokratischen Eltern auf heftigen Widerstand. Als Maitresse wollten sie ihrem Sohne das Mädchen gönnen, aber als Gattin niemals, das wäre nicht „handesgemäß“ gewesen. Der junge Mann besah nicht den Mut und die Kraft, dem elterlichen Willen zu trotzen, sondern gab sich der Verzweiflung hin und überredete das Mädchen, mit ihm zu sterben. Sie reisten beide mit dem einige Monate alten Kinde nach Nürnberg und logierten sich als Ehepaar in einem der ersten Hotels ein. Hier wollten sie ihr Vorhaben zur Ausführung bringen. Am 31. März früh 4 Uhr erschoss v. Watter das Kind mit einem Stiel und tötete seine Geliebte durch einen Revolvererschuss. Mit einem zweiten Schuss

wollte er sich selbst aus der Welt schaffen, aber er traf Schlegel und verwundete sich nur schwer am Kopfe. Im Nürnberger Krankenhaus wurde er wieder hergestellt, aber sein Augenlicht ist für immer dahin. Nach seiner Genesung wurde er in Untersuchungshaft verbracht und es sollte ihm der Prozeß wegen Doppelmordes gemacht werden. Nunmehr ist jedoch die Klage gegen ihn niedergeschlagen worden, weil er im Momente der unglückigen Tat nicht zurechnungsfähig gewesen sei. Er wurde aus der Haft entlassen und ist bereits, an Geist und Körper eine klägliche Ruine, zu seinen Eltern nach Berlin zurückgekehrt. Der junge Mann ist nun für sein ganzes Leben ein Krüppel, aber die „Standeswürde“ ist glücklich gewahrt geblieben, die adlige Familie ist nicht durch eine „Desalliance“ geschändet. Und das ist schon auch was wert.

Wie man auf anderer Leute Kosten lebt. Einen „Schutz vor gewerbsmäßigen Beschreibern“ wollen die Gastwirte der westlichen Vororte durch eine schwarze Liste fauler Kunden schaffen. Es handelt sich nicht um die armen Teufel von Beschreibern, welche sich einmal, ohne Pfennig in der Tasche, ordentlich fassetten wollen, sondern um gewohnheitsmäßige Betrüger, welche namentlich die Inhaber besserer Restaurants hineinlegen, indem sie durch ihr vertrauensverweckendes sicheres Auftreten ganze Diners für Gesellschaften und Vereine herauszuladen wissen, oder auch nach einigen beglückten Besuchen, den Restaurateuren größere Darlehen unter allerhand Vorspiegelungen abzwängeln. Es ist notorisch, daß es eine ganze Anzahl heruntergekommenen Leute aus gebildeten Kreisen gibt, welche auf Grund ihrer früheren Bekanntschaft die Vertrauensseligkeit von Gastwirten in ungenügender Weise ausnützen und auf deren Kosten ein leichtes Leben führen. Diesen Gefellen soll durch gemeinsames Vorgehen das Handwerk gelegt werden.

Gefahrvolle Heimarbeit.

Wegen der Feuergefährlichkeit des Zelluloid ist vor kurzem eine Eingabe an das Polizeipräsidium gerichtet worden. Gemäß sind umfassende Maßnahmen für Zelluloidfabriken notwendig; aber nicht minder ist eine scharfe Kontrolle der Heimarbeit angebracht. Hier werden Zelluloidwaren verschiedener Art mit einer Leichtfertigkeit hergestellt, die nicht allein für die mit der Arbeit beschäftigte Familie, sondern für die ganze Hausgemeinschaft schwere Gefahren in sich birgt. Es wird da geschminkt, gemalt, gelötet und aufgesetzt unter den unglückigen Betriebsverhältnissen, die eben die Heimarbeit charakterisieren. Besteht die Wohnung, was ja durchaus nicht immer der Fall ist, aus mehreren Zimmern, so wird das kleinste zum Arbeiten benutzt. Kaum daß es dem Arbeiter möglich ist, in diesem Raum sich ohne Gefahr umzudrehen. Gar oft wird auch die Küche als Arbeitsraum hergerichtet; man arbeitet dann in der Nähe der Kochmaschine, beim Schein einer auf dem Tisch stehenden Petroleumlampe. Wo eine Drehbank gebraucht wird, wie beim Aufsetzen von Zelluloidgrößen auf Schmiridde, da hängt die Lampe an einem auf der Drehbank stehenden Leuchterfuß; alle Schwankungen und anderen Bewegungen der Drehbank muß die Lampe mitmachen. Es ist ein Wunder, daß es unter solchen Arbeitsverhältnissen noch nicht zu einem größeren Unglück gekommen ist; bricht aber einmal in einer derartigen Werkstatt Feuer aus, dann wird es keinem möglich sein, sich zu retten. Es ist bekannt, mit welcher Gewalt sich bei brennendem Zelluloid Rauch und Gase entwickeln; wer wirklich von dem rasend schnell um sich greifenden Flammen verschont bleiben sollte, der wird von den Gasen in wenig Augenblicken betäubt sein. In den Zelluloidfabriken kontrolliert die Polizei ständig und sorgt zumeist dafür, daß Rotausgänge hergerichtet und Löschorrichtungen bereit gehalten werden. Ebenso werden über die Beleuchtung und den Umgang mit Feuer und Licht strenge Vorschriften erlassen; selbstverständlich ist auch das Rauchen in derartigen Arbeitsstätten verboten. Alle diese Schutzmaßnahmen fehlen in der Hauslichkeit der Heimarbeiter und können dort auch gar nicht eingeführt werden. Bis jetzt waren die von der organisierten Arbeiterschaft unternommenen Bemühungen, die Polizei für die gefährlichen Gefahren zu interessieren, ohne Erfolg. Und doch muß im Interesse der öffentlichen Sicherheit etwas geschehen. Die einzige Maßnahme von wirksamem Nutzen bleibt allerdings das generelle Verbot, Zelluloidwaren in der Heimarbeit herstellen zu lassen. Ein solches Verbot ist auch volkswirtschaftlich von Segen, da die Unternehmer, die unter den gefährlichen Umständen gemeingefährlicher Natur fabrizieren, als schlimme Preisdrücker den Arbeitern bei der Erringung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen am meisten im Wege sind. Wer allerdings das Wollen der Polizei bei Lohnkämpfen beobachtet, mag auf den Gedanken kommen, daß der eben angeführte Grund die Behörde von einem energischen Vorgehen abhält.

Vom Drehgrafen. Mit Verhaftung bedroht wurde Graf Bäder von der Polizeiverwaltung in Dranienburg für den Fall, daß er dort sprechen würde. Nachdem der Graf vergeblich in Friedrichsfelde, Wilmerdorf und anderen Vororten verfußt hatte, eine Rede zu halten, wandte er sich nach Dranienburg. Hier kam jedoch auf die Versammlungsanmeldung folgender Bescheid der dortigen Polizeiverwaltung: „Nach amtlicher Auskunft soll Graf Bäder-Stein-Tschirne geistig nicht normal sein und kann daher sein Auftreten in der fraglichen Versammlung nicht gestattet werden, da bei diesem seinem Zustande eine öffentliche Anreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthatigkeiten gegen einander zu befürchten ist. Sollte Graf Bäder dennoch als Redner auftreten, so würde seine Sistierung bezwecks Feststellung der Personalien erfolgen müssen.“ Ein Vorspiel zum Bäder-Prozeß, der im Januar nächsten Jahres vor dem Landgericht I seinen Anfang nehmen wird, gab es vor dem Schöffengericht in Moabit. Ein Vertreter von Bäder-Reden hatte gegen ein polizeiliches Strafmandat gerichtliche Entscheidung beantragt. Er hatte eine Polizeistrafe von vier Mark erhalten, weil er die konfizierte Bäder-Rede „Der Ruin des Handwerks“, auf der Strafe verurteilt haben sollte. Der Bädervertreter behauptete, er habe die Reden nur in Geschäften verteilt. Vor Gericht wurde die beschlagnahmte Rede vorgelesen und vom Richter festgestellt, daß ihr Inhalt nicht zu beanstanden sei. Da außerdem nicht festgestellt werden konnte, ob die Reden auf den Straßen verteilt wurden, erfolgte Freisprechung des Bädervertreters.

Der Wiener Victoria-Prozeß. Aus Wien wird berichtet: Die in dem Ehrenbeleidigungs-Prozeß der Berliner Versicherungsgesellschaft Victoria gegen ihren gewesenen Generalagenten Agai von letzterem erhobene Nichtigkeitsbeschwerde ist vom Kassationshofe zurückgewiesen worden.

Besuch in der Rotunde. Einen seltsamen und etwas ungestümen Besuch erhielt gestern morgen um 7 Uhr die Rotunde, die an der Einmündung der Straße am Friedrichshain in die Friedenstraße steht. Ein Antiker von Vöggenhagen in der Rosenideenstraße Nr. 8 fuhr mit einem leeren Wörtelwagen die Friedenstraße entlang. Auf der abschüssigen Strecke von der Weinstraße nach dem Königstor ging das Hemmzeug entzwei und nun konnten die Pferde aus dem Trab nicht mehr angehalten werden. Immer schneller liefen sie die Bahn hinunter, bis die Rotunde ihnen Halt gebot. Das rechte Pferd rannte mit dem Kopfe gegen die erste Wand, zerquetschte sich den Schädel und fiel in die Anstalt hinein, weil in demselben Augenblick die Deichsel die Wand zertrümmerte. Das linke Pferd kam neben der Anstalt zu Falle. Arbeiter einer Hofschlächterelei aus der Greifswalderstraße befreiten die Tiere mit Binden und Stricken. Das eine war unversehrt geblieben, das verletzte dagegen verendete bereits beim Aufwinden auf den Wagen. Die Anstalt, in der sich während des Unfalls zum Glück niemand befand, mußte zur Ausbesserung geschlossen werden.

Aus der Untersuchungschaft „gepöpselt“ hat die 23jährige un- berechtigte Taffert und so der Polizei die Ermittlung einer wech-

hohen Diebstahls ermächtigt, die schon seit langer Zeit verbodsmäßig Nachzüge in hiesigen Warenhäusern ausführt. Es handelt sich um sechs Mädchen, im Alter von 20 bis 28 Jahren, die teilweise schon Vorstrafen erlitten, Gefängnis bis zu neun Monaten verbüßt haben. Die „Schlottenfänger“, wie diese Kategorie von Verbrechern genannt wird, arbeiten gewöhnlich in Gruppen von zwei oder drei Personen. Während eine stahl, wurde sie durch ihre Gefährtinnen gedeckt, die sofort die geraubten Sachen an sich nahmen und in ihrer Kleidung verbargen. Wurde die Diebin einmal gefasst, so wurde bei ihr gar nichts oder eine Kleinigkeit gefunden; die Firma ließ die Person laufen, weil es sich dem Anschein nach um keine gewerbsmäßige Diebin handelte. So konnte die „Charvresse“ monatelang ungehindert arbeiten und machte reiche Beute. Die gestohlenen Sachen wurden zum Teil verkauft, teilweise von den Diebinnen selbst verwendet. Die Untersuchung hat so reichliches Material gegen die sechs Angeklagten ergeben, daß die Anklage gegen sie bereits erhoben werden konnte.

Zu dem Reichenfund am Gölitzer Ufer, der zur Verhaftung des Handelsmannes Blumberg aus Nixdorf wegen Mordes an dem Dienstmädchen Schälde führte, haben sich nun auch noch der Mann und die Frau gemeldet, die von der Kriminalpolizei als Zeugen gesucht wurden. Das Ehepaar hatte mit einer Bekannten eine Schankwirtschaft besetzt und war dort in Streit geraten. Aergerlich war die Frau weggelaufen und hatte gedroht, daß sie ins Wasser gehen werde. Der Mann ging nun mit der Bekannten nach dem Mahlbach-Ufer nach und kam gerade dazu, als aus dem Kanal um Hilfe gerufen wurde. Der Mann glaubte nun, daß seine Frau im Wasser liege und wollte versuchen, sie zu retten, erhielt aber von einem Schiffer, den er riefte, kein Wort. Unter Grobheiten und Drohungen abgewiesen, eilte er nach Hause, fand aber dort seine Frau wieder. Wie die Schälde ins Wasser geraten ist, insbesondere, ob Blumberg sie hineingeworfen hat, darüber können auch dieser Mann und seine Begleiterin nichts mitteilen.

Wie vorsichtig Photographen sein müssen, wenn sie die Vorteile des Urheberrechtes für sich geltend machen wollen, zeigt eine Angelegenheit, die sich kürzlich zwischen einem hiesigen Photographen und einer großen photographischen Aktiengesellschaft in einem südwestlichen Vorort abgepielt hat. Der Photograph betreibt als Spezialität die Anfertigung stereoskopischer Genrebilder. Er mietet sich Modelle, stellt Staffagen usw. und vertreibt die angefertigten Bilder auf seine Rechnung. Eines Tages bemerkte er, daß hunderte dieser Bilder von der photographischen Aktiengesellschaft nachgemacht sind; es stellte sich heraus, daß diese Gesellschaft die Bilder für große Geschäfte zu Reklamazwecken angefertigt und selbstverständlich einen beträchtlichen Gewinn dabei einheimst. Natürlich meldete der Photograph sich bei der Gesellschaft, doch diese bedeutete ihm, daß er Ansprüche nicht geltend machen könne, da die Photographen keinen Firmenstempel tragen. Das traf ihn zwar zu, aber der Photograph erbot sich, durch Vorlegung der Platten den Beweis zu liefern, daß sich Eigentum benutzt worden ist. Die Aktiengesellschaft verstand sich schließlich dazu, eine kleine Summe, die dem Wert der von ihr benutzten fremden Originale nicht entfernt verspricht, als Entschädigung zu geben, doch zog sie auch dies Gebot zurück, als sie erfuhr, daß der Photograph das Verbrechen begangen hatte, seine Ansprüche in die Hand eines Rechtsanwalts zu legen. Ob ein Prozeß Erfolg haben wird, erscheint unter den erwähnten Umständen sehr zweifelhaft und ist, wenigstens vom Standpunkt der Geschäftsmoral betrachtet, ja auch nicht von großem Belang. Von diesem Standpunkt aus ist es aber charakteristisch, daß eine Gesellschaft, die ihren Aktionären jährlich zehn Prozent Dividende zahlt, sich das geistige Eigentum eines kleinen Mannes ohne Federlesen aneignet und diesem Mann entrüftet kommt, wenn er seine im Schwelge des Angeklagten verrichtete Arbeit bezahlt haben möchte.

Der noble Fuhrherr. Festgenommen wurde der angebliche „Fuhrherr“, der jüngst, wie von uns gemeldet wurde, auf eine abgefeimte Art einem Geschäftsmann 40 M. abgeschwindelt. Es ist der frühere Schlichter Hermann Bromby, ein Betrüger im großen, der viele Geschäftsleute geprellt hat. Die Kriminalpolizei erhielt viele Anzeigen von Geschädigten, die durch Gefälligkeitsurteile in ihr Geld gekommen waren. Ein Mann, der einen vertrauens-erweckenden Eindruck machte und bald als wohlhabender Schlichtermeister, bald als Fuhrherr auftrat, kaufte allerhand Sachen zu seinem „Jubiläum“ oder als „Geschenk“ für seine Frau und gab den Auftrag, sie ihm mit quittierter Rechnung nach seiner Wohnung zu schicken, da er das Geld, das er bei sich habe, zu anderen Einkäufen noch brauche. Bald darauf kam er dann mit einigen Paketen wieder, so daß es ausfiel, als ob er wirklich allerhand zusammengelaufen habe, und hat dann um ein Darlehn, da seine Barchaft noch nicht ausgereicht habe, um alles zu erledigen. In einem Falle erhielt er auf diese Weise 200 M.; das Geld sollte mit auf die Rechnung gelegt und gleich zurückgegeben werden; wenn aber die Geschäftsbücher mit der Ware nach dem bezeichneten Kaufe kamen, so war der Schlichtermeister oder Fuhrherr nie zu finden. Gestern erwiderte ihm eine Kriminalpatrouille, als er gerade wieder einen Geschäftsmann hineinlegen wollte.

Schweres Baumglück. Auf dem Neubau, der von der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft auf dem Grundstück Adlerstr. 73a errichtet wird, hat sich Dienstag vormittag 8 1/2 Uhr ein Unfall ereignet, bei dem zwei Arbeiter zu Schaden gekommen sind. Auf einem Fahrweg sollten die Eisenstücke der Dachkonstruktion in die Höhe gewonnen werden. Plötzlich brach der zu schwer beladete Bod zusammen, und die schwere Last fiel nach unten. Zwei Arbeiter wurden schwer verletzt und mußten nach einem Krankenhause gebracht werden.

Die Existenz des Neuen Theaters in Berlin kam in Frage bei einem Prozeß, welcher den ersten Zivilsenat des Reichsgerichts beschäftigte. Als Anfang des Jahres 1903 die finanziellen Verhältnisse des Neuen Theaters in eine tiefe Lage gerieten und die damaligen Besitzer Direktor Martin und Büß schon in Erwägung gezogen hatten, ob, wenn eine bevorstehende Premierenaufführung nicht einschläge, es nicht geboten sei, den Konkurs anzufügen, hat Direktor Martin sofort nach dem Mißerfolg jener Premiere mit Herrn Reinhardt einen Vertrag abgeschlossen, worin er an Reinhardt alle die ihm zustehenden Rechte bezüglich des Theaters abtrat. Am nächsten Morgen teilte Martin seinem Geschäftsbeteiligten Büß durch ein Schreiben dieses Abkommen mit und erklärte die Aufhebung der bisherigen Gesellschaft, wozu er durch die verzweifelte Lage des Theaters gezwungen gewesen sei, um einen Zusammenbruch zu verhindern. Reinhardt hatte sich bereit erklärt, die von Büß geleistete Einlage durch Wechsel zu decken. Büß hatte nun gegen Martin und Reinhardt Klage erhoben auf Ungültigkeitserklärung des zwischen Reinhardt und Martin geschlossenen Vertrages. Das Landgericht Berlin hatte dem Klageantrag gemäß erkannt, indem angenommen ist, daß die Übertragung an Reinhardt unwirksam sei. Die von den Beklagten gegen dieses Urteil eingelegte Berufung beim Kammergericht hatte keinen Erfolg. Nunmehr ergreifen die Beklagten das Rechtsmittel der Revision beim Reichsgericht, welche sich, wie in der Berufungsinstanz darauf stützte, daß der Beklagte Martin im öffentlichen Interesse gehandelt habe und den § 679 des Bürgerlichen Gesetzbuches für sich geltend mache. Es habe sich um die Existenz einer großen Anzahl von Personen gehandelt. Das Unternehmen stand vor dem Konkurs; anstatt, wie erforderlich war, täglich 1400 M. einzugehen, sind nur circa 200 M. täglich eingenommen. Der Kläger hat auch einige Tage vorher zu dem Beklagten Martin gesagt: „Ich kann nicht mehr, ich habe genug getan, tun Sie, was Sie wollen.“ Es war keine Frage und keine Miene vorhanden, und Reinhardt wollte das Geschäft sofort machen, ehe noch die in Aussicht stehenden schlechten Kritiken der Premiere erschienen waren.

Die Klagestellung als Feststellungsfrage wurde auch bemängelt, vielleicht hätte Schadenersatz geltend gemacht werden können? Das Reichsgericht hat die Revision für begründet angesehen, das Urteil des Kammergerichts wurde aufgehoben und unter Aufhebung des Urteils des Landgerichts die Klage abgewiesen.

Die Schiller-Theater-Aktiengesellschaft befristet ihre diesjährige Generalversammlung auf Donnerstag, den 20. Dezember. Unter anderem enthält die Tagesordnung einen Antrag auf Erhöhung des Kapitals durch Ausgabe von Vorzugsaktien bis zum Höchstbetrage von 60 000 M. und dementsprechend eine Statutenänderung, die auf eine Erhöhung der Zahl der Aufsichtsratsmitglieder hinausläuft. Dieser Antrag auf Erhöhung hat seinen Grund darin, daß die Zeichnungen der neuen Vorzugsaktien, die die Schiller-Theater-Gesellschaft für das Charlottenburger Schiller-Theater ausgiebt, so zahlreich eingehen, daß es ursprünglich in Aussicht genommene Summe von 110 000 M. überschritten werden wird. Um jedoch allen Zeichnern den Erwerb einer Aktie zu sichern, soll gleich von vornherein die Erhöhung festgesetzt werden.

Die Teilnahme an den städtischen Unterrichtskursen für Arbeiter ist eine derartig rege, daß sich die Kommission schon zu Beginn der Kurse genötigt sah, nach größeren Räumlichkeiten Umschau zu halten. Durch das Entgegenkommen des Herrn Dr. Freund ist es möglich geworden, im Hause des paritätischen Arbeitsnachweises in der Gormannstraße geeignete Räume zu erhalten. Die Teilnehmerzahl ist mittlerweile auf 570 gestiegen.

Es werden in den Weihnachtsferien noch folgende Vortragsabende veranstaltet: Mittwoch, 21. Dez.: stud. phil. Vohl über: „Drahtlose Telegraphie“ mit Experimenten. Mittwoch, 28. Dez.: Dr. Croner: „Geschichte der Ehe“. Freitag, 30. Dez.: cand. phil. Gg. Engelbert Graf: „Japanische Kultur“. Die Vorträge finden statt im Arbeitsnachweise, Gormannstraße 13 I. Eintritt für Hörer bei Vorzeigung der Teilnehmerkarte frei, sonst 10 Pf. a Person.

### Aus den Nachbarorten.

Pankow-Niederschönhausen. Den Parteigenossen und Abonnten des „Vorwärts“ zur Kenntnis, daß die Parteispedition für Pankow-Niederschönhausen am 1. Januar eröffnet wird. Es ist Pflicht jedes Parteigenossen, soweit er den „Vorwärts“ noch von Privatpediteuren bezieht, sofort bei der Parteispedition Pankow, Florstr. 68, bei Genossen Freiwaldt zu bestellen. Wir hoffen, daß die Genossen, deren Wunsch auf Errichtung einer Parteispedition am Orte nunmehr erfüllt ist, eifrig für die Parteispedition agitieren. Der Vorstand.

### Nixdorf.

Bei den Stadtverordnetenwahlen, die gestern in Nixdorf stattgefunden haben, sind unsere Parteigenossen Keil und Jden glatt gewählt worden, ohne daß die Gegner Kandidaten aufgestellt hatten. Keil im 6. Bezirk erhielt 200, Jden im 13. Bezirk 284 Stimmen.

Eine Attentäterin im Gerichtssaal. Ein aufregender Vorgang spielte sich gestern mittag in einer Verhandlung ab, die vor dem Amtsgericht in Nixdorf stattfand. Die unter städtischer Aufsicht stehende Anna Rosenberg hatte sich wegen Verleumdung und Körperverletzung des Gastwirts Zimmermann zu verantworten. Nach dem kurze des Anwalts Koparski wurde die Angeklagte nach kurzer Beratung zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Ungebürlich wütend hatte die Rosenberg, die bereits wegen gleicher Delikte mehrfach vorbestraft ist, der Urteilsverkündung des Verhandlungsführers zugehört. Plötzlich fügte sie mit drohender Geste aus dem Anlagerraum heraus, ergriff das auf dem Tische des Verteidigers liegende Tintenfaß und schleuderte es mit aller Kraft nach dem Kopf des Anwalts Koparski. Das „Geschloß“ verfehlte aber sein Ziel und flog in weitem Bogen gegen den Tisch, an dem das Richterkollegium saß. Von den Richtern wurde niemand beschädigt, dagegen wurden die auf dem Tische liegenden Akten z. T. mit Tinte bespritzt. Die Richter waren von ihren Plätzen ausgezogen; im gleichen Augenblicke eilten Gerichtsdiener herbei und ergriffen die sich wie rasend gebende Angeklagte, die, große Schimpfworte ausstößend, auf das Richterpodium hinaufgestiegen war. Es gelang schließlich den Beamten, die Stimmlose zu bändigen und in die Zelle abzuführen. Nachdem sie sich dort beruhigt hatte, wurde sie wieder unter Bewachung von drei Gerichtsdienern dem Gerichtshof vorgeführt, der sie zu einer sofort zu vollstreckenden Haftstrafe von drei Tagen wegen Ungebühr vor Gericht verurteilte.

In der Stadtverordneten-Versammlung am Montag erfolgte zunächst die Einführung des Stadtverordneten Valentin Fröhlich, der den 8. Bezirk der 2. Abteilung vertritt.

Sodann konzentrierte sich das Interesse der Versammlung auf die Besprechung des Bezirksauswahlscheitels, das unserm Klageantrag gemäß das Mandat unseres Genossen Wollermann für gültig erklärt hatte. Wie bereits mitgeteilt wurde, lehnte die Versammlung mit großer Mehrheit ab, Berufung gegen das Urteil einzulegen. Somit wird der sechste Sozialdemokrat in unser Stadtparlament einziehen. — Auf die vor nunmehr 3 1/2 Monaten von uns gestellte Anfrage über die Ursachen der weiteren Hinausschiebung der Fertigstellung des Krankenhauses erfolgte jetzt endlich die Antwort des Magistrats. Genosse Baumler konnte mit Recht erklären, daß die vorliegende Beamtung schon in der Sitzung vom 8. September hätte erfolgen können. Als die Kündigung des Vertrages mit dem Kreiskrankenhause Richterfeld, nachdem für Schöneberg eine bestimmte Anzahl von Betten reserviert werden mußten, geschah, hatte man nicht mitgeteilt, daß unser Krankenhaus am 1. April 1908 fertiggestellt werden sollte. Da nun der Vertrag mit dem Richterfelder Kreiskrankenhause am 1. April 1905 abläuft, und die Berliner Anstalten Kranken aus anderen Arten die Aufnahme verweigern, so erwächst unserem Orte ein bedrohlicher Zustand. Durch die Differenzen im vergangenen Sommer, die bei einem Entgegenkommen zu beseitigen gewesen wären, ist ein gutes Vierteljahr für die Bauausführung verloren gegangen. Die Kommune, führte der Redner aus, sei verpflichtet, beiseiten geeignete Vorkehrungen zu treffen, um einer Krankenhauslamalmitä zu entgehen. Weitere Anträge müsse die sozialdemokratische Fraktion sich vorbehalten.

Stadtv. Kuznitski, dem früher das Bautempo viel zu langsam war, nahm jetzt das Hochbauamt in Schutz. Nach seiner Meinung werden die Arbeiten sogar zu schnell gefördert. Eine Krankenhausnot sei nicht zu befürchten, da man Kranke für Geld überall aufnehmen werde.

Oberbürgermeister Wilde beschränkte sich nur auf kurze Andeutungen, wonach erneute Verhandlungen mit dem Kreis Schweden. Nachdem Stadtrat Egeling kurz erwähnte, daß sämtliche Pavillons im Neubau fertiggestellt sind und am 1. April mit dem Verwaltungsgedäude begonnen wird, wurde durch einen Schlußantrag die weitere Besprechung verhindert.

Recht interessant versprach sich die Verhandlung über die für die Kommune überaus wichtige Angelegenheit betreffs Queranziehung der Rathenauer-Kirchengemeinde zu den Anliegerbeiträgen zu gestalten. Als der Referent des Ausschusses, Justizrat Reinbacher, näher auf die Rechtslage der Frage einging, wurde er plötzlich vom Vorsteher unterbrochen, der eine nichtöffentliche Verhandlung beantragte. Der Ausschuß selbst hatte sich im Prinzip dafür ausgesprochen, daß von der Kirchengemeinde Anliegerbeiträge erhoben werden sollen.

Vier Raubermüllungen, davon drei allein zum Schutz, fanden beschleife Verurteilung; sodann wurden noch einige Wahlen in verschiedene Deputationen vorgenommen. In die Krankenhausverwaltung, die aus 5 Stadtverordneten und zwei Bürgerdeputierten besteht, wurde unter anderem Genosse Obst, und zu stellvertretenden Vorständen für das Kaufmannsgericht die Herren Justizrat Reinbacher und Rechtsanwalt Dr. Marwig gewählt.

### Friedrichsfelde.

Die so notwendige Kanalisation unseres Ortes ist wieder in unabsehbarer Ferne gerückt. In der Sitzung vom 25. November gab der Gemeindevorsteher bekannt, daß er der Zustimmung der Regierung zu dem beschlossenen Kanalisationsprojekt nach biologischem

System sicher sei. Am Donnerstag fand nun im hiesigen Gemeindehaufe eine Sitzung der Ministerial-Kommission zur Beratung der vorliegenden Entwässerungsentwürfe statt. Erhielten waren zu dieser Sitzung einige Gemeindevorsteher aus dem Ministerium, der Landrat des Kreises, der Kreisarzt, der Vaurat Leithold, die Amtsvorsteher von Lichtenberg und Rummelsburg, sowie der hiesige Amts- und Gemeindevorsteher Löcherl nebst einigen Schöffen. Der die Leitung führende Gemeindevorsteher stellte folgende Beratungsordnung auf: 1. Die Anlage von Rieselwässern. 2. Die Anlage einer Klärstation. 3. Die Notwendigkeit der Kanalisation in Friedrichsfelde.

Zum ersten Punkt führte der Gemeindevorsteher aus, daß es zu empfehlen sei, die Gemeinde Friedrichsfelde mit den Gemeinden Rummelsburg und Lichtenberg zu einem Zweckverband für die Erwerbung von Rieselwässern zu vereinigen.

Der Kreis-Landrat sowie der hiesige Gemeindevorsteher wandten sich dagegen, da die Belastung der Gemeinden bei der zurzeit bestehenden finanziellen Lage, eine zu große sei. Demgegenüber hoben die Vertreter der Aufsichtsbehörde hervor, daß billige Rieselwässer, welche gemeinsam betrieben werden, die Finanzen besser würden gegenüber anderen Anlagungsverfahren.

Beim zweiten Punkt erklärten die Regierungsvertreter, daß ein einwandfreies praktisches Klärverfahren (künstliche Klärung) noch nicht erprobt sei. Auch das von der Gemeinde Friedrichsfelde beschriebene biologische System sei nicht zu empfehlen, da abschließende günstige Urteile noch nicht vorliegen. Hierbei kam auch gleich ein Protest der Gemeinde Rummelsburg zur Sprache, welcher dahin geht, der Gemeinde Friedrichsfelde die Anlage einer Klärstation an der Rummelsburger Grenze aus ästhetischen Gründen nicht zu gestatten. Der Protest wurde zurückgewiesen.

Die Diskussion über den letzten Punkt, „die Notwendigkeit der Kanalisation in Friedrichsfelde“ brachte verschiedene bedeutende Momente zutage. Gemeindevorsteher Löcherl berichtete, daß die Bevölkerungszunahme im alten Ortsteil seit Jahren gleich Null sei, da nicht gebaut wird. Alles wartet auf die Kanalisation. Der Kreisarzt machte auf die beachtenswerte Zahl der Typhusfälle aufmerksam. Hier sei obligatorischer Anschluß an die Wasserleitung erforderlich. (Die beiden letzten Erscheinungen sind von uns wiederholt an dieser Stelle besprochen worden. Neben die Vorschriften über Abstand zwischen Brunnen und Dungsgrube genau beachtet werden, dann müßte man die Mehrzahl der Brunnen als gesundheitswidrig schließen. Der Regierungsvertreter will die geplante Anlage in Friedrichsfelde bei seiner Behörde zur Genehmigung befristet werden, rät aber den drei Gemeinden, nochmals in Verhandlungen zur Bildung eines Zweckverbandes betreffs Erwerbung gemeinsamer Rieselwässern zu treten. — Der Erfolg dieser Beratung wird sein, daß die Einführung der Kanalisation von den Gegnern dieses Projektes nunmehr noch länger verschleppt werden wird.

### Reinickendorf.

Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung die Anstellung eines wissenschaftlichen Lehrers für das am 1. April 1905 zu eröffnende Real-Gymnasium. Es sollen zunächst drei Vorklasssen und eine Sextaklasse eingerichtet werden. Zu den Vorklasssen sind bis jetzt 30 Schüler, zu der Sextaklasse 36 Schüler angemeldet worden. Mit der Straßenbeleuchtung soll es bis zur nächsten Etatsberatung beim alten bleiben, dann dürfte der gute Mond aus dem Brennfasel der gestrichen werden. Für die Ausstattung des ersten Erholungsheims der Gemeindebeamten wurden 100 Mark bewilligt. Das öffentliche Anschlagwesen soll vom 1. Januar 1906 ab eine Regelung erhalten. Der Buchdruckerbesitzer und Gemeindevorsteher Schemmel hat die 18 Transformatorstationen der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, die als Anschlaganlagen demut werden sollen, gepachtet. Der Gemeindevorstand ersucht nun die Vertretung um die Genehmigung eines Vertrages mit Herrn Schemmel, wonach diesem das öffentliche Anschlagwesen auf zehn Jahre unentgeltlich übertragen wird. Herr Schemmel hat dafür die amtlichen Bekanntmachungen unentgeltlich anliehen und drei neue Säulen auf seine Kosten aufstellen zu lassen. Unsere Genossen erklärten durch den Genossen Ohl, daß sie entschieden Verträge mit Gemeindevorsteher ablehnen, welche dem Ansehen und der Unparteilichkeit der Gesamtverwaltung schweren Schaden zufügen müßten. Ferner wandte sich Ohl dagegen, daß die Genjur über den Inhalt der Plakate dem Unternehmers Schemmel übertragen werde. Aber das Hauptprinzip der bürgerlichen Vertreter, Geld zu machen, siegte auch hier. Der Vertrag wurde nun gegen die Stimmen unserer Parteigenossen genehmigt. Die hierzu nötige Vollziehungsverordnung wurde ebenfalls genehmigt. Hiernach wird derjenige, der unbefugt öffentlich Plakate anheftet oder entfernt, mit Geldstrafe bis zu 9 M. bestraft. Zum Schluß fand eine geheime Sitzung statt.

### Wilmerdorf.

Die Gemeindevertretung hat am Montag die Errichtung einer nichtgewerbsmäßigen Rechtsauskunftsstelle am Orte, wie sie vom Minister des Innern angeregt worden ist, einstimmig abgelehnt, da kein Bedürfnis hierfür vorhanden sei. Unserer Meinung nach ist es die selbstverständliche Pflicht einer Gemeinde, ihren Mitgliedern Gelegenheit zu solcher Auskunft zu geben, und gerade die Berliner Vororte bedürfen der angeregten Einrichtung für den minder bemittelten Teil der Bevölkerung. Hier können die Arbeitnehmer-Besitzer des Gewerbegerichts zumeist nur in gewöhnlichen Angelegenheiten Rat geben, und eine Fahrt nach Berlin, um sich dort in der juristischen Sprechstunde der Zeitung Rat zu holen, ist in den meisten Fällen zu unpraktisch. Die Umsatzsteuer für unbebaute Grundstücke wurde von 1 auf 1 1/2 Proz. erhöht, bei Kaufverträgen sind beide Objekte zu besteuern, während früher nur das am höchsten bewertete der Steuer unterlag. — Sodann beschloß die Gemeindevertretung mit allen gegen fünf Stimmen, dem neuen Abkommen mit der Straßenbahn-Gesellschaft ihre Zustimmung zu geben. Danach sollen die in Wilmerdorf einmündenden Linien ausgebaut werden; die Linie 59 (Rollenderplatz-Danzigerstraße) wird durch die Goltz- und Grunowstraße verlaufweise auf ein Jahr nach Wilmerdorf bis zur Wilhelmstraße geführt; die Linie C (Potsdamer Platz-Wilhelmstraße) geht ein.

### Marienfelde.

In der letzten Gemeindevertreter-Sitzung wurde beschloffen, einen allgemeinen Bebauungsplan anfertigen zu lassen. Abdam wurde der Beschluß gefaßt, vom 1. April 1908 die Grundwertsteuer einzuführen. Genosse Greulich hatte schon mehrmals die Einführung dieser Steuer beantragt, aber bei den Dorfgrößen dafür kein Verständnis gefunden. Erst in letzter Zeit, nachdem die Gemeinde in dem Pfasterkostenprozeß gegen die Kolonie unterlegen ist, sah man sich genötigt, die Steuer zu erheben, aber und so wurde der Antrag, der diesmal vom Grundbesitzerverein gestellt war, einstimmig angenommen. Die Alterszulage der Lehrer wurde von 180 M. auf 225 und die Mietsentfädigung von 300 auf 400 M. erhöht. Der Gemeindevorsteher verlas ein Schreiben des Kreisblattverlegers, worin dieser die Vorgänge des „Teltower Kreiskalender“ preist und um Ankauf eines größeren Postens ersuchte. Greulich trat dem energisch entgegen mit der Begründung, daß die Gemeindevertretung doch wohl andere Aufgaben habe, als die, für einen Kalendermacher Geschäfte zu vermitteln. Der Inhalt des Kalenders ist übrigens nichts weiter als eine Sammlung patriotischer Beschlüsse, die in ihrer Unwahrscheinlichkeit besonders wenig geeignet seien, Kindern, die man damit beschenken will, als Literatur zu dienen. Es wurde dennoch gegen zwei Stimmen beschloffen, 25 Kalender zu kaufen und die fleißigsten Schüler damit zu beglücken.

Eine neue Fabrik wird in Marienfelde demnächst errichtet werden. Von Gebr. Caspary, Berlin, Lessingstr. 57, ist hier ein etwa 25 Morgen großes Terrain zum Bauland hierzu angekauft worden. Mit der Pflasterung der Straßen ist schon begonnen.



